

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

MAI 1980

Stadt- u. Bezirkshauptstadt Berlin
— Hauptbibliothek
75 Cottbus, Potsdamstr. 1
Fernr. 030 20 00 00 00

22

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters



MIAMI UND NICHT NUR MIAMI

BEFS-13-14

7500-3308

BIBLIOTHEK-BEZ

12159-22 123 678 190



Achtung,
Aufnahme!

**SOWJETUNION
IM BILD**

Pause



Immer
scheine die
Sonne!



Im Walzertakt



Anfang



Der Denker

1. Juni, Internationaler Tag des Kindes. Wir zeigen hier Arbeiten der jungen Fotoamateure Andrej Gornostajew, Dmitri Mischin, Andrej Popowitschew, Andrej Sokolow und Sergej Tschirikow, die im Moskauer Pionierpalast ausgestellt waren. Kinder, von Kindern fotografiert.

Über
den Wolken

von MIAMI BIS KWANGJU

Ruinen, ausgebrannte Kraftwagen, Leichen auf dem Pflaster — das alles sah man im Mai in dem amerikanischen Ferienparadies Miami. Der Zornausbruch der Negerbevölkerung kam den Behörden ganz unerwartet, und sie fanden nichts Besseres zu tun, als die Negerviertel einzuschern. Bestimmt hatte man in Washington auch nicht erwartet, daß zur gleichen Zeit in seiner südkoreanischen Domäne ein Aufstand losbrechen würde, der zu einem wahren Volksaufstand angewachsen ist. Zuerst reagierte Washington darauf, wie es ihm der imperialistische Instinkt eingab: Es stellte sich hinter das Regime des Diktators, brachte die in Südkorea stehenden US-Truppen in Kampfbereitschaft und schickte schleunigst einen Flugzeugträger an dessen Küste. Inzwischen hat die südkoreanische Marionettenarmee nicht mehr einzelne Viertel, sondern ganz Kwangju in Trümmer gelegt.

Wer weiß, welche Stadt und welches Land jetzt an der Reihe sind. In El Salvador z. B. tragen sich der Imperialismus und die Reaktion unverhohlen auch mit blutigen Absichten und rüsten zur Revanche für die Niederlage im benachbarten Nikaragua. Und wie, wenn die US-Attacke in der iranischen Wüste geglückt wäre? Oder wenn das Komplott General Oveis, des ehemaligen Chefs der Militäradministration in Teheran, der schon unter dem Schah ohne Zögern auf friedliche Demonstrationen schießen ließ, nicht rechtzeitig aufgedeckt worden wäre? Washington hat gewiß nicht die Absicht, die Rachegelüste seiner Schützlinge niederzuhalten.

Selbstverständlich hat jede Krisensituation auch bestimmte lokale Ursachen. Aber kann man es als Zufall ansehen, daß sich überall der Kampf zuspitzt zwischen dem Imperialismus mit den reaktionären Kreisen der USA an der Spitze und der Freiheitsbewegung, die in verschiedenen Weltteilen, wie wir sehen, auch in den USA selbst, immer größere Massen erfaßt?

Verschiedene Lesarten werden vorgebracht. Manchmal gibt man sogar der ungewöhnlich starken Sonnentätigkeit und der Planetenkonstellation in diesem Frühjahr die Schuld. Überlassen wir es den Wissenschaftlern, den Einfluß dieser noch wenig erforschten Erscheinungen auf das menschliche Verhalten zu untersuchen. Man entdeckt jedoch nicht allzu schwer gemeinsame soziale, politische und wirtschaftliche Faktoren bei der Zuspitzung der globalen Konfrontation zwischen dem Imperialismus und den Befreiungskräften. Erstens sind es die anschwellende Inflation und Arbeitslosigkeit, die Produktionsflaute und andere Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft. Man sucht die Schwierigkeiten auf die Unterdrückten abzuwälzen, was ja auf einen entschlossenen legitimen und berechtigten Widerstand stoßen muß.

Zweitens wirkt sich das Zunehmen der militaristischen Tendenzen und des Wettrüstens auch auf die Politik der imperialistischen Mächte, insbesondere der USA, den Entwicklungsländern gegenüber aus. Man will sie in die Knie zwingen, und die rassistische Einstellung in den inneren Angelegenheiten ist die Kehrseite der imperialistischen, neokolonialistischen Weltpolitik der USA, die auf einer Mißachtung der Rechte der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beruht.

Kein Wunder, daß auf diesen Kontinenten die Verbrechen in Miami als feindselige Akte des US-Imperialismus, ja der kapitalistischen Ordnung selbst gegen die sehnlichen Erwartungen der dortigen Völker aufgefaßt werden. So erklärte z. B. die Führung des südafrikanischen Gewerkschaftskongresses: „Ebenso wie die Apartheid in der RSA beruht das wirtschaftliche und politische System in den USA auf der Ausbeutung der Schwarzen, denen die elementaren Menschenrechte entzogen sind.“

Was das Propagandageschrei über die „Menschenrechte“ betrifft, so hat sich die Regierung Carter mit dieser Kampagne ins eigene Fleisch geschnitten. Leute, die in politischer Demagogie nicht sehr bewandert sind, haben diese ja ernst genommen, und jetzt richtet sie sich gegen Washington selbst.

Die Hauptsache aber ist, daß das Leben selbst, der objektiv gesetzmäßige Gang der Ereignisse die Positionen des Imperialismus ins Wanken bringt. Damit kann und will er sich nicht abfinden. Er kann und will sich nicht auf das „beispiellose politische Erwachen der Massen“ einstellen, das Brzezinski schon vor zweieinhalb Jahren zugab.

In Worten hat Washington dieses „Erwachen“ ja zugegeben, hat aber mit Panzern und Flugzeugträgern darauf reagiert. Das ist ungemein gefährlich, denn es handelt sich ja um den Versuch, einer Mehrheit aller Menschen den Weg in die Zukunft zu versperren.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 22 MAI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEWSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Von Miami bis Kwangju	1
W. Kusnezow — Dialog, nicht Konfrontation	5
I. Dymowa — Sowjetunion—SR Rumänien. Ergebnisreich	6
G. Rjabow — Fünftes internationales Team im Orbit	7
J. Gudkow — USA. Pulverfaß Rassismus	8
S. Goljakow — Afghanistan. Die Vergangenheit überwinden	10
J. Botschkarjow — Das Treffen in Colombo	11
W. Pawlow — Großbritannien. Kein Freudenfest	12
N. Schimmel — Südkorea. Aufstand der Massen	12
S. Irodow — Indien. Assam-Separatisten und ihre Hintermänner	14
A. Usowatow — Streit in Islamabad	15
Notizen ◆ Glossen	16
W. Wolkow — Südliches Afrika. Verfolgt, aber ungebrochen	18
D. Sgerski — VDR Jemen. Freies Aden	20
Biographisches: Ali Nasser Mohammed	21
K. Karagesian — BRD. Wer sind Sie, Dr. Strauß?	22
W. Drobkow — Griechenland. Symptome einer Polarisierung	24
V. Ogultschanski — Kanada. Nach dem Referendum	24
W. Listow — Bolivien. Dritte Wahlen oder ein vierter Umsturz?	26
A. Pin — Polen. Die Vergangenheit für die Zukunft	28
W. Smirnow — Programmgemäß (Interview)	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Das Blutbad in Miami zeigt das wahre Gesicht der USA. Auf Schrift und Tritt werden die Afroamerikaner diskriminiert. Doch wenn sie auf die Straße gehen, um Gleichberechtigung zu verlangen, empfängt sie die Nationalgarde mit ihren Bajonetten.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 25. Mai beginnen die Völker Afrikas, die ganze progressive Menschheit den Tag der Befreiung Afrikas. Leonid Breschnew gratulierte den Regierungen und Völkern der afrikanischen Staaten: „Die Sowjetunion ist solidarisch mit der Tätigkeit der Organisation der Afrikanischen Einheit zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen auf dem afrikanischen Kontinent und zur friedlichen Lösung der Streitfragen und Konflikte, deren Wurzeln in die koloniale Vergangenheit zurückreichen. Wir sind für die Einheit der unabhängigen afrikanischen Länder, für Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen ihnen im Interesse ihrer Völker, im Interesse des gesamten Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus.“

■ Am 22. Mai wurde Gustáv Husák auf einer gemeinsamen Sitzung beider Kammer der ČSSR-Bundesversammlung einstimmung als Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wiedergewählt. Leonid Breschnew gratulierte Gustáv Husák zur Wahl.

■ Am 20. Mai wurde der offizielle Freundschaftsbesuch von Ilie Verdef, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Ministerpräsident der SR Rumänien, in der UdSSR abgeschlossen (siehe S. 6).

■ Am 27. Mai traf Ali Nasser Mohammed, Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrates und Premierminister der Volksdemokratischen Republik Jemen, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion ein.

■ Am 20. Mai wurde in Taschkent das 6. Internationale Filmfestival der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eröffnet. Leonid Breschnew richtete an die Teilnehmer und Gäste des Festivals eine Grußbotschaft: „Die Filmschaffenden können, vereint vom guten Willen, viel tun, wenn sie ihre Stimme zur Verteidigung der humanistischen Werte der Menschheit erheben, und ihre Kunst kann jenen Kräften, die auch heute dem Streben des Menschen nach Frieden und Glück entgegenstehen, eine Abfuhr erteilen.“

■ Vom 20. bis 22. Mai fand in Moskau die 12. Tagung der gemischten sowjetisch-österreichischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Ein Protokoll wurde unterzeichnet, das Perspektiven für ihren Ausbau aufzeigt. Am 21. Mai empfing Alexej Kosygin den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Österreichs, Josef



Am 26. Mai um 21.21 Uhr Moskauer Zeit wurde in der Sowjetunion das Raumschiff Sojus 36 gestartet. Es wird von einer internationalen Besatzung pilotiert — Kommandant Waleri Kubassow (rechts), zweifacher Held der Sowjetunion und Fliegerkosmonaut der UdSSR, und Forschungskosmonaut Bertalan Farkas, Bürger der Ungarischen Volksrepublik. Das Flugprogramm sieht vor, an den Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 35 anzukoppeln sowie Forschungsvorhaben und Experimente zusammen mit den Kosmonauten Leonid Popow und Waleri Rjumin vor.

Foto: A. Puschkarjow (TASS)

Staribacher, den Leiter der österreichischen Delegation.

Am 21. Mai machte die Botschaft der UdSSR in der DDR den Behörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Westberlin eine Vorstellung, in der auf die Äußerungen der Führer der bundesdeutschen CDU/CSU, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, auf dem CDU-Parteitag in den Westsektoren Berlins, die kein Bestandteil der BRD sind, die ernsthafte Aufmerksamkeit gelenkt wurde. Auftritte dieser Politiker strotzten von groben Ausfällen gegen die Sowjetunion und ihre Außenpolitik.

In Phnom-Penh fand auf Initiative des Weltfriedensrates eine Internationale Konferenz zur verstärkten Solidarität mit dem kampuchäischen Volk statt, an der ca. 50 Delegationen aus vielen Ländern, darunter der Sowjetunion, teilnahmen.

Der ständige Vertreter der UdSSR bei den Vereinten Nationen richtete an den UNO-Generalsekretär eine Verbalnote wegen der Konferenz über „humanitäre Hilfe“ für Kampuchea (26. und 27. Mai, Genf). Hierbei geht es um eine Maßnahme, die von offen politischen, nicht aber von humanen Motiven diktiert ist. Auf der Konferenz sollen Fragen erörtert werden, die ausschließlich in die Kompetenz der Regierung der VR Kampuchea fallen, zudem ohne Teilnahme von Vertretern dieses Lan-

des. Eine solche Haltung ist als Versuch zu bewerten, sich offen in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, der VR Kampuchea, einzumischen. Deshalb kann die Sowjetunion nicht an besagter Konferenz teilnehmen, erklärte der UdSSR-Vertreter in der Note.

Am 24. Mai wurde in Colombo die Internationale Solidaritätskonferenz mit dem Kampf der Völker Asiens und Afrikas für Unabhängigkeit, Sicherheit und sozialökonomischen Fortschritt abgeschlossen (siehe S. 11).

Am 26. Mai wurde in Wien ein weltweiter Dialog für Abrüstung und Entspannung eröffnet. Parlamentarier, namhafte Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ca. 60 Parteien aus 38 Ländern repräsentieren, kamen zusammen. Tendenzen der globalen Entwicklung und die Möglichkeiten der Öffentlichkeit bei der Abrüstung, bei der Verteidigung und Entwicklung der Entspannung, der Festigung des Friedens wurden erörtert.

Am 22. Mai wurden die Wiener Truppenabbaugespräche wieder aufgenommen.

Am 22. Mai wurden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über ein Verbot der chemischen Waffen fortgesetzt. Die Delegationen be-

fassen sich damit, einen abgestimmten gemeinsamen Vorschlag, der im Abüstungsausschuss eingebracht werden soll, vorzubereiten.

Am 26. Mai begann die 22. Bürotagung des Weltgewerkschaftsbundes in Cotonou (Benin), an der Vertreter von Gewerkschaftsverbänden aus ca. 30 Ländern teilnehmen. Die Delegation der Sowjetgewerkschaften wird vom Vorsitzenden ihres Zentralrates, Alexej Schibajew, geleitet.

In Sofia fand die turnusmäßige Konferenz der Kulturminister sozialistischer Länder statt. An ihr nahmen Delegationen aus Bulgarien, der CSSR, der DDR, Kuba, Laos, der Mongolei, Polen, Rumänien, der UdSSR, Ungarn und Vietnam teil. Die sowjetische Delegation stand unter Leitung von Pjotr Demitschew, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Kulturminister der UdSSR.

Die Unruhen in Südkorea entwickelten sich zu einem offenen Volksaufstand gegen das faschistische Militärregime (siehe S. 12).

Washington befaßt sich intensiver mit der Vorbereitung weiterer Piratenakte gegen den Iran. Der US-Presse zufolge planen Pentagon und CIA im Auftrage von Präsident Carter einen „weiteren Versuch zur Befreiung der Geiseln“. Auf Stützpunkte am Persischen Golf werden große Partien Panzer und andere Rüstungsgüter transportiert. Für Aggressionsakte werden Marineinfanteriekontingente und Militärhubschrauber bereitgestellt.

Am 25. Mai trafen der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, der ehemalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme und der Vorsitzende der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Felipe González, in Teheran ein. Im Auftrag der Sozialistischen Internationale werden sie mit der iranischen Führung Möglichkeiten für eine Lösung der Frage der amerikanischen Geiseln erörtern. Bruno Kreisky sagte, diese Reise erfolge nur zur Information.

Die Lage in Miami (USA), wo am 17. Mai Rassenunruhen begonnen hatten, bleibt gespannt. Weiterhin werden Afroamerikaner verhaftet. Ku-Klux-Klan-Banden treiben ihr Unwesen in der Stadt (siehe S. 8).

In Wien ging eine turnusmäßige Tagung der UNIDO, des Rates der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, zu Ende. Vertreter von 45 Ländern, darunter der UdSSR, hatten an der Tagung teilgenommen. Wie die Debatte zeigten, sind die kapitalistischen

Länder nach wie vor nicht bereit, die Bedürfnisse der Entwicklungsländer in Rechnung zu stellen, ihren Forderungen entgegenzukommen und mit ihnen einen ernsthaften Dialog über eine beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zu führen.

Am 20. Mai nahm der Sicherheitsrat, nachdem er einen Bericht des UNO-Generalsekretärs über die Repressionen der israelischen Besatzer im Westjordanland entgegengenommen hatte, eine Resolution an, die erneut die Politik der herrschenden Kreise Israels entschieden verurteilt und an Tel Aviv appelliert, die unrechtmäßige Ausweisung der Bürgermeister von Hebron (El Khalil) und Khalkhul sowie des islamischen Richters von Hebron rückgängig zu machen.



Im Westjordanland haben die israelischen Besatzer weitere Verhandlungen vorgenommen. In Hebron (El Khalil) haben sie einige Wohnhäuser gesprengt. TASS-Foto: Eines der zerstörten Häuser

■ Israelische Aggressoren und christliche Rechtsmilizen Khaddads nahmen am 23. Mai den südlibanesischen Hafen Saida unter barbarischen Artilleriebeschuß. Sieben Personen wurden getötet und 15 verletzt.

Am 25. Mai erklärte der israelische Verteidigungsminister Weizmann seinen Rücktritt. Dieser Schritt erklärt sich durch tiefgreifende Differenzen im regierenden Likud-Block darüber, wie das Land aus der politischen und wirtschaftlichen Sackgasse geführt werden kann.

■ In New York wurde die 47. Tagung des UNO-Treuhandschaftsrates eröffnet, auf der es um die Lage in Mikronesien geht. Die Treuherrschaft über Mikronesien liegt seit 1947 bei Washington, das diesem Territorium für 1981 die Unabhängigkeit versprochen hat. In Wirklichkeit haben die USA Mikronesien in vier Regionen aufgeteilt, wobei sie die Marianen bereits de facto annexiert haben. Die USA verwandeln Mikrone-

sien in ihren Stützpunkt und stationieren dort Atomraketen. Diese Politik der Washingtoner Administration wird auf der Tagung des Treuhandschaftsrats scharf kritisiert.

■ Am 21. Mai wurde in Islamabad eine turnusmäßige Tagung der Organisation der Islamischen Konferenz abgeschlossen (siehe S. 15).

■ Am 25. Mai traf eine chinesische Militärdelegation unter dem stellvertretenden Premier des Staatsrates der VR China, Geng Biao, zu einem offiziellen zehntägigen Besuch in Washington ein. Sie wird Gespräche mit James Carter und anderen führenden Politikern führen und einige Militärstützpunkte besuchen. Der „Washington Post“ zufolge hat die Delegation eine „solide Einkaufsliste“ mitgebracht. Auf dem Weg nach Washington besuchte die Delegation Tokio, und nach Abschluß ihres USA-Besuchs wird sie sich erneut in Japan aufhalten.

■ In Ägypten wurde ein Gesetz „über den Schutz der geistigen Werte vor verhängnisvollem Verhalten“ angenommen. Es faßt alle antidemokratischen Gesetzgebungsakte der jetzigen Führung des Landes zusammen und sanktioniert die Schaffung eines Systems politischer Straforgane. Ferner wurde ein Referendum über Verfassungsänderungen abgehalten. Ein neugefaßter Verfassungsartikel macht Sadat faktisch zum Präsidenten auf Lebenszeit. Ferner ist vorgesehen, jegliche Erwähnung der Arabischen Sozialistischen Union, die der verstorbene Präsident Gamal Abdel Nasser geschaffen hat, in der Verfassung zu streichen.

■ Bei dem Referendum vom 20. Mai in der kanadischen Provinz Québec wies die Mehrheit der Wähler den Vorschlag der nationalistischen Regierung der Québec-Partei zurück, die eine Lösung dieser französischsprachigen Provinz vom übrigen Kanada anstrebt.



■ In New York fand eine Massendemonstration gegen die verstärkte US-Militärpräsenz in der Karibik statt. Die Demonstranten zogen durch das Zentrum mit Spruchbändern „Die Blockade gegen Kuba beenden!“

Foto: I. Makurin (TASS)

Jetzt, da die Carter-Administration die Kampagne gegen die Moskauer Olympiade und gegen die olympische Bewegung verstärkt, muß gegen die massive Einmischung Washingtons in die Angelegenheiten des Welt-sports scharf protestiert werden. Die Menschen daran zu hindern, an internationalen Sportwettkämpfen teilzunehmen, ist eine Verletzung der Menschenrechte. Die Sportler Kanadas, der USA, der Staaten Westeuropas und anderer Länder wollen sich von Washington nicht diktieren lassen, wohin sie zu fahren haben.

Jacques HARDY
Granby, Kanada

BBC ließ sich im April über Differenzen zwischen den Regierungen Zyperns und Großbritanniens zur Zukunft der britischen Stützpunkte auf Zypern aus. Der Moderator erinnerte daran, daß diese Stützpunkte das Ergebnis des Abkommens von 1959 waren, das Zypern die Unabhängigkeit gewährte, und betonte deren strategische Bedeutung für die NATO. Es hieß, die Regierung Zyperns wolle dieses Abkommen revidieren, die Regierung Großbritanniens aber weigerte sich und neige sogar dazu, die Stützpunkte als Teil des Vereinigten Königreichs anzusehen und zu verteidigen. Wenn dem so ist, muß Großbritannien als aggressiver imperialistischer Staat betrachtet werden.

U. ALI
London, Großbritannien

Seit 1979, als ich Leser Ihrer Zeitschrift wurde, ist sie interessanter geworden. Doch die „Neue Zeit“ wäre noch besser, wenn sie sich intensiver mit Fragen des Sports, der Kultur, der Kunst und der Demographie befassen würde. Sie müssen eine Zeitschrift auf noch höherem Niveau machen, damit es die Presse im Westen nicht mit ihr aufnehmen kann. Gehen Sie ja stets von den Interessen der Völker aus, während im Westen nur die Meinungen einer kleinen Gruppe Privilegiierter zum Ausdruck kommen.

Naveed ASLAM
Lahore, Pakistan

DIALOG, NICHT KONFRONTATION

Wladlen KUSNEZOW

Das sowjetisch-französische Gipfeltreffen in Warschau hat in der Welt gebührende Würdigung erfahren — als zur rechten Zeit kommende, fruchtbare Initiative in der heutigen Situation, die von verschärften internationalen Spannungen gekennzeichnet ist. Diese Einschätzung deckt sich mit jener der Teilnehmer des Treffens, die es als notwendig und nützlich beurteilten. In den Gesprächen wurden der offiziellen Mitteilung zufolge Initiativen für einen Abbau der bestehenden Spannung erörtert. Man kann nicht anders als den Repräsentanten beider Länder Tribut zu zollen, die sich für die Aufrechterhaltung der Ost-West-Kontakte einsetzen und nach Berührungspunkten suchen, um die gemeinsame Gefahr abzuwenden.

Doch nichtsdestoweniger wollten gewisse Leute im Westen das sowjetisch-französische Gipfeltreffen ins Zwielicht setzen.

Was ist denn eigentlich Schlechtes an dem sowjetisch-französischen Dialog von Warschau? Hat sich etwa dadurch die Lage verschlechtert, oder hat er jemandem geschadet? Weder noch. Solche Dialoge bringen nur Nutzen. Warum ist es eigentlich zu verurteilen, wenn der französische Präsident — während die einen Aggressivität zur Staatsdoktrin erheben und sich in ihre Elfenbeintürme zurückziehen, andere Konsultationen abhalten, wann, wie und über was Gespräche zu führen sind, während wieder andere über die Notwendigkeit laut nachdenken, die Kontaktkanäle offenzuhalten — ein Flugzeug besteigt und nach Warschau reist, um mit Leonid Breschnew einen Meinungsaustausch zu führen? Dabei geht es nicht nur um jene guten Traditionen, die sich zwischen Moskau und Paris seit dem denkwürdigen Besuch General de Gaulles im Jahre 1966 herausgebildet haben, sondern auch um politisches Fingerspitzengefühl, darum, daß man sich der Verantwortung für den Weltfrieden in einem Augenblick bewußt wird, da ein intensiver politischer Dialog, aktives Handeln und die gemeinsame energische Suche nach Wegen besonders nötig sind, um die Entspannung aus der Sackgasse zu führen. Ein solcher Augenblick ist jetzt gekommen.

Die internationalen Spannungen werden, wenn man ihnen nicht Einhalt gebietet, immer stärker. Man muß rechtzeitig darangehen, die Spannungen abzubauen und eine Sta-

bilisierung vorzubereiten. Davon war die Rede auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten in der polnischen Hauptstadt. Darüber sprachen die Repräsentanten der UdSSR und Frankreichs am gleichen Ort, darum ging es bei den Wiener Begegnungen Andrej Gromykos mit den Außenministern der USA, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens.

Die Menschen in der ganzen Welt sind der schweren Spannungen überdrüssig. Sie erwarten, daß diese erst einmal zumindest etwas gemildert werden. Und die ersten Anzeichen dafür, der erste Hoffnungsschimmer tauchten bei den Gesprächen von Warschau und Wien auf. Auch wenn das bislang nur atmosphärische Verbesserung sind, so sind sie doch als Vorboten des erwarteten Tauwetters von Bedeutung. Dieser Prozeß der Rückkehr zum normalen Dialog und zur Routine in den Ost-West-Beziehungen, die Ausräumung des Negativen und der Aufbau des Positiven müssen fortgesetzt werden.

Aber wie? Wie die Begegnungen von Warschau und Wien gezeigt haben, ist die Zeit gekommen, zu einem produktiven Dialog überzugehen, von Überreaktionen und ungerechtfertigten Anschuldigungen Abstand zu nehmen. Jetzt ist jedes Treffen, jede Maßnahme, jede Vereinbarung, die zu einem Abbau der Konfrontation und zu beiderseitig annehmbaren Lösungen für die Stabilisierung der internationalen Lage beitragen würde, von besonderer Bedeutung. Die Geschichte wird jenen, die bei solchen Bemühungen, beim Kampf der friedliebenden Öffentlichkeit für die Entspannung abseits stehen, ihre Passivität nicht verzeihen.

Eine besondere Rolle kommt dabei der Gipfeldiplomatie zu. Eben ihr sind alle oder fast alle wichtigsten politischen Entscheidungen nach dem Kriege zu verdanken. Gerade sie hat es ermöglicht, viele verwickelte Knoten der internationalen Politik zu entwirren und aus den Sackgassen von Krisen und Konflikten herauszukommen. Das Heute verlangt, sich auf die Möglichkeiten der Gipfeltreffen zu besinnen. Ebendas wollen die Warschauer Vertragsstaaten, wenn sie für die nächste Zeit eine Weltgipfelkonferenz vorschlagen. In die gleiche Richtung geht auch die Auffassung des französischen Präsidenten, der die Einberufung einer

Konferenz auf höchster Ebene, jedoch in engerem Rahmen, befürwortet.

Der Vorschlag der sozialistischen Staaten wurde auch in einigen anderen Hauptstädten einer Prüfung für würdig befunden. Während UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim diese Idee als interessant bezeichnete, wurde in Washington Skepsis laut: Eine Weltgipfelkonferenz würde einen „Ersatz“ für die UNO bedeuten. Doch sind die Vereinten Nationen etwa gegen parallele Bemühungen der Staaten für den Weltfrieden?

Um das sowjetisch-französische Treffen herabzuwürdigen, wird es von gewissen Politikern und Kommentatoren als unerwartet, sensационell und unmotiviert bezeichnet. Doch warum? Moskau und Paris haben bereits 1970 regelmäßige politische Konsultationen über alle bedeutenden internationalen Fragen vereinbart. Sie nahmen ein besonderes Dokument über die Entspannung an, in deren Geist zu wirken sie sich verpflichteten. In diesem Dokument ist davon die Rede, daß die Staaten und Völker angesichts der ihnen drohenden Gefahren solidarisch sein müssen und danach streben sollen, daß das Blockdenken die Entwicklung der Entspannung nicht stört.

Unterdessen bezeichnet Washington die französische Führung, die Block-„Solidarität“ verletzt zu haben, genauer gesagt „Solidarität“, wie man sie im Weißen Haus versteht und interpretiert, in Form des atlantischen Reglements des Pentagon. Im Weißen Haus meint man, Paris hätte sich vorher eine Erlaubnis für das Gespräch mit Moskau holen müssen. Diese wäre möglicherweise gegeben worden — oder auch nicht. Der neue US-Außenminister Edmund Muskie traf in Wien mit Andrej Gromyko zusammen, doch mit Sondergenehmigung des amerikanischen Präsidenten. Wer aber hat es dem französischen Präsidenten gestattet, mit dem sowjetischen Repräsentanten in Warschau zusammenzutreffen? Paris wurde getadelt — von jenen, die selbst ihre Verbündeten nicht gerade mit Konsultationen verwöhnen, doch von ihnen verlangen, daß jene alle ihre Schritte mit den Herren des Weißen Hauses abstimmen. Es war bereits die zweite Rüge in wenigen Tagen. Die erste erfolgte, weil Paris die französischen Sportler nicht daran hindern

will, an der Moskauer Olympiade teilzunehmen.

Pardon, was wird hier eigentlich gespielt? Beim Pentagon liegt jetzt bereits viele Jahre die Entscheidung, wie, in welchem Umfang und wie schnell Westeuropa aufzurüsten hat. Ihm wird vorgescriben, wie und womit es mit den sozialistischen Ländern Handel zu treiben hat, genauer gesagt, wie es seine Handels- und Wirtschaftskontakte drosseln soll. Man will Westeuropas Teilnahme an der Olympiade verhindern. Jetzt also sollen die westeuropäischen Länder offenbar schon bald ihre Außenministerien schließen und ein Schweigegelebnis ablegen: In Washington wisse man ja besser, wie man der UdSSR und deren Verbündeten gegenüber zu treten und wie man mit ihnen zu sprechen habe.

Man erinnert sich, wie die USA in den ersten Nachkriegsjahren über den „eisernen Vorhang“ jammerten, mit dem die Sowjetunion und die Länder Osteuropas von Westeuropa und von der übrigen Welt angeblich getrennt werden sollten, wie vor der KSZE laut „Freiheit für Menschen und Ideen“ gefordert wurde. Und heute? Washington will einen „eisernen Vorhang“ zwischen den beiden Teilen Europas herunterlassen, will jegliche Kontakte und Freiheiten unterbinden, selbst die Freiheit der Athleten, sich im sportlichen Wettkampf zu messen.

Das Weiße Haus will also die atlantische „Solidarität“ dazu strapazieren, die Zeiten des Marshall-Planes wiederaufleben zu lassen und Westeuropa die politische Selbständigkeit zu nehmen, die es im ersten Jahrzehnt der Entspannung erlangt

hat. Die Washingtoner Formel lautet einfach: Je weniger Entspannung, desto weniger politische Selbständigkeit.

Ist also die ganze europäische Politik Washington anzuvertrauen — so wie ihm die „Verteidigung“ Westeuropas anvertraut ist? Die sogenannte Verteidigung, denn Sicherheit wird nicht durch eine Politik gewährleistet, die Westeuropa in eine nukleare Geisel des Pentagon und in eine Zielscheibe bei einem von ihm geplanten „begrenzten“ atomaren Konflikt auf dem europäischen Kriegsschauplatz verwandelt, wobei man darauf spekuliert, die Kriegshandlungen würden nicht auf die USA übergreifen.

Kein amerikanischer oder proamerikanischer Ersatz kann an die Stelle einer europäischen Politik treten, deren Möglichkeiten Paris wie Bonn, Helsinki wie Wien und andere Hauptstädte anschaulich demonstriert haben. Ohne sie hätte es keine Entspannung und keine Helsinki-Konferenz gegeben, an der ja auch Washington teilgenommen hat, hätte es nicht die Früchte gegeben, die Europa in den 35 Friedensjahren nach dem Krieg hat ernten können. Paris ist sich dessen bewußt. Man versteht es dort, die Möglichkeiten und Vorzüge einer Politik der Entspannung, des Dialogs und der Verständigung mit der Welt des Sozialismus zu nutzen.

Gerade das bringt jene außer sich, die aus unterschiedlichen Gründen keinen vernünftigen, sachlichen Dialog führen wollen und die sich nicht darum bemühen, die Motive der anderen Seite zu verstehen und die Meinungsverschiedenheiten

zu überbrücken. Sie sind jetzt darüber empört, daß es der Sowjetunion gelungen sei, eine breite Bresche in die auch ohnehin bereits nicht sonderlich feste „Solidarität“ der US-Verbündeten zu schlagen. Sie jammern darüber, daß der französische Präsident nicht „als Sieger“ aus Warschau heimgekehrt ist und das Treffen die UdSSR nicht veranlaßt hat, „ihre Haltung zumindest ein wenig zu verändern“.

Es ist sinnlos, über Ost-West-Gipfeltreffen nach den Kriterien einer „Politik der Stärke“ und des Blockdenkens zu urteilen. Solche Treffen sind kein Catch-as-catch-can, wo der eine der Sieger und der andere der Unterlegene ist. Solche Treffen sollen vielmehr zu einem besseren Verständnis beitragen, damit eine gemeinsame Sprache gefunden werden kann — und dabei gewinnen beide.

Die heftige Diskussion um das sowjetisch-französische Treffen hat die Kluft zwischen den beiden Einstellungen zur internationalen Politik und zur Gestaltung der Ost-West-Beziehungen erneut deutlich werden lassen. Die einen wollen den politischen Dialog und die Zusammenarbeit bei der Lösung der wichtigsten Probleme und beim Krisenmanagement. Doch an die Stelle der normalen, vielfach bewährten Praxis der internationalen Beziehungen sucht Washington Konfrontation, ein System von Sanktionen, von Boykotten und Strafen sowie Hasskampagnen zu setzen. Und sehr viel hängt jetzt davon ab, für welche Haltung sich der Westen entscheiden wird.

SOWJETUNION—SR RUMÄNIEN

ERGEBNISREICHER BESUCH

Die sozialistischen Länder setzen ihr planmäßiges Wirken zur Festigung ihrer Zusammenarbeit fort. Ein Beispiel dafür sind der Besuch von Ilie Verdej, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Ministerpräsident der Regierung der SR Rumänien, in der Sowjetunion und die Gespräche, die Leonid Breschnew und Alexej Kosygin mit ihm führten.

Die Sowjetunion und Rumänien sind fest entschlossen, gemeinsam mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages sowie mit allen anderen friedliebenden Ländern, mit den demokratischen und fortschrittlichen Kräften zu handeln, um die Warschauer Deklaration und die Erklärung zu verwirklichen und beharrlich den Kurs auf die Festigung der Entspannung, auf die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt zu verfolgen.

Die sozialistischen Länder untermauern ihre konstruktiven Bemühungen für die Entspannung durch Erfolge beim friedlichen Aufbau, bei der Konsolidierung des Wirtschaftspotentials der sozialistischen Gemeinschaft. Diesem Ziel dienten auch die sowjetisch-rumänischen Verhandlungen über den Ausbau der beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Koordinierung der Staatspläne der UdSSR und der SR Rumänien für 1981—1985 wurde analysiert und gebilligt. Es kam zu einem Meinungsaustausch über einige Fragen der Kooperation und der Spezialisierung der Produktion. Insbesondere ging es um den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Kooperation und der Spezialisierung in Maschinenbau, Chemie, Petrochemie und anderen Industriezweigen. Ein Langzeit-

programm bis 1990 für die Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der UdSSR und der SR Rumänien wurde unterzeichnet. Beide Seiten konstatierten, wie wichtig für sie ihre Teilnahme an der Verwirklichung des Komplexprogramms für die sozialistische ökonomische Integration und der Maßnahmen ist, die die langfristigen Zielprogramme für die Zusammenarbeit vorsehen.

„Der Stand unserer Beziehungen, ihre Entwicklung in einzelnen Bereichen werden letztlich durch den Grad der politischen Zusammenarbeit bestimmt, und das verlangt ein immer engeres Zusammenwirken in politischen Fragen, ein immer umfassenderes gegenseitiges Verständnis zwischen unseren Parteien und Staaten, die Festigung des Vertrauens“, sagte Alexej Kosygin. „Wir sind davon überzeugt, daß die sowjetisch-rumänischen Gespräche dieses Ziel näherbringen werden.“

I. DYMOWA

„NEUE ZEIT“ 22.80

FÜNTES INTERNATIONALES TEAM IM ORBIT

Kosmodrom Baikonur. Auf der Startrampe eine Trägerrakete mit dem Raumschiff Sojus. Countdown. Start! Die Triebwerke heulen auf und zerreißen die Stille der endlosen Steppe. Nachdem sie sich eingelaufen haben, klappt die Startvorrichtung ihre durchbrochenen Träger ab. Die Trägerrakete wird immer schneller und trägt ein weiteres Raumschiff, Sojus 36, in den Weltraum.

Die Arbeit im Kosmos hat zusammen mit dem sowjetischen Raumschiffkommandanten Waleri Kubassow Forschungskosmonaut Bertalan Farkas, Bürger der Ungarischen Volksrepublik, aufgenommen. Ungarn ist das siebente Land, das einen Menschen in den Weltraum gesandt hat.

Die ganze Welt kennt Waleri Kubassow, den 45jährigen Kommandanten von Sojus 36, Fliegerkosmonaut und zweifacher Held der Sowjetunion. Geboren 1935 in der Kleinstadt Wjasniki, Gebiet Wladimir. Er war ein guter, technikbegeisterter Schüler. Nach Schulabschluß nahm er ein Studium an der Moskauer Luftfahrtshochschule auf. Dann war er in einem Konstruktionsbüro für Raumfahrttechnik tätig.

Wie viele Ingenieure des Konstruktionsbüros wollte Kubassow selbst Raumschiffe erproben. Und er erreichte sein Ziel — 1966 wurde er in den Trupp der Kosmonauten aufgenommen. Drei Jahre angespannten Trainings vergingen, ehe Kubassow Bordingenieur von Sojus 6 wurde. Zusammen mit Kommandant Georgi Schonin startete er zu seinem ersten Flug ins All und unternahm die ersten technologischen Experimente. Damit wurde eine neue Etappe der Raumforschung eingeleitet — die unmittelbare Nutzung von Raumflugfaktoren, insbesondere der Schwerelosigkeit, im Interesse der Volkswirtschaft. Heute ist die kosmische Technologie ein selbständiger Bereich geworden. Bei seinem ersten Flug führte Kubassow erstmals Schweißoperationen im Weltall aus.

1975 startete Bordingenieur Kubassow zu seinem zweiten Raumflug — zusammen mit Alexej Leonow in Sojus 19 im Rahmen des sowjetisch-amerikanischen Sojus-Apollo-Projekts. Während des ersten internationalen Raumfluges fanden viele interessante Experimente statt. Die Begegnung der beiden Raumschiffe, die von verschiedenen Kontinenten gestartet waren, im Orbit, der gemeinsame Flug nach der Kopplung, das Umsteigen der Raumfahrer von einem Raumschiff in das andere, gemeinsame Forschungen.

Früher war Waleri Kubassow

Bordingenieur, jetzt aber ist er Kommandant von Sojus 36. Ob sich die Ausbildung des Bordingenieurs von der des Kommandanten unterscheidet? Kubassow: „Im Grunde besteht da kein Unterschied. Beide Besatzungsmitglieder bereiten sich nach demselben Programm vor. Es gibt aber gewisse Abgrenzungen der Verantwortlichkeiten, wenn Manöver im Orbit ausgeführt werden, z. B. beim Start, bei der Kopplung oder der Landung. Doch im Prinzip kann jeder von uns, falls erforderlich, die Steuerung des Raumschiffs übernehmen.“

Der ungarische Forschungskosmonaut Farkas, der erste Kosmonaut Ungarns, ist dagegen erstmals im Weltraum.

Farkas wurde 1949 im Dorf Gyulaháza geboren. Sein Vater war Schuster, jetzt ist er Rentner, die Mutter Hausfrau.

Schon als Schüler wollte Bertalan Farkas Flieger werden. Er trat dem Klub der ungarischen Wehrsportorganisation bei und widmete sich dem Segelfliegen. 1967, nach Beendigung der Schule, wurde sein Traum Wirklichkeit — er konnte an der Fliegertechnischen Hochschule „György Kilián“ studieren. Nach erfolgreichem Abschluß der ersten beiden Studienjahre wurde er zur weiteren Fliegerausbildung in die Sowjetunion delegiert.

Nach dem Studium in der UdSSR kehrte Farkas nach Ungarn zurück und wurde Jagdflieger. Farkas entwickelte sich zu einem erfahrenen Flieger. Besonders erfolgreich wurde er im Kunstflug.

Seine Vorgesetzten wurden wiederholt auf Farkas aufmerksam: Er vermachte es, unter schwierigen Flugbedingungen gekonnt zu operieren. 1977 wurde er zum Jagd- und Abfangflieger 1. Klasse ernannt.

Der Vorschlag der Sowjetunion, Bürger aus den Teilnehmerländern des Interkosmosprogramms in sowjetische Raumschiffe und -stationen als Kosmonauten aufzunehmen, wurde in Ungarn begrüßt. Als man mit der Auswahl der Anwärter für ein Studium in der Sternenstadt bei Moskau begann, bewarb sich Farkas. Nachdem er alle Stufen des strengen

Ausleseverfahrens passiert hatte, kam er im März 1978 in das Gagarin-Zentrum für die Kosmonautenausbildung. Während seines Studiums in der Sternenstadt absolvierte er das volle Ausbildungprogramm für das bemannte Raumschiff Sojus und für die Orbitalstation Salut. Zwei Jahre sind nicht viel, um die theoretischen Disziplinen und die komplizierten technischen Systeme von Sojus und Salut nicht nur zu studieren, sondern sie voll und ganz zu beherrschen, um jede unvorhergesehene Situation meistern zu können. Stellt ja der Weltraum an alle die gleichen harten Anforderungen. So trainierten die Stamm- und die Ersatzmannschaft täglich bis spät abends.

„Anfangs war es schwer“, gab Farkas zu. „Wir begannen mit theoretischem Unterricht, legten Examen ab, dachten, nun würde es leichter werden. Doch die eigentlichen Schwierigkeiten standen uns noch bevor. Es begann die Ausbildung an der Komplextrainingsanlage, in Raumzügen. Und so arbeiteten wir hart bis unmittelbar vor dem Start. Doch glücklicherweise hatten wir die Hilfe der sowjetischen Kosmonauten und Ausbilder, waren in der Sternenstadt von Wohlwollen umgeben.“

„Farkas und sein Double Béla Magyari sind gut ausgebildet“, ergänzt Kubassow. „Sie haben die Examen mit ‚ausgezeichnet‘ bestanden. Nicht nur das Raumschiff, sondern auch die Raumstation, das ganze Programm wissenschaftlicher Experimente beherrschen sie hervorragend.“

Das Kosmodrom Baikonur hat seine Aufgabe glänzend erfüllt. Die Startzeit, die die Ballistiker festgelegt hatten, wurde genau eingehalten. Die Parameter der Umlaufbahn von Sojus 36 kommen den berechneten nahe. Die Kosmonauten haben die Startbelastung normal durchgestanden. Natürlich waren sie vor dem Start, ihrem Puls nach zu urteilen, etwas aufgeregt, doch das ist ja nur natürlich. Nachdem das Raumschiff seine Umlaufbahn erreichte, übernahm das Flugleitzentrum im Gebiet Moskau die internationale Weltraumexpedition.

Nach der Ankunft der internationalen Besatzung in der Station, in der Leonid Popow und Waleri Rjumin bereits den zweiten Monat tätig sind, ist ein umfangreiches Programm gemeinsamer Experimente von großer Bedeutung für alle sozialistischen Länder auszuführen.

G. RJABOW

PULVERFASS RASSISMUS

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

3000 Nationalgardisten halten sich noch in der Stadt in der Nähe der Negerviertel auf. Auf Häuserdächern haben Scharfschützen der Polizei Posten bezogen. Aber das Leben in Miami kehrt nach und nach in die normalen Bahnen zurück, zu jener „Norm“, die urplötzlich zur Explosion führte. 20 Tote, 600 Verwundete, 750 Verhaftete! Diese Zahlen geben nur eine ganz allgemeine Vorstellung von der tiefen Verzweiflung, die trotz des Polizeiterrors und der Bajonette der Nationalgarde zum Ausbruch kam.

Im Justizministerium wird der Fall Arthur McDuffie, den Polizeikiller zu Tode geprügelt hatten, aufs neue untersucht. Die vier Polizisten, die trotz der zahlreichen Zeugnisse gegen sie freigesprochen wurden, stehen wieder vor Gericht. Zugleich werden 14 weitere Fälle verhandelt, in denen es um die Grausamkeit der Polizei geht. Übrigens hat das Justizministerium 10 von diesen Fällen bereits untersucht und in vier das Verfahren eingestellt: „wegen Fehlens des Tatbestandes einer strafbaren Handlung“.

„Zehn Fälle von insgesamt 3400 im Lande sind nicht allzu viel“, sagt ein Sprecher des Ministeriums, um zu erklären, warum keine Maßnahmen gegen das Polizeiamt der Grafschaft Dade, in der Miami liegt, geplant sind.

Entspricht diese Ziffer der Wirklichkeit, wenn die Polizei selbst zählt? Und ist der Vergleich einer winzigen Grafschaft mit dem ganzen Riesenland berechtigt? Doch der Beschuß ist schon gefaßt, und auf solche Fragen bekommt man sowieso keine Antwort. Nein, nein, das Leben in Miami kehrt bestimmt in die „normalen“ Bahnen zurück.

Bleibt alles beim alten? Ist Miami eine Anomalie in dem Land, das sich als Vorbild im Kampf für die Menschenrechte aufspielt?

Acht Tage vor McDuffies Tod (sein Schädel war wie eine Eischale aufgebrochen, heißt es im medizinischen Gutachten) wurde in Tampa, wo das Gericht die mordenden Polizisten freigesprochen hat, Alexander Johnson durch einen Kopfschuß umgebracht, ebenfalls ein Neger und ebenfalls unter dem Vorwand, die Geschwindigkeit beim

Motorradfahren überschritten zu haben. Ganz wie bei McDuffie. Der Polizist Hundley wurde freigesprochen.

In Los Angeles wurde Eula Love an der Schwelle ihres Hauses bei einem Streit mit Vertretern der Gasgesellschaft wegen einer Gasrechnung von 66 Dollar erschossen. Eine Polizeikommission, die den Fall untersuchte, kam zu dem Schluß: „Es wurden 12 Schüsse nacheinander abgegeben, was übermäßig und ungerichtfertigt erscheint.“ Die Polizisten gingen straffrei aus.

Eine solche Aufzählung könnte noch lange fortgesetzt werden (nach amtlichen Angaben machte die Polizei von Los Angeles innerhalb von 3 Jahren 278mal von den Waffen Gebrauch, was 123 Personen das Leben kostete, aber kein einziger Polizist wurde bestraft). Aber nicht Miami oder Los Angeles haben in bezug auf die Polizeiwillkür gegenüber den nationalen Minderheiten den Vogel abgeschossen. In den ersten Platz teilen sich Chicago, New York und Philadelphia. Wie sind diese Verbrechen mit der Einhaltung des Gesetzes zu vereinbaren, dessen Hüter die Polizei eigentlich sein sollte? Das ist es eben: Die Brutalität der Polizei wie auch die Vorschriftenleistung seitens der Behörden zeugen von einem hemmungslosen Rassismus, der in der hiesigen Gesellschaft tief verwurzelt ist und unbekämpft im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts besteht.

Obwohl auf den ersten Blick überraschend, entwickeln sich die Ereignisse in Miami auf wohlbekannte Weise. Im Jahre 1965 löste die Verhaftung eines jungen Negers durch weiße Polizisten einen wahren Aufstand in Watts, dem Negergetto von Los Angeles, aus. Damals kamen 34 Personen ums Leben. Die blutigen Vorkommnisse in New York 1967 begannen mit der Verhaftung eines schwarzen Taxifahrers. Wenige Tage später rief ein Polizeiangriff auf einen Negerklub in Detroit eine weitere Protestwoge hervor. Das Ergebnis: 43 Tote. In jenem „heißen Sommer“ provozierte die Polizeiwillkür Hunderte ähnliche Aktionen, aber sie waren nicht die Ursache, sondern die Folge.

Im denkwürdigen Jahr 1967 setzte Präsident Johnson eine Kommission

zur Untersuchung von „zivilen Unruhen“ ein. Ihr stand Otto Kerner, der Gouverneur von Illinois, vor. In ihrem Bericht an den Präsidenten erklärte die Kommission, daß sich das Land „auf zwei getrennte und ungleiche Gesellschaften hin entwickelt“.

Die Presse beging auf ihre Weise das 10jährige Jubiläum dieses Berichtes: indem sie Offensichtliches eingestand. Die „New York Times“ begann ihre Reportage über die „zwei Gesellschaften“ mit der Schilderung des Schicksals eines Menschen aus dem „anderen Amerika“: „Vor 10 Jahren, als die Kerner-Kommission voraussagte, daß die Rassentrennung zwei unterschiedliche, ungleiche Gesellschaften in den USA entstehen lasse, war Earl Howard aus Kansas City 18 Jahre alt und arbeitslos. Am heutigen kalten Februar morgen ist Earl beinahe 29 und arbeitslos. Tatsache ist“, meint Howard, „daß das schwarze Volk den Weißen auch nicht ein bißchen näher steht als früher. Ein Neger kann hart arbeiten, falls er Arbeit findet, er wird dennoch nicht erreichen, was die Weißen schon erreicht haben.“

Aber warum von Ereignissen reden, die 10 Jahre zurückliegen! Heute, nach Miami, könnte Dr. Kenneth Clark, einer der namhaftesten amerikanischen Soziologen, mit Fug und Recht wiederholen, was er vor der Kerner-Kommission sagte: „Ich habe (den Bericht) über die Unruhen 1919 in Chicago gelesen, und es ist, als läse ich den Bericht der Kommission zur Untersuchung der Harlem-Unruhen von 1935, den Bericht über die Harlem-Unruhen von 1943, den Bericht der McCone-Kommission über die Unruhen in Watts... Das ist

In einer Straße von Miami

Aus: „L'Humanité“ (Paris)



so etwas wie Alice im Wunderland: Ein und dasselbe Bild wiederholt sich immer wieder, dieselbe Analyse, dieselben Empfehlungen, dieselbe Tatenlosigkeit."

„Das ganze System gehört vor Gericht“, sagte Andrew Young, ehemaliger USA-Chefdelegierter bei der UNO, der mitten in den Ereignissen nach Miami kam.

Dewey Knight ist ein Einwohner von Miami wie viele und in der Politik nicht bewandert, äußert sich jedoch ebenso kategorisch:

„Alles zeigt, daß das System gegen die Neger gerichtet ist.“

Statistiken bestätigen diese Worte. Laut einer Untersuchung der Nationalen Städteliga ist das durchschnittliche Einkommen einer Negerfamilie in den vergangenen 10 Jahren gesunken und macht jetzt nicht 61, sondern 59% des durchschnittlichen Einkommens einer weißen Familie aus. Der Oberste Bundesgerichtshof der USA beschloß am 17. Mai 1954, die Rassentrennung im Bildungswesen aufzuheben. Anfang d. J. stellte die Kommission für Bürgerrechte fest, daß beinahe die Hälfte der Kinder, die zu den nationalen Minderheiten gehören, Schulen „mit Rassentrennung“ besuchen. Der langwierige und qualvolle Kampf für das Recht auf Bildung bewirkte, daß eine ganze Kette gebührenpflichtiger und deshalb „weißer“ Schulen entstand, was zum akuten Mangel an Mitteln und zur Senkung des Bildungsniveaus in den sogenannten öffentlichen Schulen führte. Infolgedessen kann der Absolvent einer solchen Schule nicht selten kaum rechnen und schreiben und ist schon überfordert, wenn er bei der Einstellung einen Fragebogen ausfüllen muß. Oft ist dieser erste Schritt bei der Arbeitsuche dann auch der letzte.

Die Negergettos sind seit langem eine Schmach der Nation. Ein Getto ist alles andere denn eine freiwillige Siedlung, es ist blander Rassismus. Watts in Los Angeles ist eine Stadt in der Stadt. Nur eine Straße trennt South Side in Chicago vom „weißen“ Viertel, aber sie ist undurchdringlicher als eine meterhohe Mauer. Kein weißes Gesicht diesseits, kein schwarzes Gesicht jenseits der Straße.

„Es ist, als lebte man in einer Hundeöhle, und rundherum haben sie einen Zaun gebaut und gesagt, daß einer keinen Schritt weiter tun darf. Das ist nicht Leben, bloß Überleben“, sagt der 22jährige Alfonso Stanford, Bewohner von South Side, arbeitslos.

Nach Regierungsangaben „ist die Diskriminierung im Wohnungsbe- reich in den USA nach wie vor weit verbreitet“, was die Familien der

nationalen Minderheiten dazu zwingt, „unverhältnismäßig hohe Mieten für baufällige und übervölkerte Behausungen zu zahlen“. Jeder Nichtweiße wird bei der Wohnungsmiete in 75 von 100 und beim Wohnungskauf in 65 von 100 Fällen diskriminiert.

Am schlimmsten wirkt sich der Rassismus auf den Arbeitsmarkt aus. Arbeitslosigkeit ist nicht von Kapitalismus zu trennen, aber ihr erstes Opfer sind die nationalen Minderheiten. Herbert Hill, ein ehemaliger Leiter des Landesverbands zur Förderung der Farbigen, sagt: „Es ist offensichtlich, daß eine beständige schwarze Unterklassen entstanden ist, faktisch schon eine ganze zweite Generation der Gettojugend ohne Hoffnung, je Arbeit zu bekommen.“ Heute macht die Arbeitslosigkeit unter den Negern 12,6% aus, das ist fast doppelt soviel wie unter den Weißen und doppelt soviel wie vor 10 Jahren. Unter der Jugend erreicht sie 40%; in Los Angeles und Detroit wird in diesem Sommer eine Rate von 50% erwartet. 8 Millionen gegenüber 7 Millionen Negern vor 11 Jahren leben jenseits der von der Regierung festgesetzten Armutsgrenze.

In den 60er Jahren, auf dem Gipfel der breiten Negerbewegung, bestand die Hoffnung, der Rassismus sei besiegt, sobald man durchgesetzt habe, daß die Forderung nach Gleichberechtigung zum Gesetz erhoben wird. Aber dem amerikanischen Süden bedeuten da Gesetze gar nichts. In der Grafschaft Sumter, der Heimat von Präsident Carter, bekleidete kein einziger Neger einen Posten in den örtlichen Machthäusern, obwohl die Neger hier 44% der Bevölkerung stellen. In Moultrie leben mehr als 50% der Neger unterhalb der Armutsgrenze, nur 13% können die Mittelschule absolvieren. Als James Carter zum Gouverneur des Staates wurde, sagte er: „Ich sage Ihnen ganz offen, daß die Zeit der Rassendiskriminierung vorbei ist.“ Und er verfügte, ein Bild Martin Luther Kings in der Residenz des Gouverneurs aufzuhängen.

Im industriellen Norden dagegen redet man gern von Gesetzen. Aber ihr bloßes Bestehen ändert nichts. E. Williams, Leiter des Vereinigten Zentrums für politische Studien, sagt: „Es geht nicht mehr darum, ob Sie in einer Gaststätte frühstückt dürfen, sondern um den steigenden Preis eines Frühstücks. Sie dürfen im Bus vorne sitzen, aber wird ein Bus in Ihr Viertel oder zu Ihrer Arbeitsstelle fahren? Es geht nicht um gleiches Recht auf Arbeit, sondern darum, ob es sie gibt.“

In Atlanta, der Hauptstadt von Georgia, befindet sich in der Auburn Avenue, dort, wo die Negerviertel beginnen, das Grab Martin

Luther Kings. Die blaßrosa Grabplatte ruht auf einem Fundament, das von allen Seiten mit Wasser umgeben ist, was den Eindruck von Ruhe und Abgeschiedenheit hervorruft. Daneben steht eine Kirche, dort predigt Kings Vater bis heute. Ihr gegenüber, auf der anderen Straßenseite, liegt das nicht sehr hohe, aber ansprechende Haus des Martin-Luther-King-Gemeindezentrums. Dort gibt es eine Bibliothek, einen Kindergarten, medizinische Kabinette, Turnhallen, dort wird Kranken und Hinterbliebenen sofortige Hilfe zuteilt. Darüber erzählte mir Percy Harden, der Exekutivdirektor des Zentrums.

„Und wie denken Sie über die Politik der Administration?“

„Der Kampf um die wirtschaftlichen Rechte ist ebenfalls Kampf um die Menschenrechte“, antwortete er. „Wir sehen an dem einen Pol den kleinen Mann, am anderen aber die riesigen Konzerne. Begreiflicherweise sagen die Machthaber, daß sich die kleinen Leute zum Teufel scheben sollen, und setzen einen Abbau der Sozialausgaben durch. Wir haben es mit politischem Fußballspiel zu tun, und der Verlierer ist immer wieder der kleine Mann. Carter setzte ein paar Neger in hohe Funktionen ein. Das ist leicht getan. Etwas anderes ist dagegen, für eine große Gruppe von Menschen zu sorgen.“

Dieses Gespräch fand im vorigen Sommer statt, und heute kann man sehen, wie recht Harden hatte. Der Haushalt 1981, den der Kongreß Mitte Mai beschlossen hat, ist zum erstenmal seit Jahren ohne Defizit geplant. Das erklärte Ziel heißt, die Inflation zu bremsen. Da die Militärposten um 5% erhöht werden, wobei der Senat dem freigiebig weitere 7,8 Md. Dollar hinzufügte, wird der „Ausgleich“ durch Beschneidung, Aufhebung bzw. unbestimmt lange Aufschiebung der Sozialausgaben erreicht. Das bedeutet ein erhebliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf Kosten immer derselben Reserve, der nationalen Minderheiten. Das Kongreßmitglied Parren Mitchell, ein Neger, sagt: „Es muß zugegeben werden, daß es vom Standpunkt der Negerarbeitslosigkeit bei uns überall im Lande Miamis gibt.“

Ebendeshalb hat der plötzliche Aufruhr eine solche Erschütterung hervorgerufen, ebendeshalb mahnen die Zeitungen immer wieder, daß die USA-Städte ein Pulverfaß sind. Der Rassismus bringt die Menschen in eine Lage, aus der es nur einen Ausweg gibt: den Kampf, denn die Zeit der Versprechungen ist in der Tat vorbei. Bedeutet Miami den Auftakt zu einem neuen „heißen Sommer“ in den USA?

New York, 25 Mai

DIE VERGANGENHEIT ÜBERWINDEN

Von unserem Sonderberichterstatter Sergej GOLJAKOW

Der Ministerrat der Demokratischen Republik Afghanistan bestätigte den Plan für sozialökonomische Entwicklung des Landes im Jahre 1959 nach dem afghanischen Kalender (März 1980—März 1981). Die Verwirklichung des Plans muß die tiefen sozialökonomischen Umgestaltungen, die vom 2. ZK-Plenum der Demokratischen Volkspartei im April d. J. beschlossen wurden, materiell untermauern.

Die Regierung sieht ein Unterpfand für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und der Wirtschaft darin, die nationalen materiellen und Arbeitskräfteressourcen sowie die Auslandshilfe, die hauptsächlich aus den sozialistischen Ländern kommt, vollständiger zu nutzen. Das Bruttosozialprodukt soll im laufenden Jahr um 9 Md. Afghani bzw. um ca. 6,5% gegenüber den schätzungsweisen Kennziffern des Vorjahres wachsen. Das wird die Exportmöglichkeiten Afghanistans erweitern.

Besonderes Gewicht mißt der Plan dem Wachstum der Agrarproduktion bei. Bis in die jüngste Zeit hinein war das afghanische Dorf außerstande, das Land zu ernähren, obwohl die Landwirtschaft bis zu 80% des Exports und bis zu 75% des Bruttosozialproduktes sicherte. Afghanistan mußte Getreide, Gemüse und selbst Obst importieren. Der Bauer, der für die feudalen Großgrundbesitzer schuften mußte, war an hohen Erträgen nicht interessiert, wußte er doch, daß ihm im jeden Fall nur ein Bruchteil der Ernte zufallen würde. Zudem hatte er nie Landmaschinen gesehen und konnte nicht mit moderner Agrotechnik und mit Düngemitteln umgehen.

Die großangelegten Umgestaltungen im afghanischen Dorf begannen mit dem Dekret Nr. 8, das die re-

volutionäre DRA-Regierung bald nach dem April 1978 annahm. Die Agrarreform setzte zwei Hauptziele: den Bauern von der Tyrannei der Feudalherren zu befreien und den Marktanteil der Agrarproduktion beträchtlich zu erhöhen. Etwa 300 000 Armbauernfamilien erhielten Grund und Boden. Zugleich traf die Regierung energische Maßnahmen, um die Wirtschaften mit Sortengetreide, Dünger, Maschinen und notwendigem Inventar zu versorgen. Darauf begann die Agrarproduktion — trotz der nichtabreißenden Einmischung der imperialistischen Reaktion in die inneren Angelegenheiten des Landes, trotz der Schwierigkeiten als Folge der extrem linken Überspitzungen bei der Durchführung der Agrarreform — allmählich zu wachsen.

In diesem Land, dessen Territorium zu 80% gebirgig ist, während die übrigen Ländereiendürregefährdet oder versalzt sind, gewinnt die Irrigation besondere Bedeutung. Im laufenden Jahr sollen dank solchen Arbeiten 2000 ha urbar gemacht und 15 000 ha besser bewässert werden.

Ein weiteres wichtiges Problem ist die Mechanisierung der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck sollen vier staatliche Maschinen-Traktoren-Stationen angelegt werden, die zu mä-

ßigen Preisen sowohl landwirtschaftliche Genossenschaften als auch Einzelwirtschaften betreuen werden.

Die höhere Produktivität der Landwirtschaft muß auch die Entwicklung der nationalen Industrie günstig beeinflussen. Geplant ist, den Umfang der Industrieproduktion um 11,6% im Jahr zu vergrößern; gegenüber dem Vorjahr wird die Stromerzeugung um 100 Mio kWh, die Gasgewinnung um 240 Mio m³, der Zementausstoß um 8500 t, die Produktion von Baumwollgarn um 9600 t steigen.

Das gegenwärtige Entwicklungstempo der Produktivkräfte erfordert einen besonders gut geregelten Transport. Es ist vorgesehen, das Beförderungsvolumen durch Nutzung der staatlichen Transportgesellschaften sowie durch den Bau neuer und die Modernisierung der bestehenden Chausseen erheblich zu vergrößern. Bedeutende Summen werden für soziale Zwecke, für Bildung, Gesundheitsschutz, Kultur und Kunst bereitgestellt.

Infolge des Wuchercharakters des afghanischen Kapitalismus wurde die Schaffung der Grundlagen einer Großindustrie lange Zeit durch den Mangel an Mitteln gehemmt. Die Kapitalisten bereicherten sich hauptsächlich am Handel und durch Wucher und weigerten sich, in Industriebetrieben zu investieren, weil es ihnen zu riskant war. Was die früheren Regimes unternahmen, um die zersplitterten Nationalkapitalien in Aktiengesellschaften zu vereinigen und später zur Industrialisierung zu verwenden, war wenig wirksam. Erst Ende der 20er Jahre entstanden in Afghanistan die ersten Chausseen und etwa zehn kleine Industriebetriebe und Wasserkraftwerke. Selbst zu Beginn der 70er Jahre erreichte der Anteil des nationalen Privatkapitals an den gesamten Investitionen in der Industrie nicht einmal 2%. Für die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben mußte

Afghanische Bauern

Foto: G. Nadesdin (TASS)



DAS TREFFEN IN COLOMBO

Vom 23. bis zum 25. Mai tagte in der Hauptstadt von Sri Lanka eine Konferenz der Solidarität mit dem Kampf der Völker Asiens und Afrikas für Unabhängigkeit, Sicherheit und sozialökonomischen Fortschritt. Die Konferenz wurde auf Initiative der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation (AAPSO) durchgeführt; vertreten waren die Parteien und Massenorganisationen der Länder beider Kontinente. Sie war dem 25. Jahrestag der Konferenz von Bandung gewidmet.

Der sowjetische Delegationsleiter verlas bei der Eröffnung der Konferenz ein Grußschreiben Leonid Breschnew an ihre Teilnehmer.

Erinnern wir uns an die Zeit, in der die Bandung-Konferenz stattfand. Die Länder Asiens hatten sich eben erst vom Kolonialjoch befreit, die Imperialisten unter Führung der USA aber attackierten schon ihre Unabhängigkeit. Als Anhänger der NATO zimmerten sie die SEATO und die CENTO zusammen. Die Gründung dieser Militärblöcke war ein Bestandteil der Kalten-Kriegs-Strategie, die u. a. das Ziel verfolgte, den weltweiten Befreiungsprozeß zu blockieren.

Aber der Imperialismus hatte sich offensichtlich überschätzt. Mit der Solidarität und Hilfe der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder setzten die Völker Asiens und Afrikas ihren Freiheitskampf fort. In den letzten 25 Jahren festigten die frei gewordenen Länder Asiens ihre Positionen, und die Völker Afrikas vertrieben die Kolonialisten von ihrem Kontinent. Die CENTO und die SEATO täuschten die in sie gesetzten Hoffnungen, unter dem Einfluß der Entspannung lösten sie sich auf. Dank dem zielstrebigen Handeln der Friedenskräfte, vor allem der sozialistischen und der Entwicklungsländer, begann sich in der Welt eine neue, für die Sache von Frieden und Völkersicherheit günstige Situation herauszubilden, heißt es in der in Colombo angenommenen Generaldeklaration.

Aber das Treffen in Colombo verlief bekanntlich infolge der verstärkten Aggressivität des US-Imperialismus schon in einer komplizierten internationalen Situation. Die Washingtoner Administration verstärkt die Verbände

ihrer Kriegsmarine und der Luftwaffe im Indischen Ozean und baut ihre Militärstützpunkte dort aus.

Besonders große Besorgnis erregte verständlicherweise bei allen Teilnehmern der Konferenz von Colombo die Situation am Persischen Golf. Wie z. B. der vietnamesische Delegationsleiter sagte, sieht man in dieser Region, worauf die Allianz von Pekinger Hegemoniern und US-Imperialisten hinauslaufe. Diese drängen Peking zu Provokationen gegen die unabhängigen asiatischen und afrikanischen Länder, und dieses gibt sich gern dazu her.

Die Konferenz analysierte die Lage im Indik und am Persischen Golf. Die Konferenzteilnehmer billigten den AAPSO-Beschluß, im Juli eine außerordentliche Tagung zum Problem Persischer Golf abzuhalten.

Die Delegierten erörterten ferner die Nahostlage; sie betonten, daß die Regelung dieses Problems unmöglich ist, wenn nicht alle israelischen Truppen aus den okkupierten arabischen Gebieten vollzählig abgezogen, wenn nicht die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, dessen einziger legitimer Vertreter die PLO ist, respektiert werden.

Die Konferenz stellte fest, daß die Völker von Kampuchea, Laos und Vietnam nach Erreichung der Unabhängigkeit einen wesentlichen Fortschritt erzielt haben, und betonte die Notwendigkeit, den Revolutionären Volksrat von Kampuchea sofort als den rechtmäßigen Vertreter des Landes anzuerkennen.

Die Delegierten sprachen sich einmütig für die Initiative der Warschauer Vertragsstaaten aus, demnächst einen Gipfel aller Regionen der Welt abzuhalten und dort die Beseitigung der internationalen Spannungsherde sowie Maßnahmen zur Verhütung des Krieges zu erörtern.

Auf der Konferenz wurde eine Delegation guten Willens aufgestellt, die die Regierungen von Afghanistan und Pakistan ersuchte, sie zu empfangen, um Meinungen über die Beseitigung der Spannungen an der afghanisch-pakistanischen Grenze auszutauschen.

Heute, da die USA-Imperialisten und die chinesischen Hegemonisten die internationalen Spannungen anheizen, wodurch sie den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker bedrohen, ist der Zusammenschluß aller friedlichen, freiheitliebenden Kräfte höchst aktuell. Diesem humanen Ziel galt die Konferenz in Colombo.

J. BOTSCHKARJOW

vor allem der staatliche Sektor aufkommen. Zugleich bedingt der äußerst niedrige Entwicklungsstand der Produktivkräfte und das Elend der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, daß die inneren Akkumulationsquellen sehr begrenzt waren.

Selbstverständlich konnte diese schlimme Hinterlassenschaft in den zwei Jahren seit der Aprilrevolution noch nicht überwunden werden. Aber die Situation ändert sich merklich. Der gegenwärtige Plan sieht Investitionen in der Industrie in Höhe von 14,5 Md. Afghani vor; davon sollen 6 Md. aus den eigenen Mitteln und die restlichen 8,5 Md. aus dem Ausland, vornehmlich aus den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, erhalten werden.

Die afghanischen Führer betonten wiederholt, daß die Hilfe der sozialistischen Länder für Afghanistan

an keine politischen Bedingungen geknüpft wird. Sie dient dazu, seine nationale Wirtschaft zu entwickeln und die wirtschaftliche Selbständigkeit zu festigen. Das beste Beispiel dafür ist die traditionelle beiderseitig nützliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und deren südlichem Nachbarn, eine Zusammenarbeit, die noch von Lenin initiiert wurde. Die UdSSR leistete Afghanistan technischen Beistand beim Bau von mehr als 100 Objekten, die das Fundament der nationalen Wirtschaft bildeten.

Die Aprilrevolution bedeutete auch ein neues Stadium in der Zusammenarbeit beider Länder. Wie die afghanischen Führer erklären, ist sie heute ein außerordentlich wichtiger Faktor bei der Lösung der sozialökonomischen Probleme.

Erstmals in der afghanischen Geschichte beinhaltet der Wirtschafts-

plan dieses Jahres Auflagen nicht nur für staatliche, sondern auch für gemischte Betriebe. Das wird es helfen, die Tätigkeit der verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft besser zu koordinieren.

Der Minister für Planung Sultan Ali Keshtmand, Mitglied des Politbüros des ZK der Demokratischen Volkspartei, stellvertretender Vorsitzender des Revolutionsrates und stellvertretender Ministerpräsident der DRA, erklärte:

„Wir sind uns darüber klar, daß der einzige Weg zur Lösung der komplizierten Probleme, die beim Aufbau der neuen Gesellschaft entstehen, eine wissenschaftlich fundierte Planung ist, die den objektiven Erfordernissen und Möglichkeiten der Volkswirtschaft Rechnung trägt.“

Kabul

KEIN FREUDENFEST

Von unserem ständigen Berichterstatter Vladimir PAWLOW

Im Mai war Margaret Thatchers Torykabinett ein Jahr im Amt. An seinem Geburtstag herrschte aber alles andere als Feststimmung.

Am 1. Mai fanden in vielen Landesgebieten Gemeinderatswahlen statt, die für die Tories ungünstig aus liefen. Sie haben die Gemeinden Birmingham, Leeds, Glasgow, Aberdeen und viele andere nicht mehr in der Hand. Um ihren Anhängern wenigstens etwas Mut zu machen, versicherte ihnen Lord Thorneycroft, der Vorsitzende der Konservativen Partei, die Wahlergebnisse seien nicht ganz so schlecht ausgefallen, wie es die Toryführung erwartet hatte. „Sie zeigen“, erklärte er, „daß das Land keineswegs den Glauben an die letzten Vorzeile des neuen Kurses verloren hat, den die Regierung steuert und den sie auch in Zukunft zu halten entschlossen ist.“

Da kann man nur sagen: Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Das hat der am 14. Mai vom Britischen Trade-Union Kongreß (TUC) ausgerufene Tag der Aktion bestätigt. Um ihn zu vereiteln, zogen die Regierung, die Unternehmer und die bürgerliche Presse eine beispiellose Hetze gegen die Gewerkschaften auf. Den Spießern machte man damit Angst, daß Extremisten die Gewerkschaftsführung an sich gerissen hätten und darauf ausgingen, die Gesellschaft und die Demokratie in ihren Grundfesten zu erschüttern und im Land ein „fremdes Regime“ aufzurichten, das nicht akzeptiert werden könnte.

Trotz aller Quertreibereien und Drohungen der Regierung und der Unternehmer nahmen am Tag der Aktion Hunderttausende von Werk tätigen teil. Am 14. Mai ruhte die Arbeit in vielen Fabriken, Kohlengruben, Erzminen, Häfen, Bahnhöfen, Kommunaleinrichtungen und Staatsämtern, erschien keine einzige große Zeitung einschließlich des „Daily Express“, der sich die Stimme Britanniens nennt. Bei Massenkundgebungen, Demonstrationen und Protestmärschen im ganzen Land wurde die Stimme Großbritanniens, die Stimme seiner arbeitenden Bevölkerung laut. Parry, der TUC-Vorsitzende, sagte auf einer Kundgebung: „Wie könnt ihr dulden, daß ein Land, das in der NATO führend ist und Millionen Pfund Sterling für Waffen ausgibt, zugleich die

Aufwendungen für das Gesundheitswesen und für andere soziale Zwecke kürzt und die Arbeitslosigkeit anwachsen läßt?“

Die politischen Forderungen der Werk tätigen lösten bei den herrschenden Kreisen Furcht und Wut aus. Die Gewerkschaften verlangten ja, daß die Regierung ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik von Grund auf ändert. Das war nicht einfach ein Arbeitskonflikt, sondern eine politische Konfrontation zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der Toryregierung, die eine Kreatur der Großkonzerne ist.

Die Wirtschaftsstrategie der Konservativen, die sie seit ihrem Machtantritt betrieben haben, ist gescheitert. In dem einen Jahr hat sich die Inflationsrate auf jetzt 21,8% verdoppelt, sie ist viel höher als in jedem anderen kapitalistischen Indu-

strieland des Westens. Über andert halb Millionen Arbeitslose, und bis zum Jahresende wird erwartet, daß es zwei Millionen sein werden. Die Handelsbilanz wies voriges Jahr ein Defizit von mehr als 3 Md. Pfund Sterling auf. Etwa 5 Millionen Engländer leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze.

Als Margaret Thatcher zur Führerin der Konservativen Partei gewählt wurde, diagnostizierte sie die chronischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sehr bald als „englische Krankheit“. Sie erklärte: „Die unaufhörliche Jagd nach Gleichheit schadet und schadet auch jetzt unserer Wirtschaft auf ganz verschiedene Art und Weise.“ Als Premierministerin setzt sie beharrlich ihre Theorie in die Tat um, laut der England ein Land sein soll, in dem die Menschen das „Recht auf Un gleichheit“ haben.

Im Einklang mit dieser Theorie räumt die Toryregierung mit dem „sozialistischen Erbteil“ auf, das sie von der Labourregierung übernommen hat, d. h. mit den nach ihrer Ansicht übermäßigen Sozialaufwendungen. Unter dem Vorwand, sparen zu müssen, kürzt sie die Aufwendungen für Gesundheits- und Bildungswesen sowie für den Wohnungsbau

SÜDKOREA

AUFSTAND DER MASSEN

Auf der Erde hat sich noch ein neuerlicher Punkt gebildet. Es ist Südkorea. Auch dieses Mal trägt der US-Imperialismus die Schuld. Washington ist für die Verbrechen seiner Seouler Marionetten verantwortlich, die einen Ausbruch des Volkszorns verursacht haben.

Seit mehr als drei Jahrzehnten wütet in Südkorea ein militärisch-faschistisches Regime, das mit amerikanischen Bajonetten gestützt wird. Als Washington dieses bald von einer, bald von einer anderen seiner Kreaturen geführte Regime aufbaute, ließ es in Südkorea nach dem Krieg wohlweislich Divisionen zurück, denn es wußte: Die Südkoreaner würden die Tyrannie nicht dulden, um so weniger, als im Norden des Landes eine Volksmacht aufgerichtet wurde.

Anfangs entsprach die Diktatur Li Syn Mans und ab 1961 diejenige Pak Tschung His der Erwartung der USA, daß sie aus Südkorea einen „asiatischen Schaukasten der amerikanischen Demokratie“ und ein Paradies für das kapitalistische „freie Unternehmertum“ machen würden. Das trug zum südkoreanischen „Wirtschaftswunder“ bei. Die ganze „Prosperität“ beruhte jedoch auf einer

schonungslosen Ausbeutung der Werk tätigen. Selbst bei einem 12- oder gar 15stündigen Arbeitstag hatten sie nicht ihr Auskommen. Die Inflation hat 30% erreicht. Immer schneller klettern die Preise in die Höhe. Auch die Arbeitslosigkeit wächst, und die Unternehmer benutzen das, um Lohnerhöhungen zu verweigern.

Schon immer haben die Behörden die Unzufriedenheit und die Proteste des Volkes schonungslos abgewürgt. Selbst die bürgerliche Opposition (die Neue Demokratische Partei und kleinere Organisationen) war unter Pak Tschung His Verfolgungen ausgesetzt. Deshalb haben die demokratischen Fortschrittskräfte keine führenden Körperschaften und sind ihre Aktionen größtenteils spontan. Etwas organisierter ist die oppositionelle Studentenschaft. Deshalb spielt sie in der demokratischen Bewegung eine so aktive Rolle.

Der Ausbruch des Volkszorns über das reaktionäre Regime vom Mai d. J. reichte seit Oktober v. J. heran. Damals wurde infolge der Krise und der Streitigkeiten innerhalb der Demokratisch-

um Hunderte Millionen Pfund. Sie geht davon aus, daß einer, der Geld hat, seine Kinder in eine Privatschule schicken, sich bei Krankheit von einem Privatarzt behandeln lassen und sich, wenn er Wohnung braucht, ein Haus kaufen kann. Na, und wer kein Geld hat, der muß laut dem „Recht auf Ungleichheit“ nur sich selbst die Schuld geben.

Das strategische Ziel der Regierung ist es, das Land durch eine krasse Senkung des Lebensstandards der Werktätigen aus der chronischen Wirtschaftskrise hinauszuführen. Das will sie durch Kürzung der Sozialaufwendungen wie auch der Löhne und Gehälter erreichen. Finanzminister Howe hat erklärt, die Zuwachsrate der Löhne und Gehälter müsse immer um 3-4% hinter der Inflation zurückbleiben. Die Tories wissen, daß die Werktätigen das nicht stillschweigend hinnehmen werden, und benutzen die Androhung einer Massenarbeitslosigkeit als Druckmittel.

Ein Teil der herrschenden Kreise und die Presse, die deren Interessen wahrnimmt, sind mit den sozialen und wirtschaftlichen Plänen der Tories einverstanden, zweifeln jedoch die Methoden der Regierung an. Die „Times“ schrieb: „Die Medizin, die

sie“ (Margaret Thatcher) „verbeschreibt, besteht aus einer strikten Kontrolle über die Geldmenge, aus einer Senkung der Regierungsaufwendungen und aus einer Wiederherstellung des freien Unternehmertums und ist geeignet, den Patienten eher umzubringen, als ihn gesund zu machen.“

Manche namhafte Geschäftsleute und Journalisten meinen, bei der Massenarbeitslosigkeit und schweren Inflation könne die unverblümte Konfrontation der Regierung mit den Gewerkschaften zu ernsten sozialen Erschütterungen führen.

Auch Mitglieder der Regierung zweifeln an der Richtigkeit der Innenpolitik der Tories. Lordsiegelbewahrer Gilmour befürchtet, daß die Wähler nicht mehr die Tories wählen werden.

Das Establishment sorgt sich, daß dann eine Labourregierung käme. Ganz unnötig. Die rechte Labourführung will ja keine kardinalen Reformen und dient auch dem Großkapital. Letzthin ist aber bei der Labourpartei und beim TUC ein Linksruck eingetreten, und falls sie zur Macht käme, könnte sie wirklich Veränderungen vornehmen, und davor haben die herrschenden Kreise Angst.

Um das zu verhüten, plant das Establishment die Bildung einer neuen, gemäßigten Zentrumspartei, die sich sowohl gegen die Rechten bei den Tories als auch gegen die Linken bei den Labouristen stellen könnte. Die Initiative dazu geht von dem ehemaligen Vizevorsitzenden der Labourpartei Jenkins aus, der jetzt der EG-Kommission vorsteht. Man will von der Labourpartei ihren rechten Flügel lostrennen, ihn mit den Liberalen verschmelzen und so die neue politische Koalition zustande bringen. Ihr könnten sich auch manche Tories anschließen, die mit der Politik der jetzigen Toryführung nicht einverstanden sind. Durch eine derartige Spaltung der Labourpartei glaubt man, den Machtantritt einer linken Labourregierung abwenden zu können und zugleich für den Fall einer Wahlniederlage der Tories an der Zentrumspartei eine Auffangmöglichkeit zu haben.

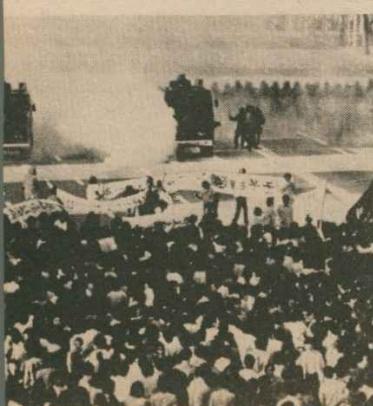
Der Plan, eine neue Partei zu bilden, zeugt davon, daß die herrschenden Klassen zu allem bereit sind, bloß um die demokratischen Kräfte aufzuhalten, die im Interesse der Werktätigen radikale Umgestaltungen fordern.

London

Republikanischen Partei (der Regierungspartei) ihr Führer, der Diktator Pak Tschung Hi, ermordet. Der frühere Ministerpräsident Choi Kuy Hah wurde (interimistischer) Landespräsident. Er sagte einen „Demokratisierungsprozeß“ an. Auch versprach er Verfassungsänderungen, freie Wahlen (1981) usw. Mit jeder Woche aber erkannte man deutlicher, daß die Regierung keine radikalen Wandlungen wollte. Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Werktätigen wurden immer schlechter.

Südkoreanische Polizei geht mit Tränengas gegen Demonstranten vor.

Foto TASS



Kein Wunder, daß die Zeit der Hoffnungen ein Ende hat. Deshalb setzten im Mai in Seoul und anderen Städten wieder Studentenunruhen ein. Die Kumpel von Sabuk, die Stahlgiesser von Pusan und andere Gruppen der Arbeiterklasse schalteten sich in den Kampf ein. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die politische Ausrichtung dieser Aktionen ist nicht mehr zu erkennen. Das Volk hat den offenen Kampf gegen die reaktionären Zustände, für Freiheit und Demokratie aufgenommen.

In dieser Krise der Diktatur erschien gleich ein neuer „starker Mann“ des Seouler Regimes auf der Bildfläche: der Befehlshaber der Truppen für öffentliche Sicherheit und (seit dem 14. April) Direktor der südkoreanischen CIA, General Chon Gu Hwan. Ihm wurde die Niederwerfung des „Aufruhrs“ aufgetragen, und er nahm die Sache nach allen Regeln einer faschistischen Diktatur in Angriff. Er zwang die Regierung zum Rücktritt, verhängte wieder den Ausnahmezustand über das ganze Land und verbot jede politische Betätigung und jeden Streik. Sämtliche Universitäten wurden geschlossen und gegen die „Aufrührer“ Truppen vorgeschnickt.

Der Kulminationspunkt des Volksauf-

stands war die Einnahme der drittgrößten südkoreanischen Stadt, Kwangju mit 800 000 Einwohnern, am 21. Mai. Die Aufständischen schlugen die Truppen aus der Stadt hinaus, sie besetzten das Arsenal und bauten Barrikaden. Während diese Zeilen geschrieben werden, sind die Regierungstruppen bereits in Kwangju eingedrungen und halten mit den Aufständischen blutige Abrechnung.

Um das militärisch-faschistische Regime zu retten, hilft Washington Chon Gu Hwan, den Aufstand niederzuwerfen. Der eilends aus den USA zurückgekehrte Oberbefehlshaber der vereinigten amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte, General Wickham, hat Truppen zur „Herstellung der Ordnung“ nach Kwangju geschickt. An der Küste Südkoreas werden amerikanische Kriegsschiffe, darunter der Flugzeugträger „Coral“, zusammengezogen. In Washington hat man bekanntgegeben, daß die Regierung Carter „alle Varianten“ einer Lösung des Südkorea-Problems ins Auge fasse. Doch der „Schaukasten der amerikanischen Demokratie“ in Asien ist schon eingeschlagen, und die ganze Welt hat gesehen, daß hinter diesem Schaukasten der Faschismus verborgen ist.

N. SCHIMMEL

ASSAM-SEPARATISTEN UND IHRE HINTERMÄNNER

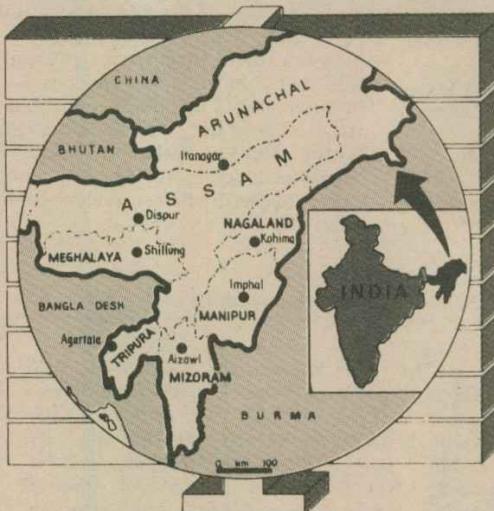
Von unserem ständigen Berichterstatter Sergej IRODOW

Die nordöstlichen Bundesstaaten Indiens Assam, Meghalaya, Tripura, Manipur, Nagaland und die Bundesgebiete Mizoram und Arunachal-Pradesh werden die sieben Schwestern genannt. Nur ein schmäler Korridor, der im Norden zwischen Nepal, Bhutan und China und im Süden durch Bangladesh hindurchführt, verbindet sie mit dem übrigen Indien, so daß man den Eindruck hat, als seien sie von ihm isoliert. In Indien wurden sie immer als ein Ganzes angesehen. Es gibt kaum woanders eine derartige nationale, kulturelle und sprachliche Verschiedenheit wie bei den dortigen über hundert Völkern und Stämmen. Die britischen Kolonialisten stifteten nach der Devise „Trenne und herrsche“ Feindseligkeiten zwischen diesen Stämmen und der übrigen Bevölkerung Indiens und hielten die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets vorsätzlich auf. Nachdem Indien die Unabhängigkeit errungen hatte, nahmen die nationalistischen Aktionen, die oft unter separatistischen Losungen durchgeführt wurden, an Intensität bald zu, bald ab, wurden aber immer von auswärtigen Kräften geschürt und unterstützt, die daran interessiert sind, auf Indien zu drücken und es politisch zu destabilisieren. Der Staat Assam in seinen heutigen Grenzen stand diesen Vorgängen lange fern und galt als Stütze der Regierung im Kampf gegen die im Nordosten des Landes operierenden Separatisten und ihre Inspiratoren. Jetzt aber ist gerade er der allergischste Punkt Indiens. Seit mehr als einem halben Jahr schon herrscht dort eine politische Krise. Ausgelöst wurde sie durch die Massenbewegung gegen das, was ihre Teilnehmer eine stille Ausländerinvasion nennen.

Der Unruheherd

In Gauhati, der größten Stadt des Bundesstaates Assam, die mit dessen Hauptstadt Dispur verschmolzen ist, sind in einem schattigen Park Bilder des assamesischen Malers Prosendjit Dowerah ausgestellt. Ein Besucher sagt: „Seine Bil-

der sprechen von unserer Verzweiflung und Entschlossenheit. Das Feld mit der drohend darüber geballten Riesenfaust symbolisiert die Einnahme Assams durch Ausländer. Der deprimierte junge Mann hat durch Ausländer die Arbeit verloren. Die vielen erhobenen Fäuste bedeuten unsere Entschlossenheit, die Ausländer



Karte Nordostindiens. Aus „India Today“

der aus Assam hinauszusetzen.“

Im Park verteilen Schüler oder Studenten Flugblätter und tragen Tafeln vielfach mit regierungsfeindlichen Aufschriften.

Durch die Kampagne gegen die Regierung ist die Wirtschaft des Staates fast ganz lahmgelegt. Viele Lehranstalten und manche Ämter sind geschlossen, infolge von Streiks auch Betriebe. Die rund um die Uhr bei der einzigen Ölleitung des Staates stehenden Streikposten haben die Öllieferung nach anderen Landesgebieten gesperrt. In manchen Orten ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Dabei sind viele getötet oder verwundet worden. Hunderte von Häusern sind eingäschert. Die obdachlos gewordenen Einwohner müssen in speziell eingerichteten Lagern hausen.

Die Bundesregierung trifft drin-

gend Maßnahmen zur Normalisierung der Lage in Assam. Seit Anfang April ist es zum Unruhegebiet erklärt worden. Das bedeutet, daß im Notfall Truppenteile den Zivilbehörden helfen können, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Zugleich bemühen sich die Regierung von Assam und die Bundesbehörden um eine politische Behebung der Krise. In den letzten Monaten sind Indira Gandhi und andere Spitzendpolitiker Indiens mit den Leitern des Gesamtassamesischen Studentenverbandes und der Organisation All-Assam Gana Sangram Parishad, die die oppositionelle Bewegung im Staat anführen, mehrmals zusammengetroffen. Wie mitgeteilt wird, hat sich die Regierung grundsätzlich bereit erklärt, 5 von den 8 Forderungen zu bewilligen. Doch über die wichtigste Frage ist man sich noch nicht einig.

Wer sind die „Ausländer“?

Zu ihnen zählen die einheimischen Extremisten die Einwanderer aus Bangladesh und Nepal, die sich zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Gründen dort niedergelassen haben, sowie Umsiedler aus anderen Bundesstaaten Indiens, größtenteils aus Westbengalen.

Die erste große Welle von Einwanderern, Flüchtlingen vor den nationalistischen und religiösen Exzessen in Ostpakistan, ging nach der Teilung Indiens von 1947 über Assam hinweg. Mit der Zeit ließ der Zustrom etwas nach, im Laufe des Unabhängigkeitskriegs in Bangladesh

von 1971 nahm er aber wieder stark zu und hat bis jetzt nicht aufgehört, obwohl nur diejenigen, die bis 25. März 1971 in Indien einwanderten, laut Vereinbarung von 1972 zwischen der indischen und der bangladescher Regierung ein Anrecht auf die indische Staatsbürgerschaft haben. Die Regierung Indira Gandhis schlägt vor, eine Streichung der „Ausländer“ aus den Wählerlisten und ihre Ausweisung aus Assam mit diesem Stichtag zu erwägen. Dem stimmen so gut wie alle wichtigsten Parteien Indiens zu. Die Nationalisten von Assam bestehen jedoch darauf, daß der Stichtag für 1951 angesetzt werden soll. Sie sagen, die „stille Ausländerinvasion“ (nach verschiedenen Schätzungen sollen zwischen 3 und 7 Millionen „Ausländer“ bei einer Gesamtbevölkerung von 19 Millionen in Assam leben) gefähr-

de die politische und kulturelle Integrität des Staates und mache die Stammbevölkerung im eigenen Land zu armen Verwandten.

Der assamesische Journalist Nares Chandra Rajkhowa sagte mir folgendes: „Die Befürchtungen der Stammbevölkerung für ihre Kultur und nationale Eigenständigkeit ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Grund für das jähre Aufflackern der nationalistischen Bewegung in Assam. Die „sieben Schwestern“ sind im Land schon lange die Aschenbrödel, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sind sie erheblich hinter den anderen Bundesstaaten zurückgeblieben. Die Industrie ist nur sehr schwach entwickelt, sie beschäftigt lediglich 4% der Bevölkerung, während es in ganz Indien 20% sind. Zwei Fünftel der Dörfer Indiens haben elektrischen Anschluß, bei uns aber nur jedes zehnte Dorf. Von je 10 assamesischen Familien leben 6 unter der offiziellen Armutsgrenze.“

Die Agrarproduktion ist zwischen 1951 und 1976 in ganz Indien auf das Doppelte bei einem Bevölkerungszuwachs um 50% gestiegen, in Assam dagegen nur um 35% bei einem 70prozentigen Bevölkerungszuwachs, größtenteils durch die Zuwanderung. Das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung macht bei uns 852 Rupien, in ganz Indien dagegen 1278 Rupien aus. Assam liefert ungefähr ein Drittel des indischen Erdöls und mehr als die Hälfte des indischen Tees, muß aber, da es keine eigene Industrie und nur eine einseitige Landwirtschaft hat, bis zu 80% aller Nahrungsmittel, Textilien und verschiedenen Ausrüstungen aus den anderen Bundesstaaten beziehen.

„Eigentlich ist unsere Bewegung friedlich und gewaltlos“, fährt Rajkhowa fort. „Die Zusammenstöße, die Menschenopfer gefordert haben, wurden von Extremisten provoziert. Sie wecken im Staate chauvinistische Stimmungen und suchen, die Bewegung separatistisch zu machen.“

Hinter den Kulissen

Die Extremisten suchen ihr Vorgehen mit der illegalen regierungsfeindlichen Bewegung in den anderen Nordoststaaten Indiens zu vereinbaren. Unlängst erklärte Pabindra Deka, der Generalsekretär der All-Assam Gana Sangram Parishad: „Auf der Fahne unserer Partei haben wir sieben Sterne, denn die sieben Nordoststaaten und -Bundesgebiete sind nicht nur gleichsam verschwistert, sie müssen sich auch im Kampf für ihre Rechte vereinigen.“ Wie die Nachrichtenagentur UNI meldet, haben Vertreter dieser

Organisationen beschlossen, eine „vereinigte Armee“ zum bewaffneten Kampf für einen „unabhängigen Staat aufzustellen, zu dem alle diese Gebiete gehören sollen.“

Rechnen die Extremisten aber nur auf die regierungsfeindlichen Kräfte im Lande selbst? Die indische Presse berichtet über zahlreiche Einmischungsakte auswärtiger Kräfte, vor allem der USA und Chinas, in die Geschehnisse im Nordosten Indiens.

Auch die Regierung Indiens ist über derartige Vorhaben unterrichtet. Im Parlament wies Innenminister Makwana auf die regere Betriebsamkeit der westlichen Geheimdienste hin, die sich im Nordosten über christliche Missionare betätigen. Er sagte: „Ihre Betätigung steht unter strikter Kontrolle, falls nötig, werden wir sie ausweisen.“

Auch Peking hat es darauf abgesehen, die Lage in diesem Raum zu destabilisieren. Die Wochenschrift „Link“ führt das alte Mao-Zitat an: „Tibet ist eine Hand Chinas. Nepal, Bhutan, Sikkim, Ladakh und Nordassam sind ihre fünf Finger. Die Hand ist mit China vereint. Jetzt sind die fünf Finger an der Reihe.“ „Link“ betont, daß die jetzige Führung Chinas diese „Weisung des großen Steuermannes“ zu befolgen gedenkt, wovon die sogenannte kartographische Aggression Chinas zeuge. Peking beteuert, es sei ein Freund Indiens und strebe aufrichtig nach Frieden und guter Nachbarschaft, legt jedoch eine zweite strategische Chaussee an der indischen Grenze entlang, baut dort große Militärobjekte, bildet in speziellen Lagern in Tibet bei Lhasa und in der Provinz Junnan indienfeindliche separatistische Elemente aus und liefert ihnen Waffen zum Kampf gegen die indische Regierung.

Die vorsätzliche Einmischung anderer Länder erschwert die Lage im Nordosten Indiens ganz erheblich. Sie beeinträchtigt die Bemühungen der Bundesregierung um die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme.

In einer Resolution des Zentralen Exekutivkomitees der KP Indiens wird folgendes betont: „Jetzt, wo der US-Imperialismus und seine Pekinger Komplicen versuchen, diese Situation (in Assam) auszunutzen, um die Einheit des Landes zu sprengen, kann das Fortdauern der nationalistischen Massenkampagne in Assam nicht nur für dieses, sondern für ganz Indien folgenschwer sein.“ Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Indiens halten Sofortmaßnahmen zur politischen Behebung der Krise für notwendig.

Delhi, im Mai

STREIT IN ISLAMABAD

101 Fragen standen auf der Tagesordnung der 11. Islamischen Konferenz vom 17. bis 21. Mai in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad. Zu den meisten Fragen nahmen die Teilnehmer antiimperialistische Positionen ein. Sie verurteilten entschieden die Expansionspolitik Israels, darunter die Annexion des Ostteils von Jerusalem und den Separatvertrag von Camp David. Ebenso kategorisch verurteilten die islamischen Länder die „militärische Aggression der USA gegen den Iran“, die Anwendung von Gewalt und die Sanktionen gegenüber dem Iran.

Doch daneben unternahmen einige Delegationen, angeführt von der pakistanischen Delegation, deren Leiter auf dieser Tagung den Vorsitzenden abgab, nicht geringe Anstrengungen, um die Konferenz irrezuführen. Die künstliche „afghanische Frage“ wurde aufgeworfen, wobei man der rechtmäßigen Regierung der DR Afghanistan eine Teilnahme an der Tagung verweigerte. Zugleich waren die Anführer der afghanischen Konterrevolution zugegen ... aufgenommen in die iranische Delegation. Als „schlechten Präzedenzfall“, der die „inneren Differenzen in der islamischen Welt vertieft“ kann, bezeichnete die malaysische Zeitung „Business Times“ diesen Schritt. Einige Delegationen (Syrien, Libyen, die YDRJ, Algerien und die PLO) wandten sich entschieden gegen Spekulationen um die Lage in Afghanistan. Auch viele andere sprachen sich für eine realistische Haltung aus. Auf der Tagung kam es zu harten Auseinandersetzungen. Nichtsdestoweniger gelang es den Vertretern reaktionärer islamischer Kreise, eine Resolution zur „afghanischen Frage“ durchzupassen, die in feindseligem Ton gegenüber dem Volk und der Regierung Afghanistans gehalten ist.

Die Drahtzieher der antiafghanischen Kampagne versuchten, sich um eine Antwort auf die kürzliche konstruktive Initiative Kabuls (siehe NZ, Heft 21) zu drücken. Zugleich beschloß man, einen „Afghanistan-Ausschuß“ aus den Außenministern Pakistans und des Iran sowie dem Generalsekretär der Islamischen Konferenz zu bilden.

Trotz allem stimmen die meisten Beobachter darin überein, daß auf der jetzigen Tagung insgesamt eine „gemäßigtere Haltung“ gegenüber der Entwicklung in Afghanistan demonstriert wurde als auf der Januartagung der Islamischen Konferenz.

A. USWATOW

WACHSAME LORDS

Schon seit Jahren haben sich im Oberhaus des britischen Parlaments nicht so viele ehrenwerte Lords eingefunden, wurde nicht so leidenschaftlich debattiert. Das Oberhaus, das auch die Engländer als „Anachronismus“ bezeichnen, fand plötzlich durch stürmische Aktivitäten allgemeine Aufmerksamkeit.

Was für Probleme nun waren für die Lords auf einmal interessanter als Kamine, Krieger und Pferderennen und erinnerten sie an ihre parlamentarischen Pflichten?

An diesem Tag wurde das Verteidigungsprogramm der Regierung erörtert. Und obgleich die mit einem Adelstitel versehenen „Volksvertreter“ nichts entschieden, konnten sie doch endlich einmal wieder große Reden schwingen.

Kriegsminister Lord Strathcona suchte seine Kollegen mit der „sowjetischen Bedrohung“ einzuschüchtern. „Die Herausforderung der Sowjetunion ist global“, und dieser könne nur mit entschiedensten Maßnahmen begegnet werden: durch die weitere

Eskalation des Wettrüstens, die Konsolidierung der britischen „Abschreckungsstreitmacht“ und die Bereitschaft, „selbst außerhalb des NATO-Bereiches wirksam zu operieren“, z. B. am Persischen Golf.

Strathcona brachte durch seine zündende Rede die verehrten Lords auf Vordermann. Nacheinander ergriffen sie das Wort, um zu behaupten: Der Rüstungs-

etat müsse angehoben werden, sonst würden die Russen schon sehr bald durch London marschieren.

Die Reden zogen sich bis in den Abend. Die Lords konnten also „stolz“ sein: Werden ja die Engländer morgen aus der Zeitung erfahren, daß die Lords noch am Leben und wachsam sind.

J. SOLONIZYN



„Atlantische Solidarität“ in Aktion

FÜR DEN HAUSGEBRAUCH



Kürzlich stellte das italienische Nachrichtenmagazin „Panorama“ seinen Lesern das interessante Gesellschaftsspiel „Der Putsch“ (Bild links) vor. Die Spielregeln weisen an, wie „Unruhen in den Städten zu organisieren sind, wie Brücken in die Luft gejagt und wichtige Objekte besetzt werden“. Man kann auf Seiten der „regierungstreuen Trup-

pen“ spielen, aber auch auf Seiten gewisser „Putschisten“ einer unbestimten politischen Couleur.

Die Produzenten von Gesellschaftsspielen sind schon seit langem wieder stark im Kommen. Indem sie nicht ohne Erfolg auf akute soziale und politische Probleme westlicher Länder spekulieren, machen sie Millionen. Riesenprofite brachte den Brüdern Parker das von ihnen erfundene „Monopoly“, das den Mechanismus der Konzentration des Kapitals und seiner Investierung im Kleinformat imitierte. Der Spießbürger darf sich mit den Papiermillionen zur Geldelite rechnen.

Nicht weniger ideologisch betrachtet ist auch ein anderes Gesellschaftsspiel, das in den 70er Jahren, auf dem Höhe-



punkt der Energiekrise auftauchte. Seine Teilnehmer wurden für einige Stunden zu „Ölscheichs“ und „Tankerreedern“ und teilten in den „besten Traditionen“ des Neokolonialismus fiktives arabisches Öl unter sich auf. Die Spielregeln ließen nicht den geringsten Zweifel aufkommen, daß an der Energiekrise die „Araber“

für die Freunde von Gesellschaftsspielen gibt es auch solche, die Episoden des zweiten Weltkrieges rekonstruieren — so die Luftkämpfe über Japan (Bild rechts).

Foto: „Panorama“

schuld sind, die die Preise des für den Westen lebenswichtigen Rohstoffs anheben.



Ein Musiker auf einer New-Yorker Straße bittet um Almosen

Foto: I. Makurin (TASS)

das nur trockene Statistik.

Hinter jedem Prozent Arbeitslosigkeit aber verbirgt sich eine Million Amerikaner, die ihre Existenzgrundlage verloren haben. Jedes weitere Prozent bedeutet noch längere Schlangen vor den Arbeitsämtern.

Zahlenjongleure lassen jedoch den Kopf nicht hängen. In einem Leitartikel der „Business Week“ heißt es: „Bei den Konzernen dominiert Pessimismus. Das Business richtet sich jetzt darauf ein, daß das Verkaufs- und Profitvolumen mehr als erwartet fallen wird.“

P. ANDREJEW

Zoologieminister

Pik Botha, Außenminister der Republik Südafrika, war früher als Spezialist für Theorie und Praxis des Rassismus bekannt. Kürzlich zeigte er im Parlament außerordentliche Kenntnisse auch in Zoologie. Botha ließ sich über Krake, Hai und Bär aus. Diplomatisch wie er ist, schrieb er deren Gebaren der Sowjetunion zu. Der Minister demonstrierte fürwahr tierischen Haß auf die Ideen des Friedens und des Fortschritts, als er an den Westen appellierte, „bereit zu sein, die Frage eines Krieges, selbst eines nuklearen Krieges“ gegen die UdSSR zu prüfen. Sonst könne es zu spät sein. Sie wissen ja, wozu Krake, Hai, Bär imstande sind...

„Wenn man der Sowjetunion nicht Einhalt gebietet, wird sie die ganze Welt erobern und unterjochen, und für uns werden schwarze Zeiten anbrechen“, unkte der Minister.

Sinnlos, Mr. Botha klarzumachen, daß die UdSSR — wie jeder weiß — nicht beabsichtigt, die „ganze Welt“ zu erobern, auch nicht einzelne Regionen. Andere Zeiten werden für die RSA-Machthaber aber ganz sicher anbrechen. Sie werden ihren Platz für die wahren Vertreter des Volkes räumen müssen.

Übrigens braucht Herr Botha nicht zu befürchten, ohne Arbeit zu bleiben. Mit seinen Kenntnissen wird er stets unterkommen — z. B. in einem Zoo.

W. KSENIK

Das Schaubild in der Zeitung der amerikanischen Kommunisten „Daily World“ zeigt, wie die NATO-Länder das Wettrüsten forcieren. 1950 haben die NATO-Verbündeten gut 20 Md. Dollar für die Rüstung ausgegeben. Jetzt verschlingen die Rüstungsausgaben der NATO bereits 200 Md. Dollar. Doch den Ergebnissen der kürzlichen Tagung der militärischen Planungsgruppe der NATO zufolge sind auch diese Riesenbeträge noch nicht die Obergrenze. Natürlich könnte man die Milliarden für friedliche Zwecke verwenden. Doch die Einstellung in der NATO zu solchen Ausgaben kommt nach wie vor in der bekannten Äußerung eines Generals zum Ausdruck, der beim Anblick eines neuen Krankenhauses ausrief: „Für zehn solche Krankenhäuser könnten wir eine weitere Polarisrakete kaufen!“



EINMAL IN DER OBERPFALZ

Die Einwohner der Kleinstädte Kemnath und Dößwitz in Südbayern erkrankten auf einmal. Alle wiesen die gleichen Symptome auf: starkes Jucken, Übelkeit und Atemnot. Einige Tage lang fühlten sie sich sehr unwohl.

Wie sich später herausstellte, hatten US-Soldaten von Einheiten, die in der Oberpfalz stationiert sind, Giftgase im Gelände „erprobt“. Augenzeugen berichteten später, dort sähe es aus wie nach einem amerikanischen Angriff in Vietnam. Das war vor einigen Jahren. Regierungskreise und bürgerliche Presse der BRD schwiegen sich darüber aus.

Kürzlich sickerten in die BRD-Presse Meldungen durch, daß in der Bundesrepublik große Mengen von

Giftstoffen gelagert sind, u. a. das „Agent Orange“, das die Amerikaner seinerzeit in großen Mengen in Indochina eingesetzt hatten. Während der Vietnam-Aggression wurden 40 Mio l dieses Giftstoffes verprüht. Obwohl sich Washington 1975 — unter Vorbehalt — dem Genfer Protokoll von 1925 über das Verbot der Anwendung von chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln anschloß, wird in den USA noch intensiver an chemischen Waffen gearbeitet. Ferner verlautete aus amerikanischen Quellen, daß das „Orange“ in der Bundesrepublik für den „Ernstfall“ gelagert ist — wie hohe Militärs aus den USA zur „Beruhigung“ erklärten.

Leider wußten die Einwohner von Kemnath und Dößwitz damals nichts dergleichen. Sie hätten sich wohl gleich besser gefühlt...

L. SMIRNOWA

VERFOLGT, ABER UNGEBROCHEN

Waleri WOLKOW

In Lusaka stellte ich verwundert fest, daß dort praktisch fast keine Flüchtlinge aus Simbabwe mehr waren, obwohl sie erst vor kurzem einen bedeutenden Teil der Randgebiete der sambischen Hauptstadt ausmachten. Das ehemalige Hauptquartier der Patriotenischen Front von Simbabwe, das in einer stillen, schmalen Straße eines Arbeiterviertels liegt, ist fast leer. Am Eingang sitzt anstatt eines bewaffneten Postens ein junges Mädchen und strickt Kindersocken.

„Fast alle Flüchtlinge“, sagt sie, „sind schon in Simbabwe oder in Heimkehrerlagern. Nach Ausrufung der Unabhängigkeit haben wir hier nichts mehr zu tun, man möchte möglichst bald heim, um das neue Leben aufzubauen.“

Auf den Straßen Sambias sah ich zahlreiche Busse und Lastautos zur südlichen Grenze fahren. Sie befördern die Heimkehrer mit ihrem bißchen Habeseligkeiten, Menschen, die vor den Repressalien des früheren Rassistenregimes geflohen waren und viele Jahre im Exil gelebt hatten.

Laut Angaben der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) gibt es in Afrika gegenwärtig über 4,5 Millionen Flüchtlinge. Warum verlassen die Menschen ihre Heimstätten, ihre bestellten Felder, warum gehen sie in die Fremde?

Ein Hauptgrund sind die schändliche Apartheid in der RSA, die Kolonialzustände in Namibia, das seit mehr als 30 Jahren von südafrikanischen Truppen okkupiert ist. Um dem Terror und der Gewalt der rassistischen Behörden zu entrinnen, suchen Afrikaner aus der RSA und aus Namibia Zuflucht in den unabhängigen Nachbarstaaten Angola, Botswana, Moçambique, Lesotho und Swasiland.

A. Lukoki, Mitglied des Politbüros des ZK der MPLA-Partei der Arbeit Angolas, sagte mir: „Wir sind solidarisch mit den Menschen, die wegen der Willkür des Rassistenregimes ihre Heimat verlassen mußten. Die Regierung Angolas erweist denen, die in unserem Land Zuflucht gefunden haben, nach Kräften Hilfe. In Angola leben aus politischen Motiven über 270 000 Afrikaner aus anderen Ländern.“

Mit einem von ihnen, Aaron Mushimba, bin ich schon seit Jahren bekannt. Er ist Vertreter der SWAPO in Luanda. Ich hatte ihn auf Pressekonferenzen und Kundgebun-

gen gesehen, bevor wir schließlich zusammenkamen. An einem späten Abend trat er, leicht hinkend, ins „Prawda“-Büro.

„Meine alten Wunden machen sich wieder mal bemerkbar“, sagte er mit schmerzverzerrtem Gesicht.

Das Leben dieses mutigen Mannes ist sehr bewegt. Er wurde in Windhoek, dem Verwaltungszentrum Namibias, am 24. Dezember 1945 geboren. Aber der Umstand, daß er am Heiligabend zur Welt kam, brachte ihm kein Glück. Aaron war der jüngste von zehn Kindern. Er erinnert sich nicht an seinen Vater, der starb, als der Junge nicht einmal ein Jahr war, und zwar an Tbc, die er sich durch langjährige Arbeit in den Gruben von Tsumeb zugezogen hatte. Elend, Hunger, Krankheiten: All das hatte Mushimba durchgemacht.

Er berichtet: „Ich kam erst spät zur Schule, weil es in der Reservation, wohin man uns nach Vaters Tod gebracht hatte, einfach keine Schule gab. Beinahe von meinem fünften Lebensjahr an mußte ich zum Unterhalt beitragen. Der schlimmste Eindruck meiner Kinderjahre war die Sprengung einer namibischen Demonstration in Katutura, einem Arbeitervorort von

Windhoek. Vor meinen Augen wurden mehr als 20 Personen niedergeschlagen. Mit 12 Jahren wusch ich Autos in einer Großgarage, dann war ich Laufjunge in einem Geschäft. Einen großen Einfluß hatte auf mich der Umstand, daß unsere Familie mit dem SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma bekannt war. Im Jahre 1969 trat ich der Jugendorganisation der SWAPO bei. 1973 wurde ich zu ihrem Vorsitzenden und dann zum nationalen Sekretär für Organisationsfragen gewählt.“

Im August 1975 wurde in Namibia der Stammeshäuptling Elifas getötet, der von Rassisten bestochen worden war und seine Landsleute schikanierte. Die Behörden in Pretoria nahmen diesen Terrorakt zum Vorwand, um sich an der SWAPO-Führung zu rächen. Mushimba wurde verhaftet und in das zentrale Gefängnis von Windhoek zu einem Ver-

hör gebracht. Nach zwei Monaten endloser Folterungen überführte man ihn in das Gefängnis für besonders gefährliche politische Häftlinge in Oshikango. Die feuchte Zelle war so klein, daß er sich nicht einmal hinsetzen konnte. Jeden Tag wurde er geschlagen und gefoltert.

Wieder erzählt Aaron Mushimba: „Die Gefängnisleute schienen die Beschuldigung, ich hätte am Anschlag auf Elifas teilgenommen, vergessen zu haben, sie fragten mich vor allem nach der politischen Struktur der SWAPO, nach den Adressen und Namen von Leitern der Grundorganisationen. Die Folterungen waren schrecklich: Elektroschock, imitierte Erschießung, glühende Nadeln, die unter die Nägel getrieben wurden, Prügel mit dem Gummiknöppel. Meine Beine und Arme waren geschwollen, aber für mich gab es keinen Arzt. Ein mitleidiger Gefängniswärter gab mir zwei Tabletten Aspirin. Jemand verriet ihn, mich hängte man



Das Verwaltungshaus eines Flüchtlingslagers in Angola nach einem Überfall der Rassisten.

Foto des Verfassers

dafür an den Handschellen an die Decke, dann wurde greelles Licht eingeschaltet, und ich durfte acht Tage und Nächte nicht schlafen.“

Mushimba kam im Gefängnis von Otavi zu sich, wo er weitere drei Monate in einer Einzelzelle verbrachte. Die Gerichtsverhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Er wurde zum Tode verurteilt, obwohl er all die absurden Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben waren, überzeugend widerlegen konnte. Als Zeugen der Anklage fungierten Polizeiagenten. Am Tag vor dem Prozeß hatten sie seinen Anwalt verhaftet und ihm all die Papiere weggenommen, die Mushimbias Unschuld bewiesen.

„Zehn Monate lebte ich mit dem Gedanken an die Urteilstvollstreckung“, sagt Mushimba. „Vor meinen Augen wurden acht SWAPO-Aktivisten hingerichtet. Ich konnte

nicht verstehen, warum ich nicht zum Galgen geführt wurde, und befürchtete neue Folterungen und Schikanen meiner Henker. Einmal wurde in meine Zelle ein Zettel von einem eben erst verhafteten Kameraden hereingeschnuggelt. Darauf stand, in der ganzen Welt entfaltete sich eine Solidaritätskampagne, deren Ziel es war, mein Leben und das Leben meiner zum Tode verurteilten Genossen zu retten. In Namibia hatte es Protestdemonstrationen gegeben, deren Teilnehmer unsere Freilassung forderten. Um Spannungen im Lande zu verhüten, mußten die Okkupationsbehörden uns gegen eine Kau-
tion freilassen. Doch die Gefahr einer abermaligen Verhaftung blieb bestehen, und die SWAPO-Führung faßte den Beschuß, daß ich und meine Familie das Land verlassen müssen, denn die Rassisten nehmen nicht selten die Angehörigen, selbst Kinder, als Geiseln. Ich möchte meine Flucht aus der rassistischen Hölle nicht schildern. Erst im benachbarten Botswana fühlte ich mich frei."

Auch als politischer Emigrant setzte Mushimba seine politische Tätigkeit fort. Gegenwärtig sieht er eine Hauptaufgabe darin, den Zehntausenden namibischen Flüchtlingen in Angola zu helfen.

Die Rassisten lassen die im ganzen Lande verstreuten Flüchtlingslager mit Bomben belegen und beschießen. Besonders grausam, ja barbarisch war der Überfall der südafrikanischen Banditen auf ein Transitlager bei Kassinga im Süden Angolas. Am 4. Mai 1978 vernichtete ein Luftlandetrupp in Kassinga fast 800 Flüchtlinge. Mehr als 1500 Personen wurden schwer verwundet. Ich gehörte einer kleinen Gruppe ausländischer Journalisten an, die unter den ersten nach Kassinga kam.

Schwarze Rauchschwaden überall, schwarze Rußflocken in der Luft. Auf der von Napalm kahl gebrannten Erde waren Kreise gezogen, als hätte da ein Kind gezeichnet: Auf diese Weise machten die Pioniere die von den Banditen hinterlassenen Infanterieminen kenntlich. Wir traten in die Fußtapfen des Vordermannes, um nicht in die Luft zu gehen: überall nichts als zerstörte Häuser und Fetzen von Zelten. Von einer Schule waren nur drei verkohlte Mauerreste übriggeblieben. Ein nicht mehr junger Mann wühlte methodisch in angesengten Heften, Büchern und Kinderkleidern. Er suchte nach den Sachen seiner Kinder, die in der Schule bei lebendigem Leibe verbrannt waren.

Der Lagerchef Herman Mathongo sagt: „Auf Beschuß des ZK der SWAPO wird das Lager ins Innere Angolas verlegt, damit es nicht mehr zu einem solchen Drama kommt.“

Aber volle Sicherheit haben wir natürlich nicht. Die Luftpiraten tauchen über dem Territorium Angolas auch weit von der Grenze zu Namibia auf. Friedliche Einwohner Angolas fallen ihnen zum Opfer.“

Im Zentrum der Hauptstadt von Botswana, Gaborone, sehe ich eine lange Schlange vor dem Flachbau mit dem Schild „Immigration Office“ stehen. Entzündete Augen blitzen erwartungsvoll auf einen Polizeibeamten, der einem Flüchtling einen Ausweis ausstellen kann. Diese gelbe Pappkarte mit einem blauen Streifen berechtigt außerdem zum Erhalt einer Beihilfe. Häufig ist die-
se das einzige Existenzmittel.

Die Führer des Regimes in Pretoria erklärten ihre barbarischen Einfälle in die Nachbarländer damit, daß sie angeblich dort Stützpunkte der namibischen Patrioten vernichten. Wie aber die führenden SWAPO-Politiker wiederholt sagten, wissen die Rassisten sehr wohl, daß die Patrioten ihre Kampfhandlungen von Stützpunkten aus führen, die sich in Namibia selbst befinden.

Sam Nujoma sagte: „Das Ziel der Strafaktionen der RSA-Armee besteht darin, die Menschen, die sie in den Konzentrationslagern der RSA und Namibias noch nicht vernichtet hatten, zu vernichten. Die Rassisten möchten unsere Positionen schwächen, die Menschen einschüchtern und demoralisieren. Sie schrecken auch vor äußersten Maßnahmen nicht zurück, ihnen ist das Leben der Namibier nichts wert. Wir halten es aber für unsere Pflicht, die frech gewordenen Banditen zu warnen:“

Das Plakat der SWAPO prangert die Rassisten an, die in Kassinga ein Blutbad anrichteten. Dieses Mädchen überlebte es wie durch ein Wunder. Die Zahl der Ermordeten: 165 Männer, 294 Frauen und 300 Kinder.



Woche der Solidarität mit dem Kampf der Völker im Süden Afrikas

Sie werden sich vor den Völkern für das Leben eines jeden gefallenen Afrikaners verantworten müssen. Wer des Genozids schuldig ist, muß die Verantwortung tragen. Sie sollen wissen, daß sie dem nicht entgehen werden.“

Die unmenschliche Politik der Rassisten wird von den Westmächten, vor allem von den USA, unterstützt. Sie helfen Pretoria, u. a. mit Erdöl- und Waffenlieferungen. Das geschieht entgegen den Beschlüssen der UNO-Vollversammlung und des Sicherheitsrates, die solche Lieferungen an die RSA verbieten. Eine solche Hilfe bedeutet Mittäterschaft bei den rassistischen Verbrechen.

Die OAU nahm 1969 eine Konvention über Flüchtlinge an und empfiehlt allen Staaten des Kontinents, sie strikt zu befolgen und denjenigen Zuflucht zu gewähren, die sich aus politischen Motiven vor Terror und Gewalt auf der Flucht befinden. Das schwere Los der Menschen, die die Angst aus ihren Heimstätten treibt, wurde wiederholt in der OAU, der UNO und auf Foren der Öffentlichkeit erörtert. Auf OAU-Beschluß fand im Mai 1979 in Arusha (Tansania) eine internationale Konferenz zu Problemen der afrikanischen Flüchtlinge statt.

Der Vorsitzende der Konferenz Joseph Warioba erklärte: „Die Millionen Flüchtlinge auf dem Kontinent sind eine direkte Folge der kolonialen Vergangenheit. Heute aber wird diese Situation durch die Erzfeinde der afrikanischen Völker — die Rassisten und den sie stützenden Imperialismus — noch verschlimmert.“

Entsprechend der UNO-Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker, die auf sowjetische Initiative 1960 angenommen wurde, unterstützt die UdSSR weiterhin die nationalen Befreiungsbewegungen im Süden Afrikas. Sie hilft den afrikanischen Flüchtlingen mit Medikamenten, Nahrungs- und Transportmitteln.

Während die RSA-Chefs mit Hilfe der Imperialisten die Politik von Terror und Gewalt noch verhärten, mobilisieren die Völker Afrikas ihre Kräfte zum entscheidenden Sturm auf die Positionen des Rassismus, der Millionen Menschen zu Leiden und Tod verdammt.

Gaborone—Lusaka—Luanda

FREIES ADEN

Von unserem Sonderberichterstatter Dmitri SGERSKI

Abends, wenn die Hitze nachläßt, lebt Aden auf. In den Straßen erscheinen Spaziergänger. Auch die Jugend strömt ins Freie. In den Tee- und Kaffeestuben spielt man Karten, raucht Nargileh und ruht sich so vom Arbeitstag aus. Tagsüber sieht man wenig Passanten und fast keine Verkehrsmiliz. Die Fahrer warten geduldig, bis die Verkehrsampeln auf Grün schalten. Sie fahren größtenteils mit Baustoffen beladene LKWs und Kranwagen.

Alles ist ganz anders als vor 12 Jahren. Durchreisende Touristen ließen von Laden zu Laden, am Ufer drängten sich Arbeitslose, und Bettler griffen die Vorübereilenden an den Ärmeln und baten um ein paar Münzen. Die Stadt lebte für den Handel und dank dem Handel. Einheimische Betriebe gab es nicht. Fast alles gehörte ausländischen Gesellschaften. Bei diesem Handeln und Feilschen war das Volk, der Herr des Landes, gewissermaßen ein Außenseiter. Ich weiß noch, wie freudig die Adener Zeitungen die Neuigkeit kommentierten, als 1967, nachdem Südjemen die Unabhängigkeit errungen hatte, ein staatlicher Geflügelzuchtbetrieb eröffnet wurde. Kein allzu großes Ereignis, aber die Leute freuten sich. Später kam eine staatliche Fabrik für Aluminiumgeschirr hinzu, dann eine für Bekleidung und ein Textilkombinat. Das war jedes Mal eine große Freude.

Jetzt bestehen in der VDR Jemen schon ca. 100 staatliche Betriebe. Man bewirtete mich mit Thunfischkonserven aus einer Fabrik in Mukalla, die mit sowjetischer Hilfe gebaut worden ist. Sie kann 15 Mio Büchsen im Jahr liefern.

„Uns Jemeniten ist es die Hauptache, unabhängig zu sein und gerecht behandelt zu werden“, sagte mir mein alter Bekannter Ali Baa-zib, jetzt Sekretär und Mitglied des Politbüros des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei. Wir unterhielten uns in seinem schlichten Arbeitszimmer beim ZK.

„Wir haben natürlich noch viele Schwierigkeiten“, fuhr er fort, „aber wir überwinden sie nach und nach. Die Arbeitslosigkeit hat ein Ende. Wer arbeiten will, bekommt sofort

welche. Alle Kinder gehen zur Schule. Wir sind stolz darauf, daß Südjemen wohl das ‚gebildetste‘ Land der arabischen Welt ist. Selbst die nomadisierenden Beduinen lernen in Wanderschulen lesen und schreiben. Das gefällt allen. Deshalb können wir trotz der Schwierigkeiten sagen, daß die Lage in unserem Land stabil ist.“

Am selben Tag besichtigte ich den Bau eines Fischereihafens in Aden. Dort ist viel zu tun, man muß versenkte Lastkähne forträumen, den Grund ausbaggern und neue Piers bauen.

„Der Hafen wird größtenteils Fahrzeuge aufnehmen, die Fische und andere Meeresprodukte einbringen, wie sie zum hiesigen Speisezettel gehören“, erzählte mir mein Begleiter. „Das Meer ist hier sehr reich daran. Gefangen werden Tintenfische, Krabben, Langusten usw. Der Hafen ist lebensnotwendig.“

Auch auf dem Bau eines modernen sechsstöckigen Krankenhauses in Scheich Osman, einem anderen Bezirk Adens, und auf weiteren Baustellen, die ich mir angesehen habe, sprachen die Südjemeniten von der „Lebenswichtigkeit“ dieser Objekte. Das Volk baut ja für sich, für sein Land.

Ein tiefbrauner Mann in der ländesüblichen Kleidung — dem kurzen karierten Rock mit breitem Gürtel, der ausgebliebenen Feldbluse und dem locker gewickelten Turban — drückte mir fest die Hand. Er kam mir gleich bekannt vor. Als er sich mit „Ahmed Awad“ vorstellte, erinnerte ich mich, unter welchen Umständen ich ihn vor mehr als zehn Jahren in dem Städtchen Meiphaa kennengelernt hatte.

„Al Khurr?“ fragte ich.

„Sie sind doch der Journalist, dem ich zum erstenmal im Leben ein Interview gab, nicht wahr?“

„Ja, Ahmed. Wir sind nicht jünger geworden, haben uns aber doch erkannt.“ Ich wollte ihn nach seiner Familie fragen, unterließ es aber.

„Al Khurr“ bedeutet „ein freier Mann“. Ich weiß noch, wie stolz er



Ihnen gehört die Zukunft des Landes
Foto: ADN-TASS

sich damals an die Brust schlug und sich vorststellte:

„Ein freier Mann.“

Früher war er Sklave gewesen. Sein Herr verkaufte ihn aus Südjemen nach Saudi-Arabien, seine Frau und seinen Sohn in ein anderes arabisches Land. Als ihn der Sklavenhändler auf dem Podium bei den Haaren packte und wie eine Ware anprägte, riß er sich los und rief:

„Ich bin ein Mensch!“

Der Gouverneur von Mekka lachte und sagte:

„Nein, du bist ein Sklave. Merk dir das!“

Mehrmals floh er. Sie fingen ihn ein, legten ihm einen Klotz um den Hals oder gruben ihn in der Wüste bis zum Hals in die Erde und stellten eine Schale Wasser vor ihm hin. Aber der aufsässige Sklave ließ sich nicht in die Knie zwingen. Voriges Mal zeigte er mir eine lange helle Narbe am Hals, eine Spur vom Messer des Herrn.

Die Revolution hat Tausende Sklaven in Südjemen befreit. Als ich Ahmed 1969 kennenlernte, konnte er schon lesen und schreiben und stand dem Ortsvolkskomitee vor.

„Was machen Sie jetzt?“ fragte ich.

„Ich bin Agronom geworden. Meinen Sohn habe ich gefunden, aber die Frau ist in der Sklaverei gestorben. Vor zwei Jahren habe ich den

Jungen verheiratet. Er wird bestimmt an der Universität hier, in Aden, studieren. Sie wissen wohl schon, daß wir eine haben?"

Wir unterhielten uns auf einem Versuchsfeld in einer staatlichen Wirtschaft. Auf der Hinfahrt waren wir an einem ganzen System aus Kanälen und Staudämmen vorbeigekommen. Früher gab es hier nichts dergleichen. Seit Urväters Zeiten hatten die Fellachen jedes Jahr das Tauwasser abgewartet und es mit Eimern auf die Felder der Gutsbesitzer und zugleich auf die eigenen geschleppt. Südjemén war früher ein Gemisch aus Sultanaten und Scheichtümern, die miteinander in Fehde lagen. Darunter litten besonders die Bauern. Noch nach der Erringung der Unabhängigkeit trennten sich die Leute nicht von ihren Gewehren. Nur lautete ihre Devise nunmehr: Sowohl bauen als auch das Land verteidigen.

Dieses Mal sah ich keine Leute mit Gewehren, dafür aber selbst in den entlegsten Wüstengebieten Bau- und Bewässerungsarbeiter sowie Mechaniker. Und nicht nur sie. Bei einem Feld mit reifen Tomaten sahen wir einen Geländewagen und Bauern, die ihn umstanden. Ein bäriger, braungebrannter Mann in Feldbluse und grünem Sonnenhut erklärte ihnen etwas. Er stellte sich vor: „Hussein Iraqi.“ Er sprach fließend russisch, aber mit unverkennbar kaukasischem Akzent — er hat in Aserbaidschan, in Baku, studiert.

„Sie sind Journalist?“ fragte er mich. „Dann sehen Sie mal, was die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion für uns bedeutet.“ Mit weit ausholender Geste wies er auf die Felder. Mancher hätte, was er sah, langweilig finden können: nichts als Felder. Aber nicht wir. Noch vor ein paar Jahren war da Wüste, und jetzt ist die Gegend eine Kornkammer.

„Der Staudamm Al Arais allein hat uns 1180 ha bewässertes Land gegeben“, erzählt Iraqi. „Wir haben hier aber eine ganze Staudammtreppe, und weitere Dämme sind im Bau. Die LKWs da drüben gehen gleich mit Nahrungsmitteln nach Aden ab. Dort ist es mit der Versorgung noch nicht zum besten bestellt.“

Iraqi erzählte begeistert von seinen Plänen. Er will erreichen, daß das ganze Jahr über geerntet werden kann. Das ist schon lange sein Traum.

„Ich ernte schon das ganze Jahr Wassermelonen, und sehen Sie sich unsere Tomaten an!“

Auf dem nächstliegenden Feld wuchsen ganz verschiedene: von

grünen Fruchtknoten bis zu prallen, reifen Früchten.

Man lebt besser, wenn die Schwierigkeiten auch noch nicht überwunden sind. Es mangelt vorläufig an Nahrungsmitteln und anderen Waren. Die Nahrungsmittel müssen zur Hälfte noch eingeführt werden. Die Viehzucht ist durch das Fehlen von Weideland gehemmt. Die VDR Jemen hat fast keine Bodenschätze. Recht karg ist auch das urbare Land. Es sind in der ganzen Republik nur 245 000 ha. Abu Bakr, der Sekretär der Leitung der Jemenitischen SP in der 1. Provinz, machte mir gegenüber aus den Schwierigkeiten kein Hehl. Als Problem Nr. 1 nannte er aber die Wohnungsnot:

„Ihretwegen müssen wir sogar Landsleute, die im Ausland sind und heimkehren wollen, darum bitten, noch abzuwarten. Wir sind aber optimistisch. Ich bin fest überzeugt, daß wir mit der Zeit auch damit fertig werden, wie wir mit der Arbeitslosigkeit und der ungerechten Verteilung der Einkünfte fertig werden sind.“

Seinen Optimismus kann man verstehen. Im ersten Planjahr fünf 1973/74—1978/79 ist das Nationaleinkommen in der VDR Jemen auf

das Doppelte gestiegen. Jetzt läuft der zweite Fünfjahrplan. Ihm folge soll der Bruttoertrag an Agrarprodukten um 75 Prozent und an Industrieerzeugnissen auf mehr als das Doppelte anwachsen. Schnell wächst der Güterumschlag des Hafens Aden.

Schon diese wenigen Zahlen veranschaulichen, wie rasch sich das demokratische Jemen entwickelt.

Bei der Förderung verschiedener Wirtschaftszweige spielt die Zusammenarbeit mit der UdSSR und der übrigen sozialistischen Ländergemeinschaft eine sehr wichtige Rolle. Zugleich erweitert die VDR Jemen auch ihre Verbindungen mit ihren Nachbarn, vor allem mit der Jemenitischen Arabischen Republik. Auch bemüht sie sich um gutnachbarliche Beziehungen zu Staaten dieser Region wie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Oman nach dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen.

Durch ihre ausgewogene, aber grundsätzliche antiimperialistische Politik hat die junge VDR Jemen internationales Ansehen erlangt.

Aden

BIOGRAPHISCHES



Das Aprilplenum des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) wählte Ali Nasser Mohammed zum Generalsekretär, die Tagung des Obersten Volksrates (OVR) zum Vorsitzenden des Präsidiums des OVR. Gleichzeitig blieb er Ministerpräsident.

Ali Nasser Mohammed wurde am 31. Dezember 1939 im Kreis Dathina (Provinz Abyan) geboren. Nach Abschluß der Oberrealschule war er eine Zeit-

lang Grundschullehrer und -direktor. 1963 trat er der patriotischen Nationalen Front des okkupierten Südjemen bei und war aktives Mitglied der nationalen Befreiungsbewegung gegen die britischen Kolonialherren.

Nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit 1967 bekleidete Ali Nasser Mohammed mehrere verantwortliche Verwaltungsposten und wurde im Dezember 1969 zum Verteidigungsminister ernannt. Im August 1971 wird er in den Präsidialrat der VDRJ gewählt und zum Ministerpräsidenten ernannt. Im Juni 1978 wird er zugleich Vorsitzender des Präsidialrates, nach Grün-

dung der JSP im Oktober 1978 ins Politbüro ihres ZK, im Dezember zum Abgeordneten und Vizevorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ gewählt und bleibt weiterhin Ministerpräsident.

Ali Nasser Mohammed besuchte mehrfach die UdSSR. 1971 war er Mitglied der Delegation der Nationalen Front zum XXIV. Parteitag der KPdSU. Erhielt 1979 den Orden der Völkerfreundschaft. Ende April d. J. äußerte er im Adener Fernsehen die Überzeugung, daß sich Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der VDRJ und der UdSSR stetig entwickeln und festigen werden.

WER SIND SIE, DR. STRAUSS?

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

Die 130 000 Exemplare der Erstauflage des „Neuen Schwarzbuchs“ waren in einer Woche vergriffen. Ich bekam eins auf einer Pressekonferenz des Verfassers: über 200 Seiten in einem weichen schwarzen Einband, auf dem die massive Gestalt von Franz Josef Strauß mit zum Gruß erhobenen Händen abgebildet ist. Der volle Titel lautet: „Das neue Schwarzbuch: Franz Josef Strauß“.

Der Verfasser, der bekannte bundesdeutsche Schriftsteller Bernt Engelmann, hat schon mehrere solche Schwarzbücher herausgegeben, das letzte (über die beiden Führer der rechtskonservativen Opposition, Strauß und Kohl) vor den Bundestagswahlen von 1976.

Einleitend sagte Engelmann: „Die Schwarzbücher haben in den früheren Wahlkämpfen doch eine erhebliche Rolle gespielt, ... u. zw. vor allem für die jungen Wähler, für die Leute, die sich in der Zeit, in der sie zur Schule gingen..., wenig um Politik gekümmert haben, und die nun vor Fragen standen, die sie zu Hause nicht beantwortet bekamen oder nicht bekommen konnten... Ich glaube, in diesem Jahr ist eine solche Information besonders wichtig, weil wir einen Kanzlerkandidaten wie Strauß haben.“

Hier knipsten und surrten die Kameras der Bild- und TV-Reporter so laut, daß der Sprecher nicht mehr zu verstehen war, nicht einmal nachher auf dem Tonband. Nachdem ich aber das Buch gelesen hatte, war mir klar, was er über den Kanzlerkandidaten der Union hatte sagen wollen und was er mit dem Buch bezweckte.

Kurz ist das im Vorwort gesagt: „Für jeden Leser dieses neuen Schwarzbuchs stellt sich die Frage: Wieso ist ein Mann, der das Parlament belogen, die Grundrechte mißachtet, Druck auf die Justiz ausgeübt, Amtsanmaßung betrieben und die Gebote von Sitte und Anstand gräßlich verletzt hat, dem ‚der Ruch der Korruption‘ anhaftet und

der unter dem Vorwurf steht, Milliardensummen an öffentlichen Mitteln verschleudert zu haben, wieso ist ein solcher Mann, der seit Jahrzehnten mit rechtsextremistischen Kreisen des In- und Auslands in enger Verbindung steht, noch immer ein führer Politiker und nun sogar der Kandidat der CDU/CSU für das Amt des Bundeskanzlers?“

In einem einbändigen Nachschlagewerk fand ich über Strauß nur drei Zeilen: „Geboren 1915, dt. Politiker, seit 1953 mehrf. Min. (1956–62 B.-Verteidigungsmin., 1966–69 B.-Finanzmin.), seit 1961 Vors. der CSU.“ Daraus kann der junge Bundesbürger, der im Oktober erstmalig zu den Urnen schreiten wird, nur wenig erfahren. Er wurde höchstwahrscheinlich in dem Jahr geboren, als Strauß wegen der skandalösen Affäre mit dem „Spiegel“ (auf seine Verfügung wurden namhafte Journalisten festgenommen) gezwungen war, den Posten des Verteidigungsministers mit Schimpf und Schande niederzulegen.

Wahrscheinlich deshalb sind in dem Schwarzbuch früher kaum bekannte Tatsachen aus Straußens Lebenslauf ziemlich ausführlich behandelt. Außerdem aber werfen neue Dokumente und Aussagen kompetenter Persönlichkeiten zusätzliches Licht auf die Vergangenheit von Strauß, worauf die CSU-Spitze nervös reagiert hat.

Ein Beispiel: Die Einstellung von Strauß zum Nationalsozialismus. Die Tatsache, daß er kein Mitglied der Partei Hitlers war, gab seinen bestallten Biographen die Möglichkeit, ihn beinahe als Widerstandskämpfer hinzustellen. Seine Zugehörigkeit zum NS-Studentenbund und zum NS-Kraftfahrkorps (NSKK) wurde als politisch unwesentlich angesehen. Strauß selbst erklärte sie mit seiner Leidenschaft für Krafträder und Autos. Das NSKK war aber durchaus kein harmloser Automobilistenklub. Nachdem auf Hitlers Befehl die SA aufgelöst worden war, wurde das NSKK zur „motorisierten Kraft“ der Nazipartei erklärt und war eine

selbständige Organisation neben der SS. Beitreten durften entweder Pgs oder Leute, die laut Satzung des NSKK „die Eignung für eine spätere Aufnahme in die Partei besitzen und die Verpflichtung hierzu eingehen“.

Das ist aber noch nicht alles. Franz Strauß („Josef“ kam erst nach dem Krieg, sozusagen wegen des Wohlalts, hinzu) war durchaus kein einfaches Mitglied des NSKK. Er wurde zum „weltanschaulichen Referenten“ gemacht. Um was für eine Weltanschauung es sich handelte, ist klar. Laut Befehl hatten sich alle NSKK-Mitglieder um „ein immer tieferes Eindringen in das nationalsozialistische Gedankengut“ zu bemühen, und zu leiten hatten diese Bemühungen „einwandfrei zuverlässige, weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten“, die fähig waren, die NSKK-Mitglieder für den Führer und die nationalsozialistische Bewegung zu begeistern.

Damit beschäftigte sich höchstwahrscheinlich auch Strauß, und nicht nur im NSKK. Als der Oberleutnant der Wehrmacht Strauß später bei Stalingrad davonkam (er hatte Glück: Er fror sich die Zehen an und wurde mit einem der letzten Flugzeuge nach Deutschland geschafft), wurde er an die Flak-Artillerie-Schule Schongau versetzt. Dort war er Ausbildungsoffizier und daneben Abteilungsadjutant sowie Chef der Stabsbatterie. Bald darauf wurde er zum Offizier für wehrgeistige Führung ernannt. Später gab man diesem Posten den weniger zweideutigen Namen NS-Führungs-Offizier. Strauß selbst und einige seiner Biographen behaupten, bis dahin habe er seine Ausbilderobligierungen schon niedergelegt gehabt.

Engelmann hat jedoch Aktenstücke gefunden, die beweisen, daß es in der Wehrmacht Führungsoffiziere gab, noch ehe Strauß dorthin versetzt wurde. Aber selbst wenn sie zu seiner Zeit noch nicht den Zusatz „NS“ trugen, hatten diese Führungsoffiziere, wie Engelmann ebenfalls anhand von Dokumenten nachweist, Obliegenheiten, die sich in keiner Weise von denen der „NS-Führungs-Offiziere“ unterschieden. Sie hatten für das „tiefere Eindringen“ der politischen und ideologischen nationalsozialistischen Anschauungen zu sorgen, und dafür brauchte man laut Instruktion bewährte Frontoffiziere, aktivistische Nationalsozialisten, wie das so schön hieß. Die Kontrolle über die Auswahl neuer Leute wurde von der Parteikanzlei Reichsleiter Bormanns ausgeübt.

„Nun kann Ihnen ja vielleicht unwichtig erscheinen, was er einmal gemacht hat“, sagte Engelmann zu

den auf der Pressekonferenz Anwesenden. „Und das wäre es auch — das sage ich hier ausdrücklich —..., wenn er sich völlig verändert hätte, wenn er einen glaubhaften Wandel vollzogen hätte und wenn er sich deutlich als ein von seinem politischen Irrtum längst distanzierter Demokrat erwiesen hätte. Dieses hat er nach meinem Empfinden nicht..., denn auch der Ausspruch, mit dem er meine Schriftstellerkollegen und mich belegt hat, offenbart eindeutig eine Nazi-Mentalität.“

Diese Geschichte geht auf den Sommer 1978 zurück, als Strauß eine Gruppe angesehener Schriftsteller der Bundesrepublik „rote Ratten und

Schmeißfliegen verglichen. So wurde die Massenvernichtung in den Todeslagern psychologisch vorbereitet.

Nach dem Krieg zog Verteidigungsminister Strauß diesen Taubert inoffiziell als Spezialisten für „psychologische Kriegsführung“ heran und nahm die Ratten in seinen Wortschatz auf.

Am 24. Juni 1978 schrieb Strauß in seinem Leib- und Magenblatt „Bayern-Kurier“: „Jetzt kommen sie wieder, die roten Systemveränderer, wie die Ratten“. Zum Schluß der bekannte Vergleich von Schriftstellern mit Ratten und Schmeißfliegen. Man kann sich des

Eindrucks nicht erwehren, daß da eine Kontinuität vorliegt.

Der fanatische Antikommunismus von Strauß ist der Schlüssel zum Verständnis anderer Episoden aus seiner politischen Laufbahn, wie sie im neuen Schwarzbuch geschildert ist: dafür, wie er sich unter Konrad Adenauer mit den Ellbogen (und nicht nur diesen) zum Ministerstuhl vordrängte, und für ein Dutzend Skandalaffären, angefangen damit, daß er bei Lockheed Starfighter, die fliegende Särge genannt werden (bis Ende 1979 waren in der Bundesrepublik 209

abgestürzt und dabei 92 Personen umgekommen), oder die untauglichen Schützenpanzerwagen bei Hispano-Suiza für die Bundeswehr ankaufte, bis zu der „Spiegel“-Affäre.

Dazu gehören auch die Kontakte mit den reaktionärsten Gruppierungen in vielen Ländern. Man denke z. B. an den „Sündenablaß“, den Strauß der blutigen Diktatur Pinochets in Chile erteilt hat! Er hat erklärt: „Ich habe keine Zweifel, daß Chile ein demokratisches und freies Land ist, und vor allem, weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat: die Disziplin, den Respekt und die Hilfsbereitschaft.“

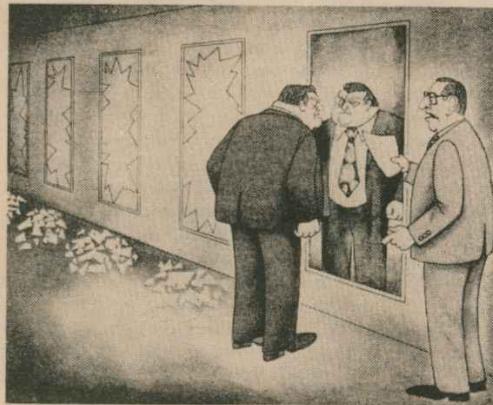
Aber das ist noch nicht alles. An Hand einer kürzlichen Veröffentlichung des „Spiegels“ weist Engelmann nach, daß Strauß, der sich politisch für einen „Mann der Mitte“ ausgibt, in Wirklichkeit die antidemokratischsten Gruppierungen nach Kräften unterstützt hat, was Quittungen über „Spenden“, Dankeschreiben und Fotos bestätigen. Engelmann schreibt: „Der CSU-Chef,

der von sich behauptet, er habe keinerlei Sympathien für Faschisten, förderte jahrelang ungeniert selbst militante neofaschistische Organisationen in Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und der Türkei.“ In einem der vielen Prozesse, die Strauß gegen einen Karikaturzeichner anstrengte, weil er ihn als Hakenkreuzmann dargestellt hatte, wurde der Historiker Geiss beauftragt, ein Gutachten über das politische Denken von Strauß abzugeben. Er kam zu dem Schluß, daß dessen frühere und jüngste Argumente sehr viel mit denen der extremrechten Gruppierungen in der Weimarer Republik, d. h. der NSDAP und der Deutschnationalen, gemein haben. Besonders hebt Geiss den Antikommunismus hervor, den Antimarxismus und Antiintellektualismus, die fixe Idee von einer Auslandsverschwörung gegen Deutschland.

Strauß bot sich den Bundesdeutschen ständig als „Rettter der Nation“ vor allerlei Unheil und Schmach an. Dazu mußte er aber erst im Volk Angst und Unzufriedenheit ausstreuen, was er mit seinen Angriffen auf die Entspannungspolitik auch weidlich versucht hat. Engelmann schreibt, außenpolitisch habe Strauß z. B. Bonns Beitritt zum Atomsperrvertrag als „ein neues Versailles, u. zw. eines von kosmischen Ausmaßen“, hingestellt. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze Polens nannte er einen „Landesverrat“ und die Anerkennung der DDR, die ja eine Voraussetzung für normale Beziehungen ist, einen „Verrat“.

Gewiß, Herr Strauß steht nicht allein da. Seine „Unversenkbarkeit“ trotz der selbst für einen westlichen Politiker außergewöhnlich zahlreichen Skandale erklärt sich damit, daß ihm äußerst einflußreiche Personen den Rücken steifen. In der Diskussion über das neue Schwarzbuch baten wir Engelmann, ausführlich darauf einzugehen, wer sie sind.

Engelmann sagte nach kurzem Überlegen, er wolle nur ein Beispiel anführen. Zufällig sind er und Strauß Nachbarn, beide wohnen in einer Kleinstadt Bayerns. Genauer wohnt Engelmann dort, während Strauß da ein Haus besitzt, in dem



Strauß: „Wir probieren es noch einmal: Ich bin ein besonnener Staatsmann und habe mich jederzeit voll unter Kontrolle!“

Aus dem „Stern“ (BRD)

Schmeißfliegen“ nannte. Auf die Frage, ob er nicht wegen Verleumdung klagen wolle, antwortete er, daß man mit solchen „keine Prozesse führe“. Eine neue Tatsache zeigt, daß das nicht etwa ein falscher Zungenschlag im Affekt gewesen war. Im Februar d. J. wiederholte ein Handlanger von Strauß, der CSU-Generalsekretär Stoiber, in einem Gespräch mit Korrespondenten des Süddeutschen Rundfunks diese Worte.

Im Schwarzbuch ist festgestellt, woher diese beleidigenden Vergleiche röhren. Ein ganzes Kapitel handelt von einem gewissen Dr. Taubert, einem Abteilungsleiter vom Goebbelsschen Propagandaministerium. Im Dezember 1940 stellte Taubert dem Publikum den Film „Der ewige Jude“ vor. Den Höhepunkt bildeten Aufnahmen aus dem Warschauer Getto. Mengen halbverhungelter, zerlumpter Menschen, auf engem Raum zusammengepfercht. Die „geniale“ Idee bestand laut Taubert darin, daß diese Szenenbilder mit Aufnahmen von zu Tode gehetzten Rattenschwärmen abwechselten. Im selben Film wurden Menschen mit

er sich selten aufhält. Aber jedes Jahr feiert er im September darin seinen Geburtstag, sozusagen im engen Kreis. Und nun Engelmann:

„Da sind dann ungefähr 85 Md. D-Mark versammelt. Da ist die ganze Münchener Rüstungsindustrie, da ist Herr Flick und Herr Quandt und Herr Diehl und andere versammelt.“

Der Buchverfasser schreibt, er habe sich nicht vorgenommen, Strauß zu verunglimpfen. Er habe es als seine Pflicht angesehen, für den Leser Fakten zusammenzutragen, mit deren Hilfe sich dieser selbst ein Urteil bilden könne, ob man dulden dürfe, daß so ein Mann Bundeskanzler wird und als solcher die Schwerpunkte der Landespolitik bestimmt. „Nicht wir sind gegen Strauß, er ist gegen uns...“ Strauß hat in seiner bisherigen politischen Laufbahn fortgesetzt gegen Geist und Buchstaben unserer Verfassung verstoßen, ebenso gegen die Normen von Sitte und Anstand. Er rechnet damit, daß dies die meisten vergessen haben. Dieses Schwarzbuch soll mit dafür sorgen, daß seine Rechnung nicht aufgeht.“

Es ist nicht die einzige Publikation, die Strauß politisch entlarvt. In vielen anderen wird gefragt, wie es 1979 möglich ist, daß Strauß als Vertreter des extremrechten Flügels der CDU/CSU von beiden Unionsparteien aus kandidiert. Noch Anfang der 70er Jahre wäre das undenkbar gewesen. Die Antwort lautet oft: Das komme vom Anwachsen der antidemokratischen Tendenzen. Wahrscheinlich ist dieser Standpunkt begründet. Man darf aber auch nicht übersehen, daß weite Kreise in der Bundesrepublik in ihrem Widerstand gegen diese Tendenzen nicht nachlassen.

Ich fragte Engelmann, für wie wirksam er seine Bemühungen hält. Die Wirkung eines Buches lasse sich nicht so leicht ermessen, antwortete er. Nach den Bundestagswahlen von 1972 sei unter den Jungwählern eine Umfrage darüber gehalten worden, warum sie gegen die CDU/CSU gestimmt haben. Von ihnen nannten 17% als Beweggrund das damals erschienene erste Schwarzbuch.

Bonn

24

GRIECHENLAND

SYMPTOME EINER POLARISIERUNG

Wladislaw DROBKOW

Seit einigen Wochen befinden sich die Umstellungen im Parlament hier im Brennpunkt der Aufmerksamkeit.

Constantinos Tsatsos, der fünf Jahre Präsident war, erklärte, er werde sich um keine Wiederwahl bemühen. So war denn die Kandidatur des Ministerpräsidenten Karamanlis für die Regierungspartei Neue Demokratie und für weite Kreise der Bourgeoisie die naturgegebene Alternative.

Laut Verfassung wird der Präsident vom Parlament gewählt. Drei Wahlgänge sind zulässig. Um in den beiden ersten zu siegen, muß man von den 300 Stimmen zwei Drittel auf sich vereinen. Im dritten genügen drei Fünftel, d. h. 180 Stimmen. Die Neue Demokratie hat 174 Sitze inne. Die oppositionelle Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK), die 93 Sitze hat, erklärte im voraus, sie werde die Wahlen boykottieren. Die Kommunistische Partei, die die drittgrößte Fraktion hat, sagte auch voraus, daß ihre 11 Parlamentarier gegen die Kandidatur von Karamanlis stimmen würden. Das gleiche gaben einige andere Parteien der Opposition bekannt.

Die Früchte dieser Taktik zeigten sich bei der Wahl: Im ersten Wahlgang bekam Karamanlis 179 und im zweiten 181 Stimmen. Im dritten am 5. Mai erklärten sich 183 Abgeordnete für Karamanlis. Er ist der zweite Präsident Griechenlands seit dem Sturz der Militärdiktatur im Jahre 1974. Am 8. Mai wählte die Fraktion der Neuen Demokratie anstelle von Karamanlis einen neuen Parteivorsitzenden. Es ist Georgeos Rallis, der den liberalen Flügel der Partei repräsentiert. Er hat die neue Regierung gebildet. Am 15. Mai ist Karamanlis im Parlament vereidigt worden.

Das Wahlergebnis hat wieder große Differenzen zwischen der regierenden Neuen Demokratie und den führenden Parteien der Opposition gezeigt. Mit der Weigerung, an den Wahlen teilzunehmen, oder durch Stimmabgabe gegen den Präsidentschaftskandidaten haben sie ihre ablehnende Einstellung zur Politik der Regierung in so akuten Fragen geäußert, wie es die Suche nach einem Ausweg aus der Wirtschaftskrise, der Beitritt zur EG und die militärische Liaison mit den USA und der NATO sind.

Die Wahlen sind vorüber, die Probleme aber sind geblieben. Nach wie vor steigen die Lebenshaltungskosten. Nach amtlichen Angaben erreichte die Inflation voriges Jahr 24,7%. In den ersten Monaten dieses Jahres schwoll sie um noch beinahe 10% an.

Neben der Inflation im Land geht eine Entwertung der Landeswährung gegenüber den Währungen der führenden kapitalistischen Staaten einher. Das wirkt sich auf die Außenhandelsbilanz aus und greift die Devisenbestände an. Voriges Jahr hatte der Außenhandel ein Defizit von 6,5 Md. Dollar. Um sich über Wasser zu halten, mußte Griechenland wieder große Anleihen aufnehmen. Viele Wirtschaftsexperten sagen voraus, es könne am 1. Januar 1981 der EG nicht nur als Juniorpartner mit einer schwä-

Beim Quebecer Referendum, das man in Kanada voll Ungeduld und Besorgnis entgegengesehen hatte, erlitt die Separatisten eine Niederlage. Rund 60% der Teilnehmer lehnten am 20. Mai den Weg ab, der zur Lostrennung der französischsprachigen Provinz führt. Die Lostrennung hatte die Regierung von Quebec, an deren Spitze der Führer der kleinbürgerlichen Quebec-Partei, Lévesque, steht, hartnäckig angestrebt. Sie verlangte von der Bevölkerung einen Mandat zu Verhandlungen mit Ottawa über eine „souveräne Assoziiierung“ der Provinz. Mit diesem Status könnte Quebec selbständig sämtliche Gesetze verabschieden und Steuern erheben, eine eigene Armee haben sowie diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern aufnehmen, jedoch die kanadische Währung und die Zollunion beibehalten.

Dagegen trat die liberale Bundesregierung unter Trudeau ganz entschieden auf. Ihr sind die Pläne der Quebec-Partei „absolut unannehmbar“. Um den Verlauf des Referendums zu beeinflussen, führte die Regierung Trudeau ein Manöver aus. Einerseits erklärten die kanadischen Liberalen, ein Sieg der Regierung Lévesque werde unweigerlich in eine „politische und legislative Sackgasse“ führen, andererseits taten sie alle

cheren Industrie und einer umzustrukturierenden Landwirtschaft, sondern auch als Schuldner beitreten, der bei den westeuropäischen Monopolen in Schuldnechtschaft geraten sei.

Die KP, die PASOK und andere Parteien der Opposition kritisieren die Wirtschaftspolitik der Regierung scharf, besonders ihre Versuche, die ganze Last der wirtschaftlichen Mißstände auf die Arbeiter, Bauern und kleinen Angestellten abzuwälzen. Die KPG und die PASOK sind gegen Griechenlands Beitritt zur EG. Sie verlangen, daß der Nachdruck auf eine zügige Entwicklung der wirtschaftlichen Verbindungen mit allen Ländern, auf demokratische Wirtschaftsreformen und auf die Einengung der Allmacht der Monopole gelegt wird.

Nicht minder akut sind die außenpolitischen Probleme, die Beziehungen zur NATO sowie die Frage der fremden, vor allem der amerikanischen Militärsstützpunkte in Griechenland. Dieses trat 1974 aus der Militärorganisation der NATO aus und gab eine Revision der militärischen Beziehungen zu den USA bekannt. Wie Vertreter der Regierung erklärten, müssen die Stützpunkte und anderen Objekte des Pentagons, die nicht im Interesse der Landesverteidigung liegen, aufgelassen werden. In Wirklichkeit ist nur ein US-Stützpunkt, der Ankerplatz der 6. US-Flotte in Elef-



Das griechische Parlament
Foto: A. Sawin (TASS)

sis, seitdem geschlossen worden. Alle übrigen bestehen weiter und werden, wie die Presse mitteilt, sogar ausgebaut.

Die NATO versucht weiter, Athen in die militärische Struktur der NATO zurückzuholen. Immer öfter gelingt es den NATO-Strategen, die griechischen Streitkräfte zu den gemeinsamen Manövern im Mittelmeer heranzuziehen, das jetzt ein Schauplatz neuer gefährlicher Kriegsvorbereitungen der USA und ihrer Alliierten wird. Washington und die NATO bemühen sich, an der Südflanke des Blocks so schnell wie möglich die Bresche auszufüllen, die durch die griechisch-türkischen Differenzen geschlagen worden ist. Da müssen Versprechungen militärischer und wirtschaftlicher Hilfe wie auch brutale Druckausübung herhalten.

Die demokratischen Kräfte Griechenlands treten gegen die Anmaßungen der NATO auf. Besorgt schreiben griechische Zeitungen über den Druck, der auf Athen ausgeübt wird, und über die intensiveren Kriegsvorbereitungen der USA auf griechischem Boden. Die „Vima“ hat z. B. mitgeteilt, daß das Pentagon auf Kreta zusätzliche Geschwader von Kampfflugzeugen stationieren und den Luftraum über der Ägäis unter seine Kontrolle bringen will, indem es zwischen Griechenland und der Türkei eine sogenannte Pufferzone anzulegen gedenkt. „Rizospastis“ schrieb über die Verlegung zusätzlicher Truppenkontingente nach Griechenland, die für Aggressionen im Raum des Persischen Golfs verwendet werden können, sowie darüber, daß die dortigen US-Stützpunkte in erhöhte Kampfbereitschaft gebracht werden.

Die Umstellung an der Regierungsspitze geht zu einem schwierigen Zeitpunkt vor sich. Sie berührt zwar die Grundlagen der politischen Struktur nicht, und an der Macht bleibt nach wie vor die Neue Demokratie, die die Interessen der Bourgeoisie wahrnimmt, aber diese Umstellung und die Verhältnisse, unter denen sie vorgenommen wird, haben eine zunehmende Polarisierung der politischen Kräfte erkennen lassen.

Athen

KANADA

NACH DEM REFERENDUM

damit das Unterhaus beschließt, beim Parlament Großbritanniens um Einräumung des Rechts für Kanada einzukommen, Veränderungen an seiner Verfassung vorzunehmen. Im neuen Grundgesetz sollen auch einige Forderungen Quebecs berücksichtigt werden.

Ottawa ist von den Regierungen der eun englischsprachigen Provinzen unterstützt worden. Ihre Spitzenpolitiker drohten für den Fall eines Sieges der Separatisten mit dem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Quebec.

Bei der Abstimmung sind die wirtschaftlichen Argumente zweifellos ins Gewicht gefallen. Außerdem haben tausende von Werktäglichen mit ihrem Nein ihre Unzufriedenheit mit der Sozialpolitik der Regierung Lévesque zum Ausdruck gebracht. Zugleich sahen viele in Trudeau's Versprechen, für Juli 1980 eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Provinzen über eine Verfassungsreform einzuberufen, eine Voraussetzung für günstige Wandlungen in Quebec selbst.

Bisher gingen die kanadischen Libe-

ralen über Projekte, den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Land eine gewisse „Kulturautonomie“ einzuräumen, nicht hinaus. Dieses und ähnliche Rezepte der bürgerlichen Parteien werden kaum helfen, die Krise der Konföderation zu beheben, die nach dem Machtantritt der Quebec-Partei von 1976 akuter geworden ist. Die nationale Ungleichheit reicht ja weit in die Vergangenheit zurück. Vor mehr als 200 Jahren rissen die Engländer die französischen Siedlungen in Nordamerika an sich. Die Akte von 1867 über das Britische Nordamerika erhärtete die untergeordnete Stellung der französischsprachigen Bevölkerung. Diese Akte ist der jetzigen Landesverfassung zugrunde gelegt.

Die soziale und wirtschaftliche Zurücksetzung der Frankokanadier besteht fort. Die anglokanadischen und US-Monopole halten die Wirtschaft Quebecs fest in Händen. Das Anziehende für sie sind die verhältnismäßig billigen Arbeitskräfte, die Steuervergünstigungen sowie die Rohstoffe der Provinz. Que-

bec hat viel Asbest, Kupfer, Zink, Gold, Silber und Uranerz.

Die Gewinne der Monopole in Quebec steigen mit jedem Jahr. Dagegen haben es die meisten Einwohner der Provinz immer schwerer.

Die Arbeitslosigkeit ist in Quebec viel größer als im Landesdurchschnitt. Die Frankokanadier zahlen die höchsten Steuern in ganz Kanada. Bei der Anstellung sind sie zurückgesetzt. Unter den Bundesbeamten und Managern sind viel weniger Franko- als Anglokanadier.

Die Ungleichheit löst Protest und den Drang nach Veränderung aus. Diese hatte die Partei Lévesques versprochen, wie aber das Referendum gezeigt hat, erwarteten die meisten Quebecker diese Veränderungen nicht von den Separatisten.

Die Fortschrittskräfte Kanadas suchen einen Ausweg aus der Krise der Konföderation. Auch die Kommunisten Kanadas haben ein Programm dafür aufgestellt. Sie sind für eine neue Verfassung, in der anerkannt werden soll, daß es im Lande zwei Nationen gibt. Sie sollen deren wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Gleichheit garantieren.

V. OGULTSCHANSKI

DRITTE WAHLEN ODER EIN VIERTER UMSTURZ?

Wadim LISTOW

In der Halle des Nationalkongresses von Bolivien ist es immer voll: Vertreter verschiedener Departements, die die Gesetzgeber um Unterstützung angehen wollen; Touristen aus dem Ausland; Journalisten, die auf das Neueste aus dem Parlament warten. Tag und Nacht ruht der strenge Blick des bronzenen José Mariano Cerrano auf den bunten Besuchern und auf dem Paradeaufgang, hinter dem der Murillo-Platz mit dem Präsidentenpalais „Quemado“ und die Kathedrale liegt. Die Gedenktafel an der Büste belehrt, daß Cerrano der Vorsitzende des Befreiungskongresses war, der am 6. August 1825 die Unabhängigkeit Boliviens verkündete.

Der kommunistische Abgeordnete Marcos Domich sagt mir: „Jedesmal, wenn ich am Vater der Heimat vorbeikomme, habe ich ein merkwürdiges Gefühl der Schuld ihm gegenüber: In seinem Blick lese ich den Vorwurf, daß die Sache, der er sein Leben gab, bis heute nicht abgeschlossen ist. In der Tat, was sah er in den vergangenen 150 Jahren? Ein maßloses Elend des Volkes; fast 200 Staatsstreichs; die Gier der Neokolonialisten im Smoking und die Brutalität der Söldner in gefleckter Tarnuniform; pharisäisches Lächeln von Bankiers und Diplomaten, die leidenschaftslosen, maskenartigen Gesichter der Soldaten, die man auf das eigene Volk schießen ließ. Nein, so wollte José Mariano Cerrano sein Land bestimmt nicht sehen.“

Draußen nimmt die Sonne ihren gewohnten Gang, und in ebensolcher Zeitlosigkeit beherrscht der Illimani-Vulkan La Paz. Seit eh und je verunstalten hier Elendshütten die Ränder des gigantischen Beckens, in dem die bolivianische Hauptstadt liegt. Steht die Zeit hier still?

Doch ein aufmerksamerer Blick zeigt, daß die energische Gegenwart auch dem patriarchalischen La Paz ihren Stempel aufdrückt.

Als am 6. August 1925, zum 100jährigen Jubiläum der Unabhängigkeit Boliviens, am Anfang der Avenida des 16. Juli eine Reitersta-

tue von Simón Bolívar auf einem Granitsockel aufgestellt wurde, war sie von kleinen Häusern umgeben, die, wie Alteingesessene berichten, Frieden und Ruhe ausstrahlten. Heute hat der Befreier aufdringliche ausländische Reklame vor Augen: Dodge, Nissan-Datsun, Lufthansa... Auf der einen Straßenseite Bankgebäude aus Aluminium und Glas, in denen die Bank of Boston und die Banco Industrial ihren Sitz haben. Auf der anderen ragt das neue riesige Hotel „Plaza“ zum Himmel. Etwas weiter entsteht auf dem Prospekt neben dem Haus der Bolivianischen Bergbaugesellschaft das Betongebäude des Ministeriums für Verkehr, Nachrichtenwesen und Luftfahrt.

Ich habe hier einen bitteren Scherz gehört: Während Bolívar mit seinem Blick die Zukunft seines Landes zu durchdringen suchte, wurde er selbst umzingelt und gefangen genommen. Die Verantwortung trifft nicht zuletzt die reaktionären volksfeindlichen Kreise in den Streitkräften, die das politische Leben des Landes stark beeinflußten. Ebendeshalb sind die Worte Panzer, Kaserne, General die gebräuchlichsten im heutigen Wortschatz der Bolivianer. Immer wieder hört man sie in Gesprächen, im Funk und Fernsehen, liest man sie in den Zeitungen. Eine solche Militarisierung der Sprache ergab sich vor allem nach dem jüngsten Militärumsturz, den im November 1979 Oberst Natusch Busch verübte. Er hielt sich zwar nur zwei Wochen an der Macht, aber der Putsch wirkt sich bis heute aus. Die politische Situation, die ohnehin alles andere als stabil war, wurde nach den Ereignissen vom November noch unbeständiger.

Ein bekannter Journalist der Zeitung „Presencia“ sagte mir: „Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die Gefahr eines Militärputsches das politische Leben Boliviens ständig überschattet. Das Land lebt in dieser Atmosphäre seit Juli 1978, als Präsidentschaftswahlen abgehalten wurden. Seitdem haben wir drei Militärputsche und ein-

mal Präsidentschaftswahlen erlebt. Heute fragt sich alles, was nun kommt: Wieder einmal ein Staatsstreich? Oder wird sich die Interimspräsidentin Senhora Lidia Gueiler, bis zu den neuen Wahlen am 29. Juni im Sattel halten?“

Die Gefahr eines reaktionären Militärputsches liegt in der Luft. Das wird in La Paz von allen zugegeben. In Journalistenkreisen z. B. meint man, die Atmosphäre werde in erster Linie von den Rechten angeheizt. Aus den Kasernen hört man immer wieder die Aufrufe, auf die Streitkräfte als führender Faktor des politischen Lebens und „Hauptbollwerk der politischen Stabilität“ zu bauen. Zugleich entfaltet die reaktionäre Presse eine lärmreiche Kampagne gegen die linken Parteien und Massenorganisationen, die sich „von Kräften und Doktrinen ausländischer Herkunft inspirieren“.

Die Reaktion nahm den Streikkampf der Werktätigen zum Vorwand, um ihre propagandistische Offensive zu starten. Die Zeitungen behaupten um die Wette, die Streikwoge werde das Land in Chaos und allgemeine Anarchie stürzen, und die einzige Rettung wäre, „Ordnung zu schaffen“ und „die Demokratie zu festigen“.

In der Tat hat die soziale Unzufriedenheit einen hohen Grad erreicht. Dafür gibt es viele Gründe, aber der wichtigste ist die schwere materielle Lage der Volksmassen. Die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter der Zinngruben von Potosí, die Transportarbeiter von La Paz, die Bankangestellten von Cochabamba, die Bauleute von Santa Cruz, die Werktätigen anderer Gebiete und anderer Berufe sind gezwungen, durch Streiks höhere Löhne zu erzwingen und ihre anderen sozialen Rechte zu schützen.

Einmal sah ich im Zentrum von La Paz, auf dem San-Francisco-Platz, ein Plakat an der Mauer eines großen grauen Hauses: „Hungerstreik zur Unterstützung der „Progreso“-Arbeiter“. Aus einem Fenster des ersten Stockes rief ein Streikteilnehmer durch den Schalltrichter dazu auf, sich mit den Streikenden zu solidarisieren. Die Unternehmer seien nicht bereit, sagte er, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, und die Passivität der Behörden bestärke nur die Unternehmer in ihrer Unnachgiebigkeit.

Am Tag darauf meldeten die Zeitungen, daß 200 Führer von Gewerkschaften, die dem Bund der Fabrikarbeiter von La Paz angehören, aus Solidarität mit den Arbeitern von „Progreso“ in einen Hungerstreik getreten seien. Noch einen Tag später mußten die Unternehmer nachgeben.

Präsidentin Lidia Gueiler forderte die Werktagen wiederholt auf, eine „soziale Atempause“ einzulegen, weil es notwendig sei, eine „vollständige und endgültige“ Demokratisierung des Landes herbeizuführen. Aber diese Appelle verhallen ungehört, und zwar nicht etwa, weil die Gewerkschaften, wie die rechten Zeitschriften behaupten, ein Komplott gegen die nationale Wirtschaft im Schilde führen. Die Wirtschafts-

für die soziale Entwicklung nicht einmal 5 % des Haushalts zugeführt.

Zur mächtigen Streikbewegung kommt die Bewegung der Öffentlichkeit zum Schutz der örtlichen Interessen hinzu. Die neuerdings gebildeten Junten und Komitees stellen in ultimatischer Form die verschiedensten Forderungen auf: eine Chaussee anzulegen, eine Fabrik oder ein Krankenhaus zu bauen, und alles sofort! Sonst würden, drohen

sie der Regierung, die Geschäftsaktivität sowie der Verkehr auf den Chausseen und Eisenbahnen lahmgelegt.

Die Departements Oruro und Potosi verlangen z. B., daß ihr Anteil an den Eingängen aus dem Zinnerzexport (die wichtigste Gewinnquelle Boliviens) erhöht wird. Im Departement La Paz wäre es beinahe zu einem Generalstreik gekommen, um der Forderung nach dem sofortigen Bau einer Zuckerfabrik Nachdruck zu verleihen. In San Matias blockierte die Einwohnerschaft mit der Forderung „Flughafen rekonstruieren!“ die Piste.

Solche Stimmungen wachsen lawinenartig an, sie legen die sozial-ökonomischen Probleme des Landes bloß und treiben sie auf die Spitze. Die Hintergründe dieser „rein bolivianischen“ Erscheinung sind die Bestrebungen der reaktionären Kräfte, sich die natürliche Unzufriedenheit des Volkes zunutze zu machen. Dieses hat die unzähligen, aber nicht erfüllten Versprechungen der Behörden, die immer wieder von Wandlungen reden, satt. Dabei sieht jeder unvoreingenommene Beobachter, daß viele Forderungen der zivilen Junten demagogisch und angesichts der Wirtschaftskrise unerfüllbar sind. Aber die Reaktion stört das nicht. Sie verschmäht kein Mittel, um zu beweisen, daß die derzeitige Zivilregierung unfähig sei, die dringlichen sozialökonomischen Probleme zu lösen. Wenn Arbeitskonflikte provoziert werden und die Unternehmer sich unnachgiebig zeigen, wenn eine arbeiterfeindliche und antikommunistische Kampagne in der Presse aufgezogen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung absichtlich erschwert wird, so hat das alles den Zweck, das verfassungsmäßige Regime in Mißkredit zu bringen und den Boden für seinen Sturz vorzubereiten.

Der mißglückte Putschversuch im vorigen November und die damit

zusammenhängenden blutigen Zusammenstöße zogen eine politische Umgruppierung nach sich. So oder anders sahen sich über 70 eingetragene Parteien und Gruppen in den Strudel der Ereignisse hineingerissen. Je näher der Tag der Wahlen kommt, um so deutlicher zeichnen sich alle möglichen Wahlblöcke und -bündnisse ab und um so klarer wird die tiefe Krise der bürgerlichen Parteien.

Das hat eine Erscheinung ins Leben gerufen, die man als bolivianisches Paradoxon bezeichnen könnte: Um die Demokratisierung gegen die Umtreibe der Reaktion zu verteidigen, vereinigen sich breite werktätige Schichten, darunter die Anhänger bürgerlicher und kleinbürgerlicher Parteien, um die Bolivianische Arbeiterzentrale, den gesamtnationalen Gewerkschaftsbund, der die Regierung (obwohl er sie häufig kritisiert) unterstützt will, falls sie Maßnahmen im Interesse der Werktagen und der demokratischen Entwicklung des Landes treffen wird.

Zu einer Umgruppierung kommt es auch im linken Lager, das in zahlreiche Parteien und Gruppierungen gespalten ist. Im Januar 1980, als die Kommunistische Partei Boliviens ihr 30jähriges Jubiläum beging, schlug Jorge Kolle Cueto, Erster Sekretär des ZK der Bolivianischen KP, vor, Treffen der Führer der demokratischen Parteien abzuhalten, um die Errichtung einer breiten linken Front zu erörtern. Später wurde diese Initiative von der Sozialistischen Partei aufgegriffen. Sie veröffentlichte einen Offenen Brief an die Linkskräfte und schlug ihrerseits vor, Konsultationen über die Bildung „der wahren linken Front“ einzuleiten. Mehrere andere Linksparteien stehen ebenfalls positiv zu dieser Idee. Ob sie eine Übereinstimmung erzielen, wird sich zeigen. Auf jeden Fall steht es fest, daß objektive Voraussetzungen für einen solchen Zusammenschluß da sind.

* * *

In La Paz herrscht ein unbeständiges Wetter, wie es für den bolivianischen Herbst üblich ist. Bald überflutet ein greiles Sonnenlicht die Stadt, bald bezieht sich der Himmel mit schweren Gewitterwolken. Aber die Bolivianer kümmern sich weit mehr um die politische Wetterlage. Wird die Demokratisierung in Bolivien nicht durch einen weiteren Staatsstreich durchkreuzt werden? Könnte ein weiterer Caudillo in Uniform die Präsidentschaft an sich reißen? Und wenn — könnte dies nicht zu einer neuen, noch weit stärkeren sozialen Explosion als im November führen?

La Paz—Lima



La Paz. Nationalkongreß.

Foto: Prensa Latina—TASS

maßnahmen der herrschenden Kreise (u. a. die 25%ige Pesoabwertung unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds und die starke Erhöhung der Treibstoffpreise) haben eine Teuerung bewirkt, bei der die Werktagen keinen anderen Ausweg als den Streik haben.

Meine Gesprächspartner sagten häufig, daß allgemeine Unzufriedenheit der hervorstechendste Zug des Heute von Bolivien sei. Unzufrieden sind die Werktagen. Unzufrieden sind die Unternehmer, sie können sich mit den Ausmaßen der Streikbewegung nicht abfinden und fordern über die rechte Presse die „gesunden Kräfte der Nation“ — für sie sind es vor allem die reaktionären Offiziere — auf, „einen Burgfrieden herzustellen“. Unzufrieden ist die Bevölkerung im Inneren des Landes, weil es in diesen Gebieten zu wenig Straßen, Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser gibt.

Während ich in La Paz war, sprach Senator Leonidas Sánchez im Nationalkongreß. Er vertrat die Interessen seiner Wähler, als er höhere staatliche Sozialausgaben für die Entwicklung des Departements Potosi forderte. Wie er sagte, werde im Departement der größte Reichtum Boliviens — Zinnerz und andere Minerale — gewonnen, sein Beitrag zum nationalen Haushalt betrage über die Hälfte, aber ihm werden



PROGRAMMGEMÄSS



Die Eröffnung der Olympischen Spiele rückt näher, die letzten Vorbereitungen werden getroffen. Aber das bevorstehende Fest der Sportler aus aller Welt lässt die feindselige Kampagne der Washingtoner Administration immer wütender werden. NZ-Korrespondent W. Rosen hatte ein Gespräch mit dem ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Organisationskomitees „Olympiade 80“ und Vizepräsidenten des IOC, W. G. Smirnow.

Ende April berichteten Sie unseren Lesern von Washingtons Boykottversuchen gegen die Moskauer Olympiade. Seitdem hat die US-Administration viele Länder unter Druck gesetzt. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage?

Die US-Administration, die in erster Linie ihre Partner unter Druck setzt, löst mit ihrem Handeln bei den Sportlern und den Sportfreunden, bei der Öffentlichkeit in aller Welt Empörung aus. Sie werten das als Anschlag auf die internationale olympische Bewegung. Washington schert sich nicht um die Interessen und Hoffnungen seiner eigenen und jener Sportler, deren nationale Olympische Komitees Beschlüsse gefasst haben, die auf der Linie der US-Administration liegen.

Hat sich diese feindselige Kampagne auf die Olympia-vorbereitungen ausgewirkt? Gewisse westliche Presseorgane behaupten, das Verbot des Weißen Hauses für US-Firmen, ihre Lieferaufträge zu erfüllen, könnte technische Schwierigkeiten auslösen. Stimmt das?

Die Spiele werden termin- und programmgemäß stattfinden, und technische Probleme werden nicht auftreten. Die Leidtragenden sind einzige und allein die US-Firmen, die auf Weisung des Weißen Hauses ihren Verpflichtungen nicht vollständig nachkommen. Ferner leidet ihr Ruf, denn sie erweisen sich als unzuverlässige Geschäftspartner. Wenn z. B. bei den Olympischen Spielen die für viele ausländische Sportler gewohnte Coca Cola nicht verkauft wird, trifft die Schuld jene, die sie für ihre Olympiateilnahme bestrafen wollen.

Bei der Zusammenkunft in Italien haben sich die olympischen Komitees für einige Veränderungen an der Zeremonie ausgesprochen. Wie stellen sich das IOC und das Organisationskomitee „Olympiade 80“ dazu?

Grundsätzliche Änderungen sind am Protokoll nicht vorgenommen worden. Einige westeuropäische NOK haben auf den Druck ihrer Regierungen hin gebeten, unter der Flagge des IOC auftreten zu dürfen. Aber alle anderen Teilnehmerländer betrifft das nicht. Sie marschieren unter ihrer Landesflagge ein.

IOC-Präsident Lord Killanin wurde kürzlich von Leonid Breschnew empfangen. Was ist zu den Ergebnissen seiner Moskau-Reise zu sagen?

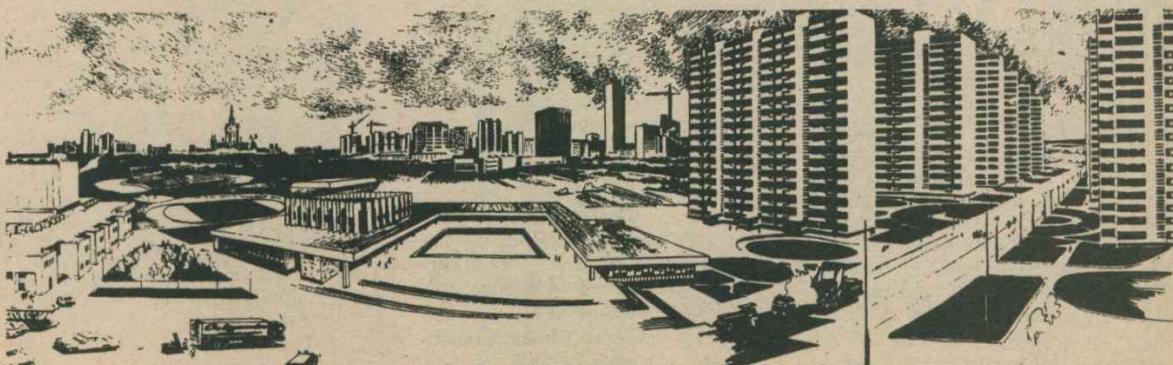
Das Treffen verlief erfolgreich. Die Sowjetunion erfüllt ihre Verpflichtungen voll und ganz, wurde gesagt, und tut alles, um bei der derzeitigen komplizierten Weltlage den auf guten Willen und Völkerfreundschaft gegründeten Geist der olympischen Bewegung zu erhalten.

Der 24. Mai war der letzte Termin für die Teilnahmeerklärungen. Lord Killanin hat aber bekanntgegeben, daß sie auch danach noch angenommen werden. Wie ist der jetzige Stand?

Schon jetzt haben sich über 80 NOK für die Moskauer Spiele angemeldet. Möglicherweise werden es noch mehr, denn da einige NOKs unter starkem Druck stehen, werden Anträge auch dem 24. Mai noch entgegengenommen.

Im Westen wird behauptet, dem Olympiadeboykott hätten sich Dutzende Länder angeschlossen. Das ist absolut falsch. Mit den USA sind es nur 6, die die Spiele boykottieren. Die anderen Länder bleiben aus Gründen fern, die mit Boykott nichts zu tun haben.

Olympisches Dorf in Moskau, Gesamtansicht



DIE VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT

Albert PIN

Kraków ist zu jeder Stunde attraktiv: frühmorgens, wenn von der Wisła her durch die stillen Alleen, die „Planty“, leichte Nebel ziehen, und auch mittags, wenn die Sonne direkt über dem Marktplatz steht und vom Turm der gotischen Mariacki-Kathedrale der „Hejnal“ ertönt. Die Melodie bricht mitten im Takt ab, im stillen Gedenken an den Trompeter, der im 13. Jahrhundert die Stadt vor den Tatarenhorden rettete und von einem Pfeil tödlich getroffen wurde. Dieses Trompetensignal symbolisiert die Kontinuität der Epochen und Generationen. Der Rundfunk sendet es um 12 Uhr mittags für das ganze Land, in Kraków aber hört man es jede Stunde.

Wenn der Abend dämmert, zündet man in den Straßen die alten Laternen und die Neonleuchten an. Das elegante Gebäude des Sukiennice mit seinen kleinen Geschäften im Parterre und den Sälen mit Bildergalerien im ersten Stock, die majestätische Mariacki-Kathedrale und die Burg — der Wawel — ragen in ihrer einmaligen Harmonie, von Scheinwerfern angeleuchtet, aus der Dunkelheit.

Abends öffnen acht Theater ihre Pforten. Das Stary-Theater ist nach der Schauspielerin Helena Modrzejewska benannt. Seine Premieren sind immer ein Erlebnis. Hier waren die bedeutenden Regisseure Andrzej Wajda und Konrad Swinarski tätig.

In Kraków gibt es auch viele Kleinkunstbühnen, wo geistreiche Satiren oder Unterhaltungsprogramme gegeben werden. Da sind z. B. der Weinkeller „Pod Baranami“, wo die Sängerin Ewa Demarczyk ihre Laufbahn antrat; die als Krakower Lach-Akademie bekannte „Jama Michalikowa“ oder der Studentenclub „Pod Jaszczyrami“.

Man kann auch die nach dem modernen polnischen Komponisten Karol Szymanowski benannte Philharmonie besuchen, wo viele Werke des bekanntesten polnischen Musikers der Gegenwart, Krzysztof Penderecki, zum ersten Mal aufgeführt wurden. Nicht von ungefähr erhielt er den Auftrag, zum 25. Jubiläum der Vereinten Nationen ein Musikstück zu komponieren. Musik von ihm erklang auch bei der feierlichen Eröffnung der Olympischen Spiele in München.

Die Polen hängen an Kraków wie die sowjetischen Menschen an Moskau oder Leningrad. Jahrhundertlang wahrte die einstige polnische Hauptstadt die nationale Kultur und die Traditionen des Landes, die dem polnischen Volk die Kraft gaben, in

den Jahren der Fremdherrschaft den schwersten Prüfungen standzuhalten.

Wissenschaftler haben vor einiger Zeit eine Liste der historischen Sehenswürdigkeiten von Kraków aufgestellt. Es sind 3500, darunter mehr als 1000 besonders wertvolle. Die UNESCO zählt das architektonische Ensemble von Kraków zu den 12 hervorragendsten Bauten der Welt.

Angelegenheit des ganzen Volkes

Vom Balkon des Wawel, der am stillen Wisłaufer steht, bietet sich ein unvergleichlicher Anblick: romanische und gotische Bauten, ein Meer von Dächern, von Spitzen und Türmen zahlreicher Kathedralen; in der Ferne sieht man Haine und Felder, und noch weiter, beinahe am Horizont, die rauchenden Schlote von Nowa Huta.

Es ist eines der größten Hüttenwerke Europas, der erste sozialistische Großbetrieb in Polen. Mit ihm wurde 1949 in einem Vorort von Kraków begonnen, wo früher ein kleines armes Dorf mit dem vielsagenden Namen Mogiła (das Grab) gelegen war.

Aus allen Landesteilen strömten Menschen herbei, um sich an diesem Bau zu beteiligen, wie in der Sowjetunion in den 30er Jahren, als Komsomolsk am Amur, das Dnepro-Kraftwerk und die Turkestan-Sibirische Eisenbahn gebaut wurden. Das nach Lenin benannte Hüttenwerk wurde mit Hilfe der Sowjetunion errichtet. Es versorgt nicht nur die Industrie mit Stahl, sondern hat auch das Schicksal zahlreicher Menschen jäh verändert und eine neue Stadt, Nowa Huta, ins Leben gerufen. Heute ist es der größte Be-

Zu Krakows Straßenbild gehören Bauwerke

Foto aus „Perspektwy“



zirk von Kraków mit über 220 000 Einwohnern.

Nun kommen wieder Arbeitskräfte nach Kraków, um an den geplanten grandiosen Arbeiten im Zentrum der Altstadt mitzumachen.

Die Truppen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall der Sowjetunion Iwan Konew führten bekanntlich im Januar 1945 ein geschicktes Manöver durch, um Kraków vor der Zerstörung zu retten. Sie mußten den Angriff ohne Artilleriebeschluß und Bombardierung Krakows führen. Die Faschisten wollten die Stadt vor dem Rückzug in die Luft sprengen und minierten die Fundamente der wertvollsten Gebäude. Aber die sowjetischen Soldaten, die von der Aufklärung und den polnischen Partisanen wichtige Informationen erhalten hatten, entschärften die Zeitbomben rechtzeitig und durchkreuzten somit die Pläne der Hitlerleute.

In den ersten Nachkriegsjahren mußten in Volkspolen vor allem Warschau und viele andere zerstörte Städte wieder aufgebaut und neue Betriebe errichtet werden. Kraków war damals noch nicht an der Reihe. Natürlich wurde auch dort viel gebaut, aber nicht in der Altstadt. Sie lag im Ring der Alleen, die anstelle der zerstörten Festungsmauern angelegt waren, und wartete auf ihre Stunde.

1961 faßte die Regierung den ersten Beschuß über die Restaurierung des Stadtzentrums. Restaurierungsarbeiten wurden am Sukiennice, in der Jagiellonischen Universität und am Rathaussturm vorgenommen und, wenn die Möglichkeit bestand, auch an anderen Objekten. Experten und Presse äußerten jedoch große Besorgnis wegen der Zukunft Krakows und seiner historischen Denkwürdigkeiten.

Und das mit Recht. Spezialisten stellten sehr bald fest, daß vor der Renovierung die Fundamente verstärkt werden müßten, was sehr arbeitsaufwendig ist.

Jetzt haben Fachleute ein umfassendes Programm für die Restaurierung von Kraków aufgestellt. Die Tiefbauanlagen sollen umgelegt, spezielle Maßnahmen zur Erhaltung der Fundamente und zum Schutz der Gebäude getroffen, der Verkehr richtiger gestaltet und die Luft besser gereinigt werden.

Prominente polnische Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten äußern in der polnischen

Presse die Meinung, daß das große Vorhaben zum Anliegen des ganzen Volkes werden muß.

Der gesamtnationale Charakter dieser Aufgabe wurde auch in dem 1974 veröffentlichten Beschuß des ZK der PVAP und des Ministerrats betont. Der Staat stellte dafür bedeutende Gelder bereit. 1979 waren es 450 Mio. Złoty. Das Öffentliche Komitee zur Restaurierung Krakows unter dem Vorsitzenden des Staatsrates der VR Polen, Henryk Jabłonński, wurde gebildet. Im Dezember 1978 rief es alle Polen auf, die Werte der nationalen Kultur retten zu helfen.

Schlacht für Kraków

Der Aufruf fand ein großes Echo. So wurde unlängst aus Spenden das königliche Schloß in Warschau wieder aufgebaut; den gleichen Elan zeigten die Werktäglichen, als bei Warschau ein Zentrum für die Gesunderhaltung des Kindes errichtet wurde — zum Andenken an die polnischen Kinder, die im letzten Weltkrieg ums Leben kamen. Anfang d. J. waren auf dem Konto des Öffentlichen Komitees schon über 100 Mio. Złoty, von Arbeiterkollektiven und einzelnen Bürgern, aus dem Erlös von eigens zu diesem Zweck veranstalteten Konzerten und auch aus bescheidenen Schülerspenden eingegangen. Gdańsk, Katowice, Warschau, Opole, Toruń und mehrere andere Städte haben sich bereit erklärt, ihre Fachleute nach Kraków zu senden. Betriebskollektive liefern den Restauratoren Ausrüstungen und Baustoffe, z. B. nach einem speziellen Verfahren hergestellte „alte“ Dachziegel. In den Sommerferien bauen hier Studenten mit. Der Elan dieser Menschen verdient die gleiche Hochachtung wie die Lebenskraft jener, die in den schwersten Nachkriegsjahren den Warschauer Stare Miasto wiederherstellten, der Barbarei und der Zerstörung, ja selbst dem Tod zum Trotz.

Man sagt hier oft, die Schlacht für Kraków sei in eine neue Phase getreten. Die Polen sind in solchen friedlichen Schlachten sehr erfahren. In Kraków steht jedoch eine beispiellos komplizierte Arbeit bevor.

Der Rektor der Krakower Akademie der Künste, Prof. Marian Konieczny, sagt: „Das Leben neben den Denkmälern erzieht zur Achtung gegenüber den Zeiten, von denen wir uns immer weiter entfernen. Ob es leichter ist, neben Denkmälern zu leben? Ich finde, daß es schwieriger ist. Natürlich nicht wegen der Touristen, die aus aller Herren Ländern herkommen und uns willkommen sind. Die Schwierigkeit liegt in den Forderungen, die uns der historische Hintergrund diktiert. In anderen Städten ist das historische Zentrum gewöhnlich ein abgeschlossener Bezirk. Bei uns ist es jedoch zugleich das Stadtzentrum, wo man den Straßenverkehr nicht stilllegen kann. Man muß ihn im Interesse der Menschen, die in Altbauden wohnen, entwickeln, ohne

jedoch an der Bebauung etwas zu ändern. Jetzt haben wir die Restaurierung der historischen Baudenkmäler in Angriff genommen und sind gezwungen, diese Operation am lebendigen Stadtorganismus vorzunehmen, der auch weiter normal funktionieren muß.“

In Kraków trifft man jetzt häufig

Baugerüste und Umzäunungen. Wahrscheinlich wird es hier nicht nur für die jetzige, sondern auch für die künftige Generation viel Arbeit geben. Es gilt ja, die jahrhunderte lang vernachlässigten historischen Denkmäler zu restaurieren und sie für die Zukunft zu bewahren.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 10

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

неизменно —
возвращаться мыслями (к чему?) —
(возвратиться) —
горечь поражений —
вынести на своих плечах бремя (чего?) —
торжество общего дела —
преподать суровый урок (кому?) —
поджигатель (войны) —
по сей день —
играть с огнем —
вести торг —
оттягивать принятие мер —
природные ресурсы —
священный долг —

unentwegt
sich zurückversetzen

die Bitternis der Niederlagen

die Last auf seinen Schultern tragen
der Triumph der gemeinsamen Sache
eine strenge Lehre erteilen
Brandstifter (Kriegstreiber)
bis auf den heutigen Tag
mit dem Feuer spielen
Schächer freiben
die beschlossenen Maßnahmen
hinausschieben
natürliche Ressourcen
die heilige Pflicht

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

Проходят годы, десятилетия, но неизменно 9 мая советские люди возвращаются мыслями к тяжелейшей из войн в истории нашего государства. Горечь поражений на начальном этапе войны и радость, которую приносили первые победные салюты; мужество советских солдат и самоотверженность тех, кто трудился для фронта в тылу; наша гордость социалистической Отчизной, которая вынесла на своих плечах основное бремя борьбы с фашизмом, и наше торжество общего дела, — все это вмещают в себя два слова: День Победы.

Минувшая война, ее предыстория и ее итог преподала суровый урок человечеству. Бесславным был конец поджигателей. При нынешнем развитии военной техники и накопленных запасах средств массового уничтожения людей войны вообще стали абсурдом. Это нужно осознать тем, кто по сей день играет с огнем, кто ведет беспринципный торг при решении важнейших проблем современности, кто оттягивает принятие мер, способных упрочить безопасность народов. Человечество должно сделать все, чтобы сохранить землю в ее богатстве и красе, не допустить уничтожения ее природных ценностей в пламени ядерного пожара. Что может быть выше и гуманнее этой цели? Советский Союз призывает задуматься над ответственностью за судьбы нашей цивилизации и объединить усилия во имя создания надежного мира. Это долг перед нынешним и будущим поколениями людей, это священный долг перед светлой памятью павших ради жизни на земле.

Übung 2: Merken Sie sich die sinnverwandten Wörter und Wortverbindungen:

возвращаться мыслью (к чему) —
вспоминать (что?) —
преподать урок (чего?) — научить (чему?)
вмещать в себя — заключать в себе
вести торг — торговать
неизменно — всякий раз, всегда
по сей день — до настоящего времени

во имя — для, ради
бремя (борьбы) — тяжесть (борьбы)
пламя — огонь
отчизна — отчество, родина
павший — погибший в бою
грядущий — будущий
нынешний — настоящий,
современный
минувший — прошедший

Übung 3: Beachten Sie die Bildung folgender Wörter:

бесславный конец, гибель
бессмысленное выступление

беспринципный спор
бесстрашный человек
бесспорная истина

DISKUSSION MIT DEM LESER

Bei Ihnen wird viel über Erfolge in der Wissenschaft geschrieben, z. B. auch in der theoretischen Physik. Hat es aber für die absehbare Zukunft irgend einen Nutzen, wenn vielleicht ein neues Teilchen entdeckt wird? Meinen Sie nicht, die enormen Summen, die aus Prestigegründen in die abstrakte Wissenschaft gesteckt werden, sollten lieber für Dringenderes ausgegeben werden?

Guillermo GARCIA,
Sevilla, Spanien



Es diskutiert
NZ-Kommentatorin
Jelena Knorre

Ihren Gedankengängen kann ich nicht beipflichten, Herr Garcia. Ich will das zu erklären versuchen.

Tatsächlich haben wir scheinbar im täglichen Leben nichts davon, wenn wir wissen, warum die Sterne leuchten oder woraus der Erdkern besteht, mit welcher Geschwindigkeit sich das Licht in der Luft oder im Vakuum ausbreitet. Was hat uns eine „abstrakte“ Wissenschaft wie die theoretische Physik materiell gebracht?

Um herauszufinden, „was drinnen ist“, nehmen Kinder Spielzeug auseinander, bewaffnen sich Erwachsene mit Schraubenzieher, Lupe und Mikroskop. Die Physiker können nur mit der Hilfe beschleunigter Elementarteilchen einen Blick in den Atomkern werfen. Um den Aufbau der Materie zu erkennen, braucht man Beschleuniger. Je größer deren Energie und folglich die Geschwindigkeit der Teilchen, desto mehr feine Details in der Struktur der Materie werden erkennbar.

Die Beschleuniger sind wohl die teuersten modernen wissenschaftlichen Geräte. Und was bringen die riesigen Aufwendungen? Lassen wir beiseite, wie sich Erkenntnisse überhaupt bezahlt machen, und wenden wir uns dem Praktischen zu, dem, was die Wissen-

schaftler als Nebenprodukte der Forschung bezeichnen.

Sicherlich ist dem Leser bekannt, daß in der UdSSR in Serpuchow und in Dubna, dem internationalen Kernforschungszentrum der sozialistischen Länder, große Beschleuniger in Betrieb sind. Aber vielleicht ist Ihnen neu, daß mit dem Zyklotron in Dubna ein Bündel geladener Teilchen zur Behandlung schwerer Krebserkrankungen erzeugt worden ist. Auf Bruchteile eines Millimeters genau berechnet, greifen sie nur die Krebszellen, nicht das gesunde Gewebe an.

Wissenschaftler aus Nowosibirsk haben industrielle Beschleuniger entwickelt, mit denen Werkstoffen und Maschinenteilen mehr Festigkeit gegeben werden kann. Wenn Saatgut vor der Aussaat bestrahlt wird, keimt es besser, und der Ertrag wird größer. Mit geladenen Teilchen werden Werkstoffe sterilisiert, die nicht erhitzt werden dürfen. Vielleicht haben Sie mal ganz frische Erdbeeren oder scheinbar soeben gefangenen Fisch gegessen, ohne zu wissen, daß deren Qualität über Wochen durch Bestrahlung erhalten wurde.

Die Laser sind so bekannt, daß ich von ihnen nicht sprechen will. Nur soviel: Ohne Einsteins Relativitätstheorie, die Quantenmechanik und die Quantenstatistik könnten wir mit ihnen und den Computern nichts anfangen und auch nicht fernsehen.

Lohnt es sich, Geld auszugeben, um

auf der Erde ohne Schaden für die Natur eine gesteuerte „Sonne“ zu haben? Sowjetische Theoretiker und Experimentatoren entwickeln teure „stellare“ Anlagen, in denen Plasma brodelt. Die Erfolge sind so groß, daß Akademiemitglied Welichow auf einem internationalen Forum in Hamburg Anfang d. J. schon vorschlagen konnte, an dem Projekt „Infor“ — Bau des ersten „stellaren“ Kraftwerks auf der Erde mit minimalem Aufwand — sollten mehrere Länder mitwirken.

In Dubna sind neue Elemente entdeckt und in der Natur nicht vorhandene erzeugt worden, die Mendelejews Periodensystem ergänzen. Ob es 92, 100 oder 115 Elemente enthält, ist für uns nicht gleichgültig, denn das neue, das Curium, ist eine unersetzbare Energiequelle für Herzschrittmacher von der Bedeutung des Plutoniums ganz zu schweigen. Der Beschleuniger, mit dem neue Elemente hergestellt werden, kann uns „Mikrofilter“ für Milch und andere Lebensmittel liefern, die sie jahrelang für Bakterien immun machen.

Die „abstrakte“ Physik hilft also dem Volk, so manches wirtschaftliche und soziale Problem zu lösen. Aber man darf auch nicht übersehen, daß die Erkenntnis der Umwelt unveräußerlich zur menschlichen Existenz gehört. Wissensdrang treibt nicht nur den Fortschritt voran. Erkenntnisse bereichern uns auch innerlich, denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein, wie der Volksmund sagt.



Bitte etwas über das Königreich Tonga.

W. KRUTKO
Leninabad, Tadzhikische SSR

Das Königreich Tonga liegt im Südwestpazifik auf 189 Inseln, die die drei Hauptgruppen Tongatapu, Ha'apai und Vava'u bilden. Fläche 699 km², Einwohnerzahl 100 000 (Stand: 1977).

Die Inselgruppe Tongatapu wurde 1643 von dem niederländischen Seefahrer Tasman entdeckt. Später stritten sich England, Deutschland und die USA um den Besitz von Tonga. England trug den Sieg davon, und 1900 wurde Tonga auf Grund

eines „Freundschafts“vertrages zum britischen Protektorat mit Selbstverwaltung erklärt.

Tonga, am 4. Juni 1970 unabhängig geworden, ist konstitutionelle Monarchie im Commonwealth.

Grundlage der Wirtschaft sind Kokospalmen, Bananen, Ananas und Copra. Ein Teil der Bevölkerung betreibt Fischfang und Viehwirtschaft.

Seit dem 2. Oktober 1975 unterhält das Königreich Tonga diplomatische Beziehungen zur UdSSR.

Eigentor

Amerikanische Firmen haben riesige Lagerbestände an Waren, die für die Moskauer Olympiade bestimmt waren. Die westliche Presse schreibt, daß „Präsident Carter das Olympische Komitee der USA ans Boykottziel gezwungen“ habe. Jetzt hätten diese Firmen enorme Verluste. So z. B. kann die Dakin Toys eine Partie Teddys nicht loswerden und verliert daran 3 Mio Dollar. Eine Chikagoer Firma hat 50 000 Uhrenhänger und andere Gegenstände mit dem Wahrzeichen der Olympiade auf Lager. Coca Cola kann einen Posten ihres Erfrischungsgetränks für 20 Mio Dollar nicht absetzen. Außerdem habe, so erklärte der Unternehmer Stanford Blum aus Los Angeles, „Carters Boykott kleinen Unternehmern einen Absatzmarkt für Waren im Wert von 100 Mio Dollar entzogen“. 58 geschädigte Firmen haben sich zusammengetan und verlangen, die Regierung Carter solle alle diese Lagerbestände ankaufen.

Der Andrang blieb aus



In der kanadischen Presse wird eine Bücherei angepriesen, mit deren Hilfe es möglich sein soll, der Sturzflut der Inflation Herr zu werden. Empfohlen werden Bücher wie die folgenden: „Wie man für 20 Dollar weniger besser lebt“, „Wie man in Gold investiert“, „Was hinter der

Inflation steckt und wie man sie bekämpft“ oder „Wie Neumillionäre noch reicher werden können“. Besonders sollte das Buch interessieren „100 Dollar Verdienst in einer Arbeitsstunde“. Es kostet 13,95 Dollar, die anderen sind billiger. Merkwürdigerweise bleibt der Andrang aus.

Ein Double steht bereit



Die Jonny Barber Florida Hai-Show gastiert jetzt in Westeuropa. Sie zeigt Franzosen, die 10 Franc Eintrittsgeld gezahlt haben, ein großes Becken, in dem fünf Haie schwimmen, von denen der größte fast 200 kg wiegt. Dem Publikum wird erzählt, wo solche Haie vorkommen, was sie fressen und wie diese eingefangen wurden. Danach steigt langsam eine „nicht bloß unbewaffnete, sondern auch fast unbekleidete“ junge Dame in das Becken. Ein Korrespondent der „International Herald Tribune“ schildert die Szene so und fährt fort: Während sich das Fräulein mit den Raubfischen tummle, erkläre ein Conferencier in allen Einzelheiten, was ein Hai mit einem Menschen machen kann. Nach sechs Minuten kommt die junge Dame unversehrt aus dem Wasser. Der Zulauf ist immer groß, manchmal muß sie 18mal am Tag baden gehen. Nur einmal wurde sie von einem Hai ins Bein gebissen. Aber selbst wenn das Schlimmste passieren sollte, kommen die Unternehmer auf ihre Kosten: Die Show kann

weitergehen, ein Double steht bereit.

Neugier schadet nur

Korrespondenten der englischen „New Statesman“ und „Daily Mirror“ wollten ans Licht gekommenen Korruptionsfällen nachgehen, in die das Fernmeldeamt der Regierung, eins der größten Spionageämter, verwickelt ist. Ihnen sind Aktenstücke in die Hände gefallen, aus denen erhellte, daß Leute von diesem Amt Geld unterschlagen, zweifelhafte finanzielle Transaktionen vornehmen usw. Die Journalisten stießen aber auf eine Wand, ja, der Korrespondent des „New Statesman“ beklagt sich, daß sein Telefon und das des Kollegen vom „Daily Mirror“ seitdem abgehört werden, daß man sie bespitzelt, bei ihnen regelmäßig Haussuchung macht usw. Das alles ist, wie sie verstehen, ein Wink mit dem Zaunpfahl, sie sollen ihre Nase nicht in Dinge stecken, die sie nichts angehen.

Hat alles seine Richtigkeit

„Globe and Mail“ (Kanada) schreibt, daß die englischen „Ordnungsgruppen“ in Nordirland dringend zur Sparsamkeit angehalten werden — sie vergeuden nämlich viel Geld für Saufereien, Glücksspiele und Frauen. Sie werden aber kaum auf die Mahnung hören, denn sie finden, daß sie sich dort genauso aufführen, wie es nach dem „Sittenkodex“ für Besatzer der Brauch ist.

Lohnt sich das?



Um ihre Habe vor Dieben und Einbrechern zu schützen, haben die Franzosen im Jahre 1977 volle

1,21 Md. Franc für Signalanlagen, Tresore und Versicherungsgebühren ausgegeben. Gestohlen und geraubt wurde in Frankreich aber für 1,159 Md. Franc. Auf viel größere Summen belaufen sich die Steuerhinterziehungen, sie werden auf 60 Md. Franc geschätzt.

Gefährlicher Arztemangel



In den Krankenhäusern Englands sei die Gesundheit der Patienten oft gefährdet. Zu diesem Schluß kommt der Britische Medizinerverband. Viele Ärzte fallen vor Müdigkeit fast um, sie müssen oft 100 und mehr Stunden in der Woche arbeiten, weil es zu wenig Ärzte gibt. Ein Sprecher des Verbandes sagte: „In manchen Fällen kann sogar ein tödlicher Ausgang darauf zurückzuführen sein.“

Peinlich

Beim kürzlichen Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Ohira in Kanada erschien er in Ottawa im Parlament. Bei der Begrüßungsfeierlichkeit sollte eine Militärkapelle die japanische Nationalhymne spielen, spielte aber den Colonel-Bogey-Marsch aus dem auch in Japan bekannten amerikanischen Film „Die Brücke am Kwai“. Ihn pfeifen die englischen Soldaten, als sie von den Japanern ins Kriegsgefangenenlager eskortiert werden. Die kanadische Führung wäre am liebsten in die Erde versunken, während die Japaner äußerlich ihre Ruhe bewahrten, obwohl auch sie verlegen waren, denn wer weiß, vielleicht war die Verwechslung kein Zufall?

Zeichnungen:
W. Rosanzew

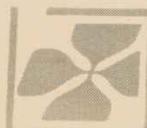


NEHMEN SIE DIE DIENSTE VON

MERKURIA

IN ANSPRUCH!

MERKURIA



Argentinská 38
170 05 Prag 7
Tschechoslowakei

Das große Außenhandelsunternehmen der Tschechoslowakei exportiert Anlagen für Wäschereien, chemische Reinigungen und Großküchen, Elektro- und Gasgeräte für den Haushalt, Film- und Fotozubehör, Informationssysteme, Handwerkszeug, Haushaltswaren, Thermosbehälter und Kanister, Siphonflaschen, Schlosser, Petroleumlampen und Laternen, Wecker und Armbanduhren, Kontaktlinsen, Brillenfassungen, Kinderwagen, Emaillegeschirr und Metallwaren für die Küche.

Im Objektiv: SAMBIA

Dieses südafrikanische Land hat 1964 seine Unabhängigkeit errungen. Es gehört zu den afrikanischen Staaten, die ihr Recht auf selbständige Entwicklung zu sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt entschieden verfechten. Als ein „Frontstaat“ hat Sambia aktiv an der Befreiung von Simbabwe mitgewirkt. Seit die Spannung an der Südgrenze nachgelassen hat, für sich dem Land günstige Perspektiven auf.

Hauptzweig der Wirtschaft ist der Bergbau. In der Kupferförderung steht Sambia in der Welt ganz vorn. Es ist ferner reich an Zink, Blei, Kobalt und Gold. Die natürlichen Bedingungen kommen der Landwirtschaft zustatten.



Die berühmten Victoria-Fälle

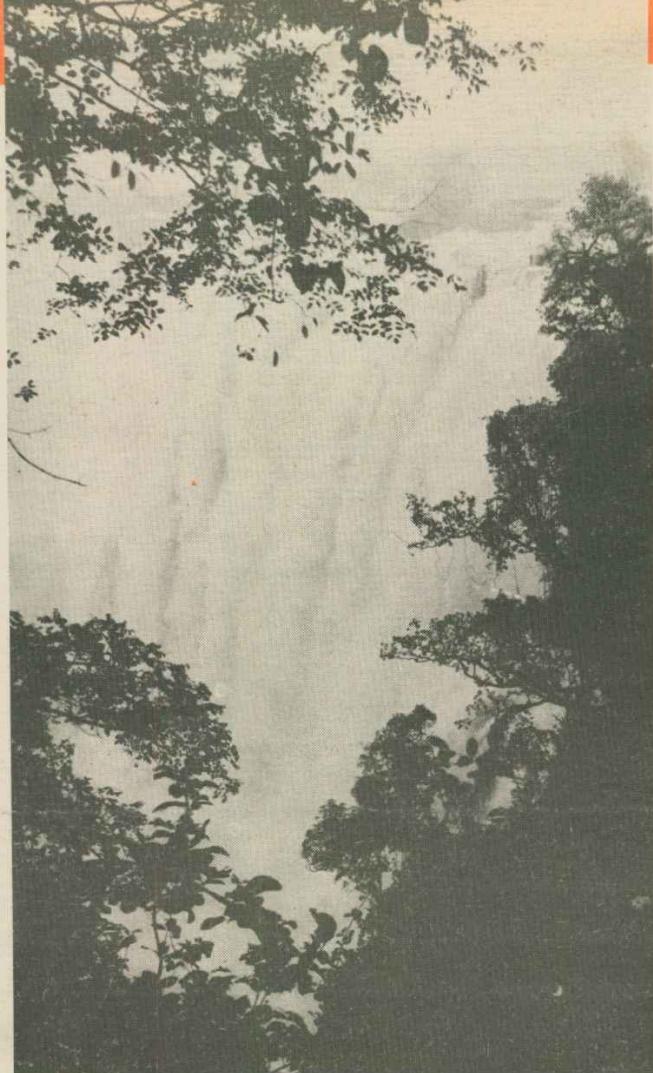
Denkmal für die Freiheitskämpfer in Sambias Hauptstadt Lusaka



Die Universitätsklinik



Sowjetische Lehrkräfte helfen bei der Kaderausbildung



Die Regierung will das Land von Lebensmittelimporten unabhängig machen. Nach und nach soll die Wirtschaft aus der Auslandsabhängigkeit befreit werden. In ihrem Wirken stützt sich die regierende Vereinigte Nationale Unabhängigkeitspartei (UNIP) auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern.

Außenpolitisch hält sich die Republik Sambia an die Nichtparteidatenheit, unterstützt den Befreiungskampf der Volker im Süden Afrikas gegen die Rassistenregimes und entwickelt die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern.



Anfertigung von Masken, ein traditionelles Kunsthhandwerk



Volkstanzensembles sind sehr beliebt



Kinder lassen sich gern fotografieren

Fotos:
S. Petuchow